

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 18.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 28. April bis 4. Mai 1916.

Ämtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 9. Mai 1916.

Inhalt: Deutschland und Österreich und die polnische Frage, S. 403. — Das Schweigen der polnischen Fraktion zur Kanzlerrede, S. 409 und 414/15. — Die römische Frage, S. 404. — Hulbigung für Sienkiewicz, S. 405—407. — Die Genossenschaft „Fabrikantenverband“ — Geschäftsbericht und Hauptversammlung, S. 407—412. — Weisungen für die Kindererziehung, S. 412. — Zum Zusammenbruch der Thorer polnischen Bank, S. 413. — Die Solidarität der polnischen Parteien in Russisch-Polen, S. 416. — Die „Neue Freie Presse“ und die Kanzlerrede, S. 417. — Die Notwendigkeit einer Konsolidierung der polnischen Parteien in Russisch-Polen, S. 417. — Die demokratischen Organisationen in Russisch-Polen, S. 418. — Gegen die polnischen Dumaabgeordneten, S. 418. — Ausschluß des Dumaabgeordneten Lempicki aus der Fraktion, S. 419. — Dankbarkeit gegenüber Litauen, S. 419. — Osterartikel „Godzina Polski“, S. 420. — Die Krakauer Zusammenkunft der polnischen Abgeordneten Galiziens, S. 421—426. — Zum deutsch-amerikanischen Konflikt, S. 426. — „Głos narodu“ zur Kanzlerrede, S. 426. — Der neue Statthalter von Galizien, S. 427. — Die Rechte des Polentums, S. 428. — Polnische Anschauungen in Rußland, S. 429. — Dmowski in London, S. 430. — Polenhaus in Stockholm, S. 430. — Die Belgier für Polen, S. 430.

Betrifft die Provinz Posen.

Aus Nr. 98 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 29. April 1916.

Deutschland und Österreich und die polnische Frage.

Wenn es wahr ist, was der bekannte Aphorismus sagt, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik mit Hilfe von anderen Mitteln ist, so ergibt sich daraus für die kriegsführenden Mächte die Notwendigkeit, schon während des Kriegs die, sei es auch nur allgemeinen Richtlinien für diejenige Politik festzulegen, die — wiederum nach Friedensschluß — gewissermaßen die Fortsetzung der kriegerischen Aktion mit Hilfe der wieder in die gewöhnliche Rolle gebrachten politisch-diplomatischen Mittel sein wird. Eben darum ist die Frage der Kriegsziele so wichtig, weil sie die Unterlage für die ganze politische Orientierung des Staates nach dem Kriege schaffen. Die grundsätzliche Voraussetzung eines solchen Programms einer Politik, deren Möglichkeit der Krieg erkämpfen soll, ist natürlich in normalen Verhältnissen die Überzeugung von dem Siege der eigenen Waffen. Sache der militärischen Aktion ist es, der Staatsleitung die Wege zur Verwirklichung der gesteckten politischen Pläne zu ebnen, die natürlich insoweit einer Modifikation unterliegen müssen, als der Verlauf der kriegerischen Vorgänge den von vornherein vorgesteckten Aufgaben nicht entspricht.

Die Angelegenheit der Kriegsziele kompliziert sich naturgemäß, wenn der Staat den Krieg nicht allein, sondern im Bündnis mit anderen Staaten führt. Es handelt sich dann darum, die verschiedenartigen und oft abweichenden Interessen der Verbündeten miteinander in Einklang zu bringen und die Kriegsziele so zu gestalten, daß sie nicht nur während der kriegerischen Aktion eine bis zum Ende standhaltende Bündnis-solidarität garantieren, sondern auch nach dem Kriege den Zement einer gemeinsamen internationalen Politik bilden.

Nach der letzten vom Reichskanzler im Reichstage gehaltenen Rede kann man nicht daran zweifeln, daß die Regierungen der Mittelmächte in ihre mit der Beendigung des Krieges zusammenhängenden politischen

Pläne die Angelegenheit der Neuordnung der polnischen Frage eingefügt haben. Der Reichskanzler selbst hat zugegeben, daß es eigentlich weder die Absicht Deutschlands noch Österreich-Ungarns war, die polnische Frage aufzurollen. Diese Frage wurde nach den Worten des Reichskanzlers durch den Gang der kriegerischen Ereignisse geschaffen, welcher die Mittelmächte zu dieser oder jener Lösung dieser Frage zwingt. In der Tat könnten Deutschland und Österreich der Notwendigkeit der Aufstellung eines neuen Programms in der polnischen Frage nur dann aus dem Wege gehen, wenn sie das Königreich an Rußland zurückgeben wollten.

Theoretisch betrachtet wäre eine solche Eventualität nicht ausgeschlossen, wenn z. B. die Mittelmächte davon überzeugt wären, daß es ihnen auf diesem Wege in der Zukunft gelingen werde, die Freundschaft Rußlands zu erwerben. Nach den Versicherungen des Reichskanzlers kommt jedoch diese Möglichkeit nicht in Frage. Herr v. Bethmann Hollweg orientiert seine Politik nach antirussischer Richtung hin, und von diesem Gesichtspunkte aus formuliert er das Programm der Los-trennung des Königreichs von Rußland, um Rußland zu schwächen und ihm einen erneuten Einfall in die ungeschützten Grenzen Ost- und Westpreußens unmöglich zu machen.

Schon aus dieser Stellung der Frage geht hervor, daß Deutschland — was übrigens natürlich ist — sich bei der Lösung der polnischen Angelegenheit nur von seinem eigenen staatlichen Interesse leiten läßt. Wir haben jedoch auch schon darauf aufmerksam gemacht, daß ein solches Organ, wie die „Alldeutsche Blätter“, es für angebracht gehalten hat, gegenüber den Worten des Reichskanzlers die Bemerkung zu machen, es sei nicht die Aufgabe Deutschlands, die Polen oder andere Völker zu befreien, sondern man müsse in erster Linie den politischen Nutzen und das nationale Interesse Deutschlands im Auge behalten. Gegenwärtig schreibt in demselben Sinne der bekannte Prof. Hoetzsch in der konservativen „Kreuzzeitung“. Er sagt, indem er die polnische Frage im Zusammenhange mit der Reichskanzlerrede bespricht, Deutschland führe diesen Krieg nicht zur Befreiung von Völkern im Osten oder Westen, sondern zur Sicherung seiner eigenen Großmachstellung. Hoetzsch weist auf den Zusammenhang

zwischen der preußischen Polenpolitik in den Grenzen des Staates und jedem Versuch der Lösung der polnischen Frage außerhalb Preußens hin. Diese Tatsache ignorieren nach Goëtzsch Ansicht fast ohne Ausnahme alle diejenigen, welche heute mit Vorschlägen in der polnischen Frage kommen. Zuletzt erklärt Goëtzsch: „Schon heute ist es sicher, daß die Polen, auf welche Weise die polnische Frage auch gelöst werden wird, in jedem Falle bessere Daseinsbedingungen erreichen werden; der Reichskanzler stellte dies als ethische Pflicht an die Spitze. Diese Pflicht können wir umso weniger anerkennen, als die Aufgabe der Befreiung der Völker, als einziger Orientierungspunkt angenommen, unfehlbar zu Schwierigkeiten führt und uns von den wirklichen Interessen Deutschlands und Österreich-Ungarns entfernt.“

Offenbar ist es nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, welches die wirklichen Interessen Deutschlands und Österreichs in der polnischen Frage sind. Daß auch der Kanzler sie ausschließlich in Rechnung zieht, unterliegt keinem Zweifel — entgegen dem, was Prof. Goëtzsch behauptet.

Einen interessanten Beitrag zu gerade dieser Frage der deutsch-österreichischen Interessen in der polnischen Sache bringt der neuerdings in der „Frankf. Ztg.“ veröffentlichte Artikel des bekannten ungarischen Staatsmannes Grafen Andrássy. Er lehnt gleichfalls die Idee einer Teilung des Königreichs unter Österreich und Deutschland, sowie auch die Möglichkeit, aus dem Königreiche einen selbständigen oder halb selbständigen Staat zu schaffen, entschieden ab. Dagegen spricht er für die Vereinigung des ganzen Königreichs mit dem Staate, in Verbindung mit welchem es die meiste Widerstandskraft gegenüber Rußland zeigen wird. Die unerläßliche Bedingung dessen ist nach Andrássy, daß man den Polen das Recht zugesteht, in diesem neuen staatlichen Organismus über sich zu bestimmen und sich autonom zu regieren. Welcher von den Mittelmächten das Königreich zugeteilt werden sollte, davon will Andrássy, wie er sagte, diesmal nicht sprechen.

Je weiter der Krieg vorwärts schreitet, desto dringender wird für die kriegführenden Mächte die polnische Frage. Ob zwischen Deutschland und Österreich etwas Positives nach dieser Hinsicht hin bestimmt wurde und ob das Projekt des Grafen Andrássy das Echo irgend welcher offizieller Verhandlungen ist, das entzieht sich unserer Kenntnis.

Aus Nr. 109 des Dziennik Polski (Warschau)
vom 19. April 1916.

Warum schweigt ihr?

Die Rede des deutschen Reichskanzlers hat neben ihrer allgemeinen politischen Bedeutung dank noch dem Umstande, daß der Lenker des deutschen Staatschiffs direkt im Gegensatz zu seiner bisherigen Praxis die polnische Frage berührte, speziell unsere Aufmerksamkeit erregt.

Von der Bedeutung dieser Tatsache haben wir schon mehrmals geschrieben, und wir stellten dabei fest, daß sie überall, wo die polnische Sprache klingt, Interesse erregte.

Die ganze Presse aller Teilgebiete widmete der Rede des Herrn v. Bethmann Hollweg zahlreiche Artikel, welche sie entsprechend der Richtung, der sie huldigt, beleuchtete.

Es hat auch eine Reihe unserer hervorragenden politischen Persönlichkeiten das Wort ergriffen, und das halbamtliche Wolffsche Telegraphenbureau hat die Äußerungen inhaltlich in der europäischen Presse verbreitet.

Um so merkwürdiger erscheint uns daher das Schweigen, welches die polnische Fraktion in Berlin

in dieser ganzen Sache für angebracht hielt. Wir fühlen uns durchaus nicht für berufen, der Vertreterschaft unseres Volkes im deutschen Reichstage irgend welche Direktiven zu geben; sie besitzt in ihrer Mitte hervorragende und gereifte Politiker, die wahrscheinlich nach gründlicher Überlegung in diesem Falle diesen und keinen anderen Standpunkt eingenommen haben. Wir meinen jedoch, daß wir, sobald es sich um die Zukunft des ganzen Volkes handelt, das moralische Recht besitzen, uns mit den Motiven bekannt zu machen, von denen sich die Mitglieder der Berliner Fraktion haben leiten lassen, als sie sich entschlossen, eine so gute Gelegenheit zum klaren Aussprechen ihrer Forderungen einzubüßen.

Wir nehmen nicht an, daß die Worte des Reichskanzlers die Herren Abgeordneten so unversehens überrascht haben, daß ihr Schweigen nur eine Folge des Mangels einer vorhergehenden gegenseitigen Verständigung gewesen wäre. Wir können auch nicht daran zweifeln, daß die Berliner Vertretung sich der Wichtigkeit des Moments bewußt gewesen ist; hat man doch diese Wichtigkeit eingestanden, und zwar nicht nur auf polnischer Seite, und weitere Ereignisse verleihen diesem Moment noch größere Bedeutung.

Es ist nämlich, wie der gewöhnlich gut informierte Herr Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ behauptet, auf der Konferenz, welche vor einigen Tagen zwischen Herrn v. Bethmann Hollweg und dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußeren, Baron Burian stattgefunden hat, auch die polnische Frage berührt worden.

Den Inhalt der einschlägigen Beschlüsse gibt Herr Wolff natürlich nicht an; er macht jedoch bei dieser Gelegenheit eine Bemerkung, die umso bezeichnender ist, als sie das „Berliner Tageblatt“ abgedruckt hat, die Bemerkung nämlich, daß das größte Unglück für die künftige Gestaltung der Verhältnisse eine neue Teilung Polens wäre, daß somit eine derartige Lösung der Sache für ausgeschlossen betrachtet werden müsse.

Dieses Eingeständnis ist für uns außerordentlich wichtig. Herr Wolff hat ausschließlich die deutschen Interessen im Auge — ebenso wie der Reichskanzler. Wenn also die Forderung der Unteilbarkeit der polnischen Lande den deutschen Interessen entspricht, wie kann dann davon die Rede sein, daß die deutschen Interessen und die der polnischen Nation auseinander laufen? Es werden sich zweifellos bestimmte deutsche Gruppen finden, die diese Forderung bekämpfen werden, wir haben jedoch das Recht zu meinen, daß sie lediglich Ausnahmen sein werden, welche die Regel bestätigen.

In jedem Falle durchleben wir einen von denjenigen Momenten, in welchem es keine Zeit zum Abwarten gibt. Unsere Volksvertretung, die sich in der Nähe des Hauptaltars befindet, muß nach unserer Ansicht mit der Taktik des Schweigens brechen, welche in gewissen Augenblicken weit schädlicher ist, als die klare Aussprache der eigenen Ansicht.

Darum wenden wir uns noch einmal an die Adresse der polnischen Abgeordneten in Berlin mit der Anfrage: „Warum schweigt ihr?“

Aus Nr. 94 des Dziennik Kujawski (Posen)
vom 23. April 1916.

Die römische Frage.

Hierzu schreibt Prälat Alois-Posen u. a. folgendes:

Es ist schwierig, die Frage zu beantworten, ob und in welcher Weise die gegenwärtige Lage des heiligen Vaters geändert werden muß. Zuerst deshalb, weil auf diese Frage eine erschöpfende Antwort nur der heilige Vater allein geben könnte. Ob die Wiedererrichtung des Kirchenstaates in seinem ganzen Umfange

oder nur eines Teils desselben erwünscht ist oder ob es sich empfiehlt, von der Erneuerung des Kirchenstaates abzuweichen und dafür ausreichende Garantien für die allseitige Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche auf dem Wege internationaler Traktate zu fordern, darüber kann einzig und allein nur der Papst entscheiden. So äußerte sich der Staatssekretär Kardinal Merry del Val im Jahre 1905 über die Ansichten der heiligen Väter zu den Delegierten der katholischen Presse.

Diese Frage näher zu prüfen, ist aber auch aus dem Grunde schwierig, weil sie manche Instanzen zu den Kriegszielen zählen, deren Besprechung unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch verboten ist. Allerdings bleibt die Zensur, wie dies aus zahlreichen Aufsätzen in der deutschen Presse ersichtlich ist, heute auf diese Frage nicht mehr so kleinlich, wie vor einigen Monaten. Auf der anderen Seite charakterisiert aber den gegenwärtigen Augenblick die Eingabe des evangelischen Bundes an den Kanzler recht deutlich. Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 16. März 1916 darüber, „daß er die öffentliche Besprechung der römischen Frage im Interesse des Burgfriedens nicht zulassen solle.“ Vielleicht unternimmt aus diesem Grunde — um den Kanzler nicht in eine schwierige Lage zu bringen — auch das katholische Zentrum in dieser Frage keine Schritte und stellt keine Anträge an den Kanzler. Es beschränkte sich in der Rede des Abgeordneten Spahn am 19. September 1915 auf folgende kurze Bemerkung: „Die durch den Krieg geschaffene Lage des heiligen Vaters beweist, daß sie in Zukunft unerträglich ist und uns nötigt, eine internationale Regelung dieser Frage, eine Regelung, die den Rechten, der Würde und den Aufgaben des Papsttums entsprechen würde, abzuwarten.“

Welchen Standpunkt sollen in dieser Frage die Katholiken in dem gegenwärtigen Zeitpunkt einnehmen? Keinen anderen, wie der heilige Vater.

Die Anschauungen des heiligen Vaters aber faßte Staatssekretär Kardinal Gasparri nach dem katholischen „Corriere d'Italia“ und „Osservatore Romano“ in der Erklärung zusammen, daß der Papst auf Gott vertraue und eine entsprechende Regelung seiner Lage nicht von fremder Seite durch Waffengewalt erhoffe, sondern dies dem Triumph des Gerechtigkeitsgefühls überlasse.

Die Vernunft gebietet mithin, die edlen Triebe zu zügeln, um nicht den Wünschen des heiligen Vaters entgegenzuhandeln; mithin die Wiederherstellung des Kirchenstaates nicht durchaus zu fordern, wenn seit dem Schreiben Leo's XIII. an den italienischen Klerus im Jahre 1898 weder der apostolische Stuhl in seinen Erklärungen, noch die Körperschaften, die zu der Kurie Beziehungen unterhalten, diese Forderung nicht stellen und wenn Benedikt XV. selbst in seiner Enzyklika Ad Beatissimi vom 1. November 1914, in welcher er, zugleich er der römischen Frage viel Raum widmete, nur Garantien fordert, die den gemeinsamen Vater in der Ausführung seines hohen apostolischen Amtes von dem Einfluß der weltlichen Machthaber befreien würden. Man darf auch das Heil des apostolischen Stuhles nicht lediglich in internationalen Garantien erblicken (die, wie der gegenwärtige Krieg beweist, jedweden Wert verlieren, wenn sie nicht durch Kanonen unterstützt werden), wenn Klugheit und jahrhundertelange Erfahrung des apostolischen Stuhls andere Wege finden können, die die Freiheit und Unabhängigkeit des höchsten Hirtenamtes sichern.

Die Pflicht der Katholiken wird — wenn die entsprechende Zeit kommt — sein, mit lauter Stimme zu den Fürsten, Diplomaten und Kongressen zu rufen, daß die unverletzten Rechte des Papstes anerkannt würden und sich das erfülle, warum die Katholiken beten, nämlich um die Erhöhung des Nachfolgers Christi.

Wir Polen werden in den Reihen der Verteidiger des hl. Stuhles nicht fehlen. Nicht nur die jahrhundertelange Anhänglichkeit an Rom wird uns in diese Reihen führen, sondern auch die aufrichtige Dankbarkeit für Benedikt XV., dessen Aufrufe für Polen die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf unser Land gelenkt hatten, wirksamer, als wenn dies die Verhandlungen von hundert Kongressen getan hätten.

Wenn wir die römische Frage als eine heilige betrachten, ziehen wir sie nicht von der Höhe der Heiligkeit in den Staub der politischen Agitation herab. Heilige Sachen dürfen niemals als Agitationsmittel für andere Zwecke dienen. Daraus entsteht für die Sache, der man dienen will, mehr Schaden als Nutzen.

Wenn die durch die Vorsehung bezeichnete Stunde schlagen wird, werden wir polnischen Katholiken ohne Agitation alle wie ein Mann für die Unabhängigkeit des apostolischen Stuhles eintreten, nicht im fremden Interesse, sondern im Sinne des hl. Vaters, damit die demütigenden und seiner hohen Stellung unwürdigen Verhältnisse, welche uns Katholiken beunruhigen und ein Grund zu Feindseligkeiten zwischen den Nationen sein können, ein Ende nehmen.

Aus Nr. 94 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 23. April 1916.

Zur Guldigung für Sienkiewicz.

Auf den 5. Mai fällt der siebenzigste Geburtstag Heinrich Sienkiewicz.

Unter anderen Verhältnissen würde dieser Tag des Meisters des polnischen Wortes in der Volksgemeinschaft ein lebhaftes Echo finden. Heute ist aber nicht die Zeit zu lauten Feiern gegeben — heute haben wir alle den Blick geheftet auf die Aufgaben, die uns der laufende Augenblick mit sich bringt in Erwartung eines neuen Morgens.

Die Volksgemeinschaft kann jedoch nicht ruhig an dem Jahrestage vorübergehen, an welchem derjenige in das Greisenalter eintritt, der den Herzen der ganzen Nation Stärkung bringt.

Mit dem Augenblicke, in welchem der Orkan des Krieges über die polnischen Lande hinwegging, die furchtbaren Kennzeichen des Hungers und des Brandes zurücklassend, verwandelte sich Heinrich Sienkiewicz aus einem Lobredner des Ruhmes unserer Väter und aus einem Meister der Muttersprache in den Almosenfahmler Polens. Wir sind alle Zeugen dessen, daß die Welt seinem Ruf gegenüber nicht gleichgültig geblieben ist, sondern Gaben für unsere obdachlosen Brüder sandte.

Wir sind auch Zeugen dessen, wie unser Meister in der Großmut seines Herzens die Mühe trägt, ohne sich durch irgend welche Abneigung, Ablehnung oder Kritik abschrecken zu lassen.

Mögen somit am Jahrestage von uns aus die Gefühle tiefster Dankbarkeit zu ihm hinströmen für alles das, was er uns gegeben hat, sowie für alles, was er uns in dem Augenblick der Weltepoche ist.

Da wir somit unsere Gefühle nicht durch laute Feiern ausdrücken können, wollen wir sie durch die Tat bekunden, in dem Sinne, welcher dem ehrwürdigen Meister am sympathischsten ist. Bringen wir mit doppelter Energie und Begeisterung Gaben für unsere obdachlosen Brüder dar.

Wir fordern somit die Volksgemeinschaft auf, vom heutigen Tage an bis zum 5. Mai einschließlich einen außerordentlichen einmaligen Beitrag zu Gunsten der Obdachlosen darzubringen, den wir als Guldigung und Ausdruck der Dankbarkeit der Polen aus dem preussischen Teilgebiet gegenüber Sienkiewicz dem Posener erzbischöflichen Komitee (dem Komitee zur Beistandsleistung im Königreich) überweisen werden.

Mögen denn reichliche Gaben fließen!

Es nehme jeder Teil an dieser Huldigung der polnischen Herzen gegenüber unserem erhabenen Schriftsteller. Wir — welche die Vorsehung vor den Greueln des Krieges bewahrte — wollen unseren Brüdern sowie der Welt gegenüber zeigen, daß nicht nur unsere Herzen dankbar schlagen, sondern daß wir auch zur Tat fähig und bereit sind.

Die Gaben bitten wir an die Redaktionen der Zeitungen oder an die Verbandsbank in Posen mit dem Zusatz: „Zur Ehrung Sienkiewicz für die Obdachlosen“ zu schicken.

Das Komitee für die Obdachlosen.

Ludwig v. Mycielski, Pfarrer Dr. v. Wolszlegier,
Vorsitzender. Stellv. Vorsitzender.

Dr. Boleslaus Krysiwicz, Wladislaus v. Grabski.
Schriftführer. Stellv. Schriftführer.

Dr. Felizian v. Niegolewski,
Schatzmeister.

Wir hegen die untrügliche Hoffnung, daß der obige Aufruf in den Herzen aller Polen einen lebendigen Widerhall wecken wird. In der gegenwärtigen Zeit werden wir den Geburtstag des großen Schriftstellers und großen Bürgers nicht in würdigerer Weise ehren können, als wenn wir zu dem Zwecke Gaben darbringen, dem er vom ersten Augenblicke des Ausbruchs dieses furchtbaren Krieges an seine ganze Zeit, seine Gedanken und sein Tun widmet. Diese Art und Weise der Ehrung wird auch ohne Zweifel am besten seinen Ansichten und Absichten entsprechen. Die Kriegswoge verzog sich zwar weiter nach dem Osten zu und verließ schon den überwiegenden Teil der von Polen bewohnten Länder, sie hinterließ jedoch in den verwüsteten Ländern als ihre übliche Folgeerscheinung eine schreckliche Not. Dieses Elend sind nicht einmal teilweise die bisherigen Opfer zu beseitigen imstande, die durch unsere Volksgemeinschaft dargebracht worden sind, oder von anderen Völkern, die zur Beteiligung an diesem philanthropischen Werke vor allem durch den in der ganzen gestitteten Welt bekannten und geschätzten Schriftsteller angeregt wurden.

Es ist eine Unmöglichkeit, heute schon vorauszu-
sehen, welche politischen Formen sich aus der gegenwärtigen geschichtlichen Katastrophe entwickeln werden. Vor der Hand ist jedoch die wichtigste Sache, daß die Bevölkerung der durch die Greuel des Krieges betroffenen Länder in den gegenwärtigen schweren Augenblicken durchhält und nicht infolge von Not und Hunger umkommt. Von dieser in jeder Hinsicht richtigen Voraussetzung ausgehend hat sich Sienkiewicz mit Eifer der Organisation der Hilfeleistung für die Kriegsoffer angenommen, und auf diesem Gebiete hat er sich unvergängliche Verdienste erworben. Und wenn das polnische Volk ihn schon seit einer Reihe von Jahren mit Ehrerbietung umgab als seinen größten Schriftsteller, der mit unvergleichlichem Talent die großen Augenblicke unserer Geschichte darstellte, so verbindet sich gegenwärtig mit dieser Verehrung das Gefühl tiefster Dankbarkeit für den unermüdlichen Förderer und Organisator der öffentlichen Wohltätigkeit zur Unterstützung der durch das Kriegsungewitter in eine verzweifelte Lage hineingestoßenen Landsleute.

Ihn bei diesem großen Werke zu unterstützen ist vor allem unsere Pflicht. Im Gegensatz zu den beiden anderen Teilen des früheren Polens, die lange Monate hindurch den Schauplatz des Ringens von Millionenarmeen bildeten, und in welchen zahlreiche Städte und Dörfer in Schutt und Asche verwandelt wurden, hat unseren Landesteil das schreckliche Kriegsungewitter verschont.

Man darf also mit aller Sicherheit annehmen, daß das einmalige Opfer, zu welchem das Komitee die

Volksgemeinschaft aus Anlaß des Geburtstages Sienkiewicz auffordert, reichlichen Ertrag bringen und zur Trockung mancher Träne sowie zur Linderung der Not unter den Kriegsoffern beitragen wird.

Aus Nr. 97 des Dziennik Kujawski (Sohenjalza)
vom 28. April 1916.

Zur Ehrung Sienkiewicz'.

In der Sonntags-Ausgabe brachten unsere Blätter den Aufruf des Komitees für die Obdachlosen, der in den breitesten Kreisen unserer Volksgesamtheit zweifellos einen lebhaften Widerhall finden wird.

Schon der Zweck allein ist ein solcher, das man darüber nicht viel schreiben braucht. Denn für unsere obdachlosen Brüder sollten unsere Taschen immer geöffnet sein und für sie opfern sollte jeder von uns nach Kräften. Diese Frage müßte der Maßstab für unsere Pflicht sein. Und diese Pflicht muß uns daran erinnern, daß es uns im Augenblick, in welchem Millionen unserer Brüder infolge des Krieges Hunger und Elend leiden und andere Millionen ihr Blut vergießen, nicht erlaubt ist, in der Heimat gedankenlos und gleichgültig — ähnlich wie vor dem Kriege — unser Dasein zu fristen. Zweifellos hat der Verlauf des Krieges vieles zum Guten gewendet, er hat durch die Kraft der Verhältnisse den Ernst der Lebensformen nach innen gefestigt und die öffentliche Wohltätigkeit zu ernstesten Erscheinungen emporgehoben. Es sind dies Tatsachen, für die es keiner Beweise bedarf. Wir alle erkennen sie nämlich, indem wir auf die vielen Beispiele in unserer Umgebung blicken, an. Und dennoch ist diese unsere Anspannung anscheinend noch nicht eindrucksvoll genug, wenn neben rührenden Erscheinungen der Opferwilligkeit in der bisher aufgebrachten Summe noch Hunderttausende fehlen, die diejenigen hätten opfern sollen, die sich gegenüber allen Aufrufen und allen sichtbaren Erscheinungen der notwendigsten Bedürfnisse gleichgültig verhielten. Dieser Mangel macht sich umso mehr fühlbar, als wir — worauf wir schon immer hinweisen — dank der Vorsehung das Grauen des Krieges nicht kennen gelernt und zum großen Teil nicht nur materielle Verluste erlitten, sondern sogar bedeutende Vorteile erzielt haben. Unter diesem Gesichtspunkt sind alle Lobsprüche, die an die Adresse der Volksgesamtheit gerichtet werden, nur insofern von Bedeutung, als sie die Tatsache feststellen, daß die Opferwilligkeit beträchtliche Höhen erreicht hat, wiewohl sie noch weit davon entfernt ist, einen Charakter anzunehmen, der die rücksichtslose Anspannung der Allgemeinheit darstellen würde.

Wir haben schon daran erinnert, daß unsere Anspannung anscheinend noch nicht eindrucksvoll genug ist. Diese Meinung ist umso mehr gerechtfertigt, wenn wir das Echo, das der letzte Aufruf zu Gunsten der Obdachlosen in der Volksgesamtheit gefunden hat, berücksichtigen. Wenn wir die Quittungen in der Presse verfolgen, gewahren wir nicht jene Reflexbewegung, die die Folgen eines solchen Aufrufs kennzeichnen sollte. Es sind bereits einige Tage vergangen und wir finden weder größere noch zahlreichere Beiträge in den Blättern. Und es handelte sich doch hier nicht nur um die Opferwilligkeit für die Obdachlosen. In Frage kommt hier auch der Name desjenigen, der — wie der Aufruf mit Recht sagt — eine Stärkung für die polnischen Herzen ist, der Name des Verfassers der „Triologie“, Heinrich Sienkiewicz. Es naht sein siebenzigster Geburtstag, mithin also ein Alter, in welchem die Menschen still und einsam ihren Lebensabend zu verbringen pflegen. Sienkiewicz, den der Krieg auf fremdem Boden überraschte, hatte, indem er seine Werke schrieb, nicht nur daran gedacht, daß er eine Stärkung für die polnischen Herzen war, sondern er hatte

auch empfunden, daß er ein Tröster der Nation im Augenblick sein muß, in welchem Millionen seiner Landsleute nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten Trost bedürfen.

Das historische Verdienst Sienkiewicz' besteht darin, daß er die Macht seiner Worte und die Bedeutung seiner Persönlichkeit in den Vordergrund gestellt hat, um für die hungernden Brüder Hilfe zu bringen. Vergewärtigen wir uns die Bedeutung des Aufrufs des Sienkiewicz! Durch die ganze Welt trug er die Kunde von den furchterlichen Folgen, die die Tragödie des Krieges über den riesigen Teil des polnischen Volkes gebracht hat. Vergewärtigen wir uns, daß durch diesen Aufruf die Augen der ganzen Welt auf Polen gelenkt wurden, daß er allgemeines Interesse für die Polen erweckte, und daß auf seinem Boden neben der Hilfeleistung auch diejenige Sympathie ausblühte, deren Bedeutung für uns nicht gleichgültig sein kann. Vergewärtigen wir uns auch, daß die Stimme Sienkiewicz' die Welt an die Grundsätze der ausgleichenden Gerechtigkeit erinnerte.

Zwiefach ist mithin für uns die Aufgabe, um unsere Schuld aufrichtiger Dankbarkeit an Sienkiewicz abzu zahlen. Einmal dafür, daß er das Gewissen Europas und der ganzen Welt gegenüber dem polnischen Elend und den polnischen Bedürfnissen geweckt hat. Dann aber auch, weil er, indem er dies zustande brachte, durch seine Hilfstätigkeit Millionen unserer Brüder erquickte und tröstete. Wir wissen, daß sich Kritiker gefunden haben, die mit Unwillen auf die von Sienkiewicz hervorgerufene Aktion blickten. Ihnen war diese erhabene Aktion, das Zeichen der Humanität und erhabenster Vaterlandsliebe, deshalb unverständlich, weil sie nicht politisch war und sein wollte. Und gerade der Umstand, daß diese Aktion keinen politischen Charakter trug, zeugt von der Klugheit der großen Tat Sienkiewicz! Sienkiewicz war nie Politiker. Er war nur Pole. Und als Pole, dessen Stimme die ganze Welt lauschte, erfüllt und erfüllte er seine Pflicht. Er läßt sich in keine politische Kombination und parteipolitische Orientierung ein. Als Pole sieht er nur das, daß Millionen seiner Landsleute vor Hunger zu Grunde gehen. Er fragt nicht, welcher Parteirichtung sie angehören und wie ihre Orientierung ist. Er sieht sie nur als Arme, die Brot und warmer Nahrung bedürfen. Er sieht die Jugend — die Zukunft der Nation — zu Grunde gehen. Ihnen allen bringt er dank den Mitteln, die auf seine Anregung fließen, Stärkung und die Hoffnung, weiter durchzuhalten. Diejenigen, die diese Aktion nicht billigten, sagten, daß sie den Charakter einer Kartoffelaktion trüge. Damit und indem sie darauf hinwiesen, daß es heute keiner humanitären, sondern einer politischen Aktion bedürfe, wollten sie die Hilfstätigkeit in den Augen weniger der ganzen Welt, als des eigenen Volkes herabsetzen. Sie haben daran vergessen, daß ohne die „Kartoffelaktion“ auch die politische Aktion nichts nützen würde. Die politische Kammegießerei würde nämlich ohne diese Aktion niemanden mehr von den Polen auf polnischem Boden vorfinden. Denn Hunger und Krankheiten würden sie nach Tausenden zu Grunde richten. Sie haben daran vergessen, daß die Hilfstätigkeit den armen Brüdern nicht nur warme Nahrung und Bekleidung geben will, sondern daß sie es ihnen auch ermöglichen will, die schlimmste Zeit zu überdauern. Diese Hilfstätigkeit will, daß die „Kartoffel“ keine Kartoffelköpfe hervorbringen, sondern ein Geschlecht groß werden lassen soll, das sich gesund und stark fühlen und einen klaren Kopf haben wird. Dann wird, wenn der geeignete Augenblick kommt, auch Zeit für Politik sein. Heute ist es ein Gebot des selbsterhaltenden, nationalen Instinkts, diejenigen vor Elend, Hunger und vor dem Tode zu retten, die davon unmittelbar bedroht werden.

Unsere Dankbarkeit Sienkiewicz gegenüber muß deshalb groß sein, weil er durch seinen Aufruf an die

Welt eine polnische Tat vollbracht hat, eine Tat, die uns immer vor Augen stehen und zu immer größerer Opferwilligkeit anregen soll.

Erbringen wir mithin den Beweis, daß dieses Gefühl in uns lebendig ist. Und erbringen wir ihn jetzt umsomehr, als wir durch unser Opfer am 5. Mai unsere Ehrerbietung Sienkiewicz gegenüber zum Ausdruck bringen sollen. Möge der Meister der Muttersprache wissen, daß wir die grundsätzliche Idee seines Aufrufs verstanden haben, möge er wissen, daß er uns hinter sich hat und daß wir wie bisher, so auch weiterhin opfern werden. Das außerordentliche Opfer aber, das wir im gegenwärtigen Augenblick bringen, möge ihm und der Welt beweisen, daß wir nicht nur die Größe unserer verdienten Männer zu schätzen, sondern sie auch durch die Tat zu ehren wissen, umsomehr, als diese Tat den Hungerigen und Entblößten Brot und Kleidung bringt und Millionen unserer Brüder dem Morgen, das uns allen teuer ist, entgegenführt.

Bericht

des Vorstandes der Genossenschaft Fabrikantenverband (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Posen) für das Jahr 1915.

Bericht des Vorstandes.

Das ganze verfloßene Jahr stand unter dem Zeichen des blutigen Weltkrieges, dessen Ende auch heute noch nicht abzusehen ist.

Dieser Krieg prägt sein Merkmal dem gesamten wirtschaftlichen Leben der in ihn verwickelten Völker und Volksgesamtheiten auf; er macht sich daher auch unserer bescheidenen Organisation fühlbar und hemmt ihre Entwicklung.

Zwar ist die Verwirrung der letzten Monate des Jahres 1914 geschwunden. Man hat sich in der wirtschaftlichen, durch den Krieg hervorgerufenen Situation orientieren und den neuen Verhältnissen anpassen müssen.

Die Arbeiten in der Genossenschaft mußten schon deshalb erheblich leiden, weil in der Einberufung von Versammlungen erhebliche Schwierigkeiten entstanden waren.

Viele Mitglieder der Genossenschaft, die im Aufsichtsrate und in den Ausschüssen erfolgreich gearbeitet haben, wurden zum Heeresdienst einberufen, und viele andere, die ihrer Hilfskräfte beraubt und ihrer Existenz häufig bedroht waren, fanden keine Zeit, sich den Arbeiten der Genossenschaft zu widmen.

Daraus erklärt es sich, daß die Versammlungen im allgemeinen und die der Ausschüsse schwach besucht waren und wegen Mangels an Mitgliedern sogar nicht abgehalten werden konnten.

Der Vorstand der Genossenschaft war zu der Überzeugung gekommen, daß ein Aufgeben der Arbeiten in der Genossenschaft in den so kritischen Zeiten in hohem Maße den Interessen unserer Mitglieder und den Interessen unserer Industrie zuwiderlaufen würde.

Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, die durch den Krieg hervorgerufen sind, fortdauernd unter dem Einflusse des Krieges stehen und sich fortwährend ändern, stellen uns vor die verschiedensten neuen Aufgaben. Die nächste Aufgabe unserer Genossenschaft ist es, auf diese Erscheinungen sorglich zu achten und für unsere Industrie Pläne für die Zukunft vorzubereiten.

Die Tätigkeit des Verbandes im verfloßenen Jahre stellt sich wie folgt dar:

„Der Kontakt mit den einzelnen Mitgliedern und die Erforschung der Folgen des Krieges in unserer Industrie.“

Mit Bedauern haben wir wahrgenommen, daß sich die Folgen des Krieges auf verschiedenen Gebieten der Industrie sehr fühlbar gemacht haben. Es haben gelitten: das Baugewerbe, die Zementfabriken, die Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen. Es wurde beschränkt: die Produktion für Lebensmittel-Erzeugnisse und der Konsum von Pfefferkuchen, Schokolade, Zuckerwaren, Makkaroni und Likören.

Wegen Mangels an Fetten und anderer Rohstoffe haben die Seifen-, Öl- und Schmierfabriken aufgehört zu arbeiten. Viele Unternehmungen haben gelitten, weil man entweder die Besitzer selbst oder auch die Leiter zum Heeresdienst einberufen hat, auch deshalb, weil es an Arbeitern fehlt. Diese Erscheinungen haben uns veranlaßt, an die Mitglieder ein Rundschreiben zu senden, mit dem Ersuchen, uns möglichst bald über den Stand ihrer Unternehmungen und über die Folgen des Krieges Bericht zu erstatten. Auch der stets tätige Ausschuß für landwirtschaftliche Maschinen veranstaltete unter seinen Mitgliedern eine Enquete. Die an uns ergangenen Antworten haben unsere Annahme bestätigt.

Es hat sich dabei gezeigt, daß selbst der Industriezweig, der im allgemeinen anderwärts aus dem Kriege großen Nutzen hatte und an Heereslieferungen Tausende verdiente, bei uns in sehr bescheidenem Maße berücksichtigt worden war.

Wir haben es nicht verstanden, uns sofort über die Lage zu orientieren, sich den Bedürfnissen der Zeit anzupassen, und — was die Hauptsache ist — nicht die Quellen zu finden, von denen die großen Bestellungen herkommen!

Wir haben uns aus der Genossenschaft heraus bemüht, Schritte zur Erlangung von Lieferungen für unsere Mitglieder zu unternehmen. Wir müssen leider zugeben, daß unsere Bemühungen zu spät eingesetzt, daß wir als Genossenschaft manches verabsäumt haben. Wir mußten uns darauf beschränken, unseren Mitgliedern die Absatz- und Einkaufsquellen anzugeben, wovon nur ein verhältnismäßig kleiner Teil unserer Mitglieder Gebrauch machte.

Der Mangel an Arbeitern in unseren Unternehmungen

hat uns häufig beschäftigt. Weil wir in unserem Bureau vor der Hand keine Arbeitsvermittlung besitzen und es während des Krieges wegen des Mangels der Arbeitskräfte keinen Zweck hätte, einen solchen Ausschuß einzurichten, haben wir das die Arbeit betreffende Material durch verschiedene polnische und deutsche Verbände, ferner die Adressen von Arbeitsvermittlungsbureaus und die der Zivil- und Militärbehörden gesammelt, an die man sich wegen der vorübergehend oder vom Militärdienst völlig befreiten Soldaten wenden muß.

Wir haben die betreffenden Zirkulare mit der Angabe des obigen Materials unseren Mitgliedern zugestellt, außerdem haben wir es in den Zeitungen veröffentlicht.

Die Angelegenheit betreffend Kreditinformationen

war in unserer Genossenschaft Gegenstand längerer Beratungen und Konferenzen. Um diese Institution zu erweitern, haben wir mit dem Verbands der kaufmännischen Vereine von neuem Verhandlungen gepflogen. Es haben in dieser Angelegenheit 2 gemeinsame Sitzungen mit einer zu uns entsandten Kommission des Verbandes der kaufmännischen Vereine, der die Herren Dr. Pernaczynski und Dr. Bajonski angehörten, stattgefunden. Was unsere Vorschläge betreffend die gemeinsame Tätigkeit mit dem Verbands der kaufmännischen Vereine anlangt, so warten wir vor der Hand auf die Antwort dieses

Verbandes. Schließlich stellen wir gerne fest, daß auf diesem Gebiete ein großer Fortschritt zu verzeichnen ist. Dank der Anknüpfung von Beziehungen mit manchen unserer Institutionen ziehen wir aus dem reichen Informationsmaterial in Kreditangelegenheiten Nutzen, sodaß wir unseren Mitgliedern Informationen über Ortschaften geben können, in denen wir bisher keine Vertrauensmänner besaßen.

Wir hoffen, daß unsere Mitglieder von dieser Zeit ab aus dieser Einrichtung unserer Genossenschaft weiten Nutzen ziehen werden.

In völlige Vergessenheit gerät bei unseren Mitgliedern

Die Schutzmarke,

welche sich unsere Genossenschaft im Patentamt hat ausstellen lassen. Die Gleichgültigkeit unserer Mitglieder in dieser Angelegenheit ist für unser Unternehmen wenig lobenswert. Über unsere Schutzmarke referierte in einer Sitzung unser Mitglied, Herr Rapszowicz aus Gnesen. Infolge seiner sachlichen Anträge bereiten wir in kurzer Zeit fertiges Material in Rlichees, Alebemarken usw. vor, das wir unseren Mitgliedern zum Selbstkostenpreise überlassen werden.

Wir hoffen, daß wir auf diese Weise eine schnelle Verbreitung der Marke, die unsere Gewerbetreibenden vor Nachahmungen schützen soll, erzielen werden.

Es liegt außerdem im Interesse der Genossenschaft, daß sich die Erzeugnisse unserer vereinigten Fabriken nach außen hin durch ein gemeinsames Zeichen kenntlich machen.

Die Versicherung unserer Mitglieder gegen Feuergefahr, Einbruch, Sterbefälle in Vereinen, in denen wir für unsere Mitglieder vorteilhafte Bedingungen erworben haben, schreiten fort, wenn auch nicht in dem Maße, wie wir uns das wünschen.

In dieser Angelegenheit haben wir am 11. November 1915 ein Rundschreiben verschickt, welches die Mitglieder über diese wichtige Einrichtung in unserer Genossenschaft in Kenntnis setzte.

Die Zeitschrift „Fabrikant“,

die am 1. 10. 1914 hauptsächlich wegen Mangels entsprechender Mittel ihr Erscheinen eingestellt hat, erscheint auch fernerhin nicht.

Wiewohl das regelmäßige Erscheinen dieses Blattes besonders während des Krieges, wo es doch so viel Informationsmaterial zu veröffentlichen gibt, sehr erwünscht wäre, sind wir nach längerer Erwägung zu dem Entschlusse gekommen, die Herausgabe dieses Blattes für bessere Zeiten aufzuheben.

Eine sehr vorteilhafte Erscheinung in unserem wirtschaftlichen Leben ist die am 4. Juni 1915 in Posen erfolgte Gründung der

Genossenschaft zur Unterstützung der Industrie.

(Gesellschaft m. beschr. Haftung).

Wir sind glücklich, unseren Mitgliedern diese Tatsache mitteilen zu können. Die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates unserer Genossenschaft sind auch in die Vertreterschaft der neuen Genossenschaft berufen worden und zwar in den Vorstand die Herren Dr. Josef Englich, und Severin Samulski, in den Aufsichtsrat die Herren Franz Ziolkowski und Johann Zeitgeber. Die Genossenschaft hat den Zweck, die heimische Industrie durch Finanzierung der betreffenden Fabriken und Unternehmungen zu unterstützen. In der durch Herrn Josef Englich verfaßten Agitationsbrochure findet man eine umfangreiche Aufzeichnung der Ziele dieser Genossenschaft und das Programm ihrer Arbeit.

Unsere Genossenschaft hat auf diese Weise einen sehr erwünschten Bundesgenossen erhalten. Mit dem

Augenblicke, mit dem die Genossenschaft zur Unterstützung der Industrie ihre Tätigkeit beginnt, werden wir manch ein schönes Projekt, das sich gewöhnlich an der Frage der gegebenenfalls erforderlichen Kapitalien zerbricht, verwirklichen können.

Es steht fest, daß uns auch mehr Arbeit und Verantwortung daraus erwachsen wird. Wir rechnen aber auf die Hilfe unserer Mitglieder, diese Arbeit wird jedoch erst nach dem Kriege beginnen. Wir haben der Genossenschaft zur Unterstützung der Industrie das gesamte statistische Material zugestellt, das sich auf die polnischen Unternehmungen im deutschen Gebietsteile bezieht.

Wir haben uns mit zwei Projekten, die sich mit der Finanzierung von Fabrikunternehmen befassen, beschäftigt, sie aber bis zur Beendigung des Krieges zurückgelegt.

Die in unserer Genossenschaft eingerichteten Ausschüsse haben nicht in gehöriger Weise funktioniert und zwar hauptsächlich wegen des Krieges.

Der Ausschuß für chemische Lebensmittel hielt im verflossenen Jahre gar keine Sitzung ab.

Der Ausschuß für landwirtschaftliche Maschinen legte größeren Eifer an den Tag. Der Vorstand dieses Ausschusses kam zweimal zusammen und beriet insbesondere über das Gewerbe der landwirtschaftlichen Maschinen; er bemühte sich seinerseits, mit den Quellen in Verbindung zu treten, bei denen Bestellungen für den Krieg gemacht werden. Das Ergebnis war gering, — deshalb, weil der Genossenschaft keine Person zur Verfügung stand, die im Interesse unserer Mitglieder persönlich mit den verschiedenen Behörden in Verbindung getreten wäre, sich über die bestehenden Bedürfnisse informiert und Abschlüsse über Lieferungen gemacht hätte.

Die Beratungen des Vorstandes des Ausschusses mit dem Vorstande der Genossenschaft haben die Notwendigkeit

einer ständigen Vertreterschaft auf dem Gebiete des Handels

in unserer Genossenschaft ergeben. Der Vorstand der Genossenschaft und der Aufsichtsrat sind zu der Überzeugung gekommen, daß dieses Projekt unterstützt werden muß. In der Sitzung am 1. 11. 1915 wurde beschlossen, für die Genossenschaft einen Vertreter für Handelsfragen zu engagieren — vorläufig nur auf Probe. Es ist uns gelungen, für diese Stellung eine erprobte Kraft zu gewinnen. Ihre erste Tätigkeit bestand in dem Besuch aller unserer bedeutendsten Fabriken, um sich mit der Industrie, die in unserer Genossenschaft vertreten ist, genauer bekannt zu machen.

Ihre weitere Tätigkeit wird eine lebhafte Agitation für die Erzeugnisse unserer Fabriken im Königreich, in Galizien, Schlesien und Westpreußen sein, die Wege des Absatzes in den betreffenden Gebieten zu finden und daselbst Handelsbeziehungen anzuknüpfen.

Wir wollen dadurch das Terrain für die zukünftige Tätigkeit vorbereiten und unserer Industrie die Wege ebnen.

Wir besitzen hierzu bereits die Genehmigung des Aufsichtsrates. Die Mittel für die Reisen und den Unterhalt des Handelsvertreters haben wir durch freiwillige Beiträge unserer Mitglieder aufgebracht.

Unser an die Mitglieder gerichteter Appell hat nur sehr bescheidene Resultate gezeitigt, wenn man in Betracht zieht, wie wichtig die Sache ist. Bis jetzt haben etwa 30 Firmen rund 3000 Mark gezeichnet. Das ist ein viel zu kleiner Betrag, und wir können nicht

garantieren, daß es uns gelingt, unseren Plan zu einem glücklichen Ende zu führen.

Zur Deckung der Unkosten sollen die Provisionen von den durch unseren Vertreter für unsere Mitglieder abgeschlossenen Geschäften dienen. Vor der Hand darf man kaum auf größere Vorteile rechnen, wenn man bedenkt, daß sich der Handelsvertreter mit dem Kleinverkauf für die einzelnen Mitglieder der Genossenschaft nicht befassen kann. Es wäre ein nicht gut zu machender Schaden, wenn wir genötigt wären, wegen Mangel an Mitteln diese Aktion von so großer Tragweite einzustellen. Die Bank des Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sammelt von Zeit zu Zeit Material betreffend die gesamte wirtschaftliche Bewegung bei uns während des Krieges. Weil wir auch um unsere Meinung gebeten worden sind, haben wir der Bank mit unseren Referaten gebietet.

Am 1. Oktober 1915 haben wir unser ehemaliges Lokal am Wilhelmsplatz Nr. 8 aufgegeben und unser neues Lokal im Hause der Bank der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in der Wilhelmstraße 26 bezogen. Vor der Hand genießen wir die Gastfreundschaft der Verbandsbank und brauchen nichts zu zahlen, wofür wir der Bank hiermit danken.

Der Schriftführer unserer Genossenschaft, vorher Schriftführer des Verbandes der Fabrikanten, Herr Dr. Krysan, hat sein Amt am 1. Oktober 1914 niedergelegt. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrate bis jetzt keine andere Person für diese Stelle vorgeschlagen und zwar aus Sparamkeitsrücksichten, zu denen uns die Kriegszeit zwingt.

Die Arbeit des Verbandssekretärs haben vor der Hand 2 Vorstandsmitglieder übernommen. Die Kassengeschäfte führt Herr Ziolkowski, die Korrespondenzgeschäfte und die inneren Angelegenheiten Herr Samulski.

Überaus tätig für unsere Genossenschaft war der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Joseph Englich. Er hat nicht nur persönlich eine musterhafte Registratur eingerichtet, sondern er findet auch Zeit, sich mit den laufenden Sachen der Genossenschaft zu befassen, er nimmt uns somit viel Bureauarbeit ab. Seiner Feder entstammt auch die schätzbare Broschüre unter dem Titel „Der Verband der Fabrikanten, seine Ziele und Bestrebungen“, die wir am Schlusse des Monats November 1915 unseren Mitgliedern zugestellt haben. Möge es uns gestattet sein, Herrn Dr. Englich herzlich dafür zu danken. Die Sitzungen des Vorstandes beehrt mit seiner Anwesenheit fast regelmäßig der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Kammerherr Cegielski. Wer die verschiedenen Pflichten des Herrn Vorsitzenden und seinen Gesundheitszustand kennt, der wird seinen Eifer, der allen zum Muster dienen kann, wohl anerkennen. Wir haben seine Ratschläge immer gern befolgt.

Der Vorstand der Genossenschaft setzte sich aus folgenden Herren zusammen:

J. A. Ziolkowski, Severin Samulski, Dr. M. Krysan, (Herr Dr. Krysan legte sein Amt am 1. Oktober 1915 nieder).

Dem Aufsichtsrate gehören folgende Herren an:

1. Kammerherr Stefan Cegielski aus Posen bis zum Jahre 1918, Vorsitzender,
2. Dr. Joseph Englich aus Posen, bis zum Jahre 1916, stellv. Vorsitzender,
3. Leo Czarinski aus Hohensalza bis zum Jahre 1917,
4. Johann Leitgeber aus Posen bis zum Jahre 1917,
5. Kasimir Ryzaj aus Posen bis zum Jahre 1916,
6. Peter Zwierzynski aus Gnesen bis zum Jahre 1918,

7. Kasimir Swierkowski aus Pleschen bis zum Jahre 1916,
8. Dr. Anton Seyda aus Posen bis zum Jahre 1918,
9. Boguslaw Dobrzycski aus Ostrowo bis zum Jahre 1917.

Den Vorstand des Ausschusses für landwirtschaftliche Maschinen bilden:

Herr Direktor Leo Czarlinski, Hohenfalza,
Herr Direktor Heinrich Suchowiak, Posen,
Herr Direktor Boguslaw Dobrzycski, Ostrowo,
Herr Direktor Severin Samulski, Posen.

Den Vorstand des Ausschusses für chemische Lebensmittel bilden:

Herr Peter Zwierzynski, Gnesen, Vorsitzender,
Herr Kasimir Chmielewski, Posen,
Herr Dr. Marian Krysan, Posen.

Versammlungen im Jahre 1915:

- 1 Generalversammlung am 15. April.
- 4 Versammlungen des Aufsichtsrates: 29. 1., 12. 2., 29. 4., 4. 11.

Der Vorstand kam 27mal zusammen.

Der Ausschuß für landwirtschaftliche Maschinen 2 mal.

Zu den ständigen Beamten des Bureaus der Genossenschaft gehört seit dem 1. November 1915 Fräulein Chylkowska.

Die Genossenschaft zählte am 1. 1. 15..... 87 Mitgl.

Im Jahre 1915 hinzugekommen 2 Mitgl. 89 Mitgl.

Im Jahre 1915 sind ausgetreten 6 Mitgl.

Gestorben 3 Mitgl.

Ausgestrichen 8 Mitgl. 17 Mitgl.

Es verblieben am 31. 12.

1915 72 Mitgl.

Davon wohnen im Posenschen 58 Mitgl.

in Westpreußen 6 Mitgl.

in Schlesien 3 Mitgl.

und außerdem in Deutschland 5 Mitgl.

Zusammenstellung der Rechnungen

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1915.

I. Übertragener Gewinn vom Jahre 1914.....	800.31 M.
II. Provisionen von Versicherungen, abgeschlossen durch Vermittelung der Bank.....	221.45 "
III. Gewonnene Zinsen vom Deposit und von Schulden der Mitglieder.....	58.47 "
IV. Beiträge der Mitglieder für das Jahr 1915:	
Bezahlte.....	2209.25 M.
Rückständige.....	650.75 " 2 860.— "

Gesamteinnahme 3 940.23 M.

Ausgabe:

I. Geschäftskosten:	
1. Gehalt des Sekretärs.....	1 500.— M.
2. " der Buchhalterin.....	323.— "
3. " des Bureaugehilfen.....	80.— "
4. Kosten für Vereinigung des Bureaus.....	14.50 "
5. Miete für das Lokal (bis zum 1. 10. 15).....	225 50 "
6. Telefongebühren.....	17.08 "
7. Revision der Geschäftsbücher.....	40.— "
8. Bureauaufsichten.....	131.40 "
9. Bekanntmachungen im Reichsanzeiger.....	23.56 "
10. Beleuchtung des Bureaus.....	2.40 "
11. Drucke.....	140.— "
12. Steuer.....	1.27 "
13.?	
14. Porto.....	87.97 "
15. Umzugskosten des Bureaus.....	21.35 "
16. Stempel für Vollmachten auf der Post.....	11.40 "
17. Reparatur der Schreibmaschine.....	14.— "
18. Stempelfkosten für Deklaration.....	1.— "
19. Ausgezahlt für den Handelsvertreter.....	475.— "
20. Versicherung der Beamten.....	39.87 "
	<u>3 155.28 M.</u>

Es geht ab:

1. Von Mitgliedern zurückerstattetes Porto.....	15.80 M.
2. Von Mitgliedern erstattete Gerichtskosten.....	8.45 "
3. Zurückerstatteter Teil der Kosten für Versicherung der Beamten.....	10.40 "
4. Übrig gebliebene Freimarken.....	2.46 " 37.11 M.

Es verbleiben Geschäftskosten..... 3 118.17 M.

II. Subvention des „Kupiec“..... 100.— "

III. Abschreibungen von der Utensilien-Rechnung..... 22 50 "

Insgesamt Ausgabe..... 3 240.67 M.

Verbleibt Gewinn..... 699.50 M.

Im Sinne des § 40 der Satzungen werden 10 % des Gewinnes dem Reservefond zugeschrieben 69 95 M..

Es verbleiben zur Disposition der Generalversammlung..... 629.21 M

Bilanz am 31. Dezember 1915:

	Aktiva.	Passiva.
1. Bar	321.97 M.	
2. Schuldner	904.72 "	
3. Deposit in der Bank	3 090.63 "	
4. Geräte (Schreibmaschine)	165.— "	
5. Gläubiger		22.50 M.
6. Anteile der Mitglieder		2 560.— "
7. Reservefonds		630.21 "
8. Spezialreserve		640.— "
9. Reingewinn zur Disposition der Generalversammlung		629.61 "
	4 482.32 M.	4 482.32 M.

Mitglieder am 31. Dezember 1915..... 87
 Vom Jahre 1914 übergegangen auf 1915..... 2

89

Im Laufe des Jahres 1915 gestorben..... 3
 Ausgetreten

6

Ausgeschlossen..... 8

17

Am 31. Dezember 1915 zählt die Genossenschaft Mit-
 glieder, die ins Handelsregister eingeschrieben sind: 72.

Am 1. Januar 1915 betrugen die Anteile, eingezahlt von den Mit-
 gliedern

1 710.— M.

Im Laufe des Jahres 1915 hinzugekommen

850.— "

Am 31. Dezember 1915 beträgt die Summe der Anteile.....

2 560.— M.

Die Haftsumme der Mitglieder beträgt gegenwärtig.....

36 000.— M.

Posen, den 16. März 1916.

Ziolkowski.

Samulski.

Bericht der Revisionskommission.

Die unterzeichnete Revisionskommission des Verbandes der Fabrikanten (E. G. m. b. H.) hat die Kassenbücher, sowie das Depositenbuch aus der Bank der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit dem Journal verglichen, ebenso die Quittungen über Ausgaben, und zwar immer einige von jedem Monat, und alles in Ordnung gefunden.

Die Bilanz-Positionen vom 31. Dezember 1915 sind eingehend nachgesehen worden, man hat in den Aktiven sowohl wie in den Passiven die Summe von 4482.32 M festgestellt. Die Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Jahr 1915 schließt mit einem Gewinn von 699.56 M., von dem nach § 40 der Satzungen 10 % d. i. 69.95 M., dem Reservefonds zugeschrieben werden. Es verbleiben somit 629.61 M zur Verfügung der Generalversammlung.

Posen, den 12. April 1916.

Stefan Cegielski.

Dr. Englich.

Johann Leitgeber.

Aus Nr. 98 des Dziennik Poznański (Posen)
 vom 29. April 1916.

Der Genossenschafts-Fabrikantenverband in Posen.

Gestern nachmittags fand im SitzungsSaale der Bank des Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften die Generalversammlung des vor 5 Jahren gegründeten Fabrikantenverbandes statt. In Anwesenheit von 30 von 70 Mitgliedern wurde die Generalversammlung von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herrn Stefan Cegielski, mit einer längeren Ansprache eröffnet, in welcher er in ausführlicher und deutlicher Weise die Tätigkeit der Genossenschaft im Jahre 1915 schilderte und hervorhob, daß trotz des Krieges der Hauptvorstand eine äußerst lebhafte Tätigkeit entfaltet habe, die nicht ohne günstigen Einfluß auf die Genossenschaft gewesen sei. Herr Kammerherr Cegielski dankte seinem Vertreter im Aufsichtsrate, dem Herrn Direktor Dr Englich, für die im vergangenen Jahre herausgegebene schätzbare Broschüre. Er dankte gleichzeitig den Mitgliedern des Vorstandes, den Herren Direktor Samulski und Direktor F. A. Ziolkowski für deren eifrige Arbeit. Herr Cegielski schloß seine Ansprache

mit den Worten: Wir bereiten während des Krieges alles so vor, daß man mit dem Augenblicke des Kriegsendes sofort energisch an die Arbeit gehen kann.

Auf Wunsch der Versammelten übernahm Herr Cegielski die Leitung der Generalversammlung und bat das Aufsichtsratsmitglied, Herrn Johann Leitgeber, das Protokoll zu führen.

Das Vorstandsmitglied, Herr Direktor Samulski, erläuterte sodann den gedruckten und den Mitgliedern zugestellten Bericht des Vorstandes.

Zu dem Berichte des Herrn Samulski nahm niemand das Wort.

Das Vorstandsmitglied, Herr F. A. Ziolkowski, legte die Bilanz, sowie die Gewinn- und Verlustrechnung vor. Der allgemeine Umsatz betrug 21 637,17 Mk. Die Bilanz weist auf beiden Seiten die Summe von 4 482,32 Mk. auf. Zur Disposition der Generalversammlung ist ein Reingewinn von 629,61 Mk. verblieben. Auch das Referat des Herrn Ziolkowski rief keine Diskussion hervor.

Die Bilanz wurde angenommen, worauf dem Vorstände und dem Aufsichtsrate Entlastung erteilt wurde.

Der Vorsitzende, Herr Cegielski, schlug im Namen des Vorstandes und des Aufsichtsrates die Gewährung einer Dividende in Höhe von 6% vor.

Herr Theodor Filipowicz empfahl, auf die Dividende zu verzichten und sie dem Reservefonds zu überweisen.

Die Herren Andruszewski aus Krotoschin und Rasprowitz aus Gnesen erklärten sich für den Vorschlag des Aufsichtsrates und des Vorstandes, womit man auch fast einstimmig einverstanden war. Den Bericht des Aufsichtsrates erstattete Herr Cegielski.

Zu einer sehr umfangreichen Diskussion führte das Referat des Herrn C. über seine Reise nach dem Königreich Polen in Sachen der Anknüpfung von Handelsbeziehungen. Die Genossenschaft hat den genannten Herrn als Handelsvertreter auf Probe angestellt. Es ist gelungen, eine erprobte Geschäftskraft zu gewinnen. Herr C. besuchte unsere bedeutenderen Fabriken, um sich mit der Industrie, welche in der Genossenschaft vertreten ist, näher bekannt zu machen. Seine Reise nach dem Königreich Polen trug dazu bei, ihn mit den dortigen Industrie- und Handelsverhältnissen bekannt zu machen, woraus in Zukunft die Mitglieder der Genossenschaft Vorteile haben können.

In dieser Angelegenheit nahmen folgende Herren das Wort: Direktor Grabski aus Kruschwitz, Rasprowitz aus Gnesen, Direktor Samulski, Direktor Czarinski aus Hohensalza, Rechtsanwalt Ratajski aus Posen, Theodor Filipowicz aus Posen, Fr. Brzeski aus Posen, Cegielski (früher in Wodki), Andruszewski aus Krotoschin, Kasimir Kuzaj aus Posen, Zwierzynski aus Gnesen und Johann Zeitgeber aus Posen.

Das Ergebnis der umfangreichen Diskussion führte zu dem Beschlusse, den Aufsichtsrat und den Vorstand zu ermächtigen, den Herrn C. als Geschäftsvertreter zu engagieren, und zwar bis zum 1. Januar 1917. Mit großer Mehrheit wurde auch der Vorschlag des Herrn K. Kuzaj angenommen, der dahin ging, von den Mitgliedern zum Zwecke der Deckung der Kosten dieses Vertreters der Genossenschaft eine entsprechende Summe einzuziehen.

In den Aufsichtsrat wurden die ausscheidenden Herren Dr. Englich aus Posen und Kasimir Swierkowski aus Pleschen wiedergewählt. An Stelle des Herrn J. Kuzaj, der in den Vorstand eintrat, wurde Herr Nagorski aus Stargard in Westpreußen gewählt. Nach Erledigung der Anträge schloß Herr Cegielski die Generalversammlung und wünschte der Genossenschaft weitere gedeihliche Entwicklung. Er dankte in herzlichen Worten dem Herrn Rasprowitz aus Gnesen für die segensreiche Tätigkeit im Vorstande, aus dem er aus Gesundheitsrücksichten auszutreten gezwungen war.

Die Versammlung währte drei Stunden und kennzeichnete sich durch eine würdige Haltung.

Aus Nr. 100 des Postep (Posen)
vom 2. Mai 1916.

Weisungen für die Erziehung der Kinder.

Aus dem Bureau des Nationalrats erhalten wir die nachstehende Mitteilung:

Die körperliche und geistige Erziehung unserer Kinder in dem vorschulpflichtigen Alter weist in noch sehr zahlreichen Familien viele Mängel auf. Die Kinderjahre sind doch das Fundament für den folgenden Aufbau und für die Entwicklung des Körpers und der Seele unserer Jugend. Um daher die Erziehung in bessere Wege zu leiten, beschloß der kulturelle Ausschuß des Nationalrats, die wichtigsten erzieherischen Weisungen zu veröffentlichen, welche den Eltern Aufklärung bieten und die Pflichten gegenüber den kleinen Kindern in Erinnerung bringen sollen. Die

Weisungen für die geistige Erziehung hat ein bekannter Pädagoge verfaßt, für die physische Erziehung einer unserer ärztlichen Hygieniker.

Auf Betreiben des Nationalrats sind die „Weisungen“ in zwei Ausgaben hergestellt worden: a) als Wandplakate mit größerem Druck, b) als vierseitige Bucheinlagen.

Wunsch des Nationalrats ist es, daß diese Weisungen in jede Familie gelangen, wo irgend polnische Kinder erzogen werden.

Abzüge der „erzieherischen Weisungen“, doppelseitig auf koloriertem Karton, mindestens je 20 Stück für 80 Pfg. portofrei in Briefmarken, sowie als Bucheinlagen mit demselben Text, mindestens je 50 Stück portofrei für 60 Pfg. sind im Bureau des Nationalrats in Posen, Wilhelmstraße 1 erhältlich.

Willens dazu beizutragen, daß die Weisungen tatsächlich in jene Familie gelangen, bieten wir sie nachstehend:

A. Die geistige Erziehung.

Eltern, wenn Ihr wollt, daß Euer Kind das ganze Leben hindurch Pole oder Polin sei, dann müßt Ihr es polnisch erziehen. Vor allem müssen die Kinder zur Gottesfurcht und zum Gehorsam gewöhnt werden; man muß in ihnen die Liebe, die Güte wecken, sie zur gewissenhaften Erfüllung der Pflichten bewegen, die Trägheit, die Halsstarrigkeit und andere üble Angewohnheiten ausrotten. Eltern und Hausgenossen wird empfohlen, dem Kinde ein gutes Beispiel tugendhaften Lebens zu geben, im Hause stets polnisch zu sprechen, polnische Bücher und Zeitungen zu lesen, mit Ehrerbietung über unser Vaterland und seine Geschichte sich zu äußern. Das Beispiel wirkt auf die Kinderseele am erfolgreichsten.

Das erste Lebensjahr.

Schon zum Säugling spricht nur polnisch, denn er hört und beginnt allmählich zu verstehen, wenngleich er noch nicht spricht. Singt ihm nur polnische Wiegenlieder, polnische weltliche und fromme Liedchen.

Das zweite Lebensjahr.

Wenn das Kind zu sprechen anfängt, wiederholt nicht seine schlecht ausgesprochenen Worte, sondern spricht zu ihm stets deutlich und richtig polnisch. Zeigt ihm sämtliche Gegenstände und bezeichnet dieselben polnisch. Zeigt dem Kinde polnische Wandbilder und erzählt ihm, wen sie vorstellen. Faltet die Hände des Kindes zum Gebet, lehrt es sich bekreuzigen, später möge es auch das Gebet an den Schutzengel, das „Gegrüßet seist du Maria“, das „Vater unser“ nachsprechen, bis es diese Gebete gelernt hat. Das polnische Kind muß sogar beim Spiel immer polnisch sprechen.

Das dritte Lebensjahr.

Zählt polnisch mit dem Kinde an den Fingern. Singt ihm polnische Lieder, zum Beispiel vom Kästchen und Häschen usw. Erzählt ihm polnische Märchen, Erzählungen und Rätsel. Erzählt ihm von Gott, vom Himmel, vom Herrn Jesus, von der Mutter Gottes und von dem Leiden des Herrn.

Das vierte Lebensjahr.

Das Kind zählt an den Punkten des Würfels und des Dominos, an Klöbchen, an Steinchen usw., von 1 bis 10 polnisch. Möge es leichte Zahlen zählen und abziehen. Lest ihm leichte Abschnitte aus der polnischen Geschichte vor. Laßt das Kind leichte polnische Gedichte vortragen. Kauft ihm polnisches Spielzeug mit polnischen Bildern, wie z. B. Klöbchen, Legespiele und Ausschnittbilder.

Jetzt lehrt das Kind schon das ganze Gebet anwendig, die zehn Gebote Gottes, die zwei Gebote der Liebe, sowie kurze Gebetchen. Singt mit dem Kinde

polnische Choräle, „Wenn früh Morgens“, „Es liegt in der Krippe“ usw., sowie beim Spiel und Vergnügen nationale und Volkslieder.

Von nun an soll das Kind die Märchen, welche es gehört hat, selbst erzählen, es mag auch polnische Gedichte auswendig lernen, um sie den Eltern zum Namenstage usw. aufzusagen. In diesem Alter soll das Kind schon wissen, daß es ein Pole ist.

Das fünfte Lebensjahr.

Das Kind muß an der Rechenmaschine und beim Lotteriespiel im Zahlenraum von 1 bis 100 polnisch zählen lernen. Lest dem Kinde polnische Erzählungen belehrenden und auch heiteren Inhalts vor, da bei dem Frohsinn alles besser gelingt.

Lest ihm die biblische Geschichte, das Leben der Heiligen, Erzählungen von unseren Königen, sowie von waderen Polen vor. Zum Spielen empfehlen sich für die Mädchen Puppen in polnischer Tracht, Stickerien und Klebespiele, für Knaben Soldaten.

Jetzt kann man anfangen, das Kind das Schreiben der polnischen Buchstaben zu lehren.

Im sechsten Lebensjahre

soll jedes Kind eine polnische Fibel bekommen; in dieser mag es die Buchstaben und Wörter lesen; gleichzeitig mag es auf der Tafel mit dem Schieferstift oder im Hefte mit dem Bleistift polnisch schreiben. Der Unterricht in der Fibel soll mild sein, ohne Strafen und Placereien für das Kind, aber täglich und regelmäßig unter dem Beistande einer älteren Person. Man muß dafür sorgen, daß das Kind vor dem Eintritt in die Schule gut polnisch lesen und schreiben kann. Dann muß man auch dem Kinde ein polnisches Gebetbuch kaufen.

Außerdem muß das Kind folgendes polnisch lernen: den kleinen Katechismus, Rechnen, polnische Choräle und Lieder, damit es recht viel polnischen Vorrat für die Schuljahre habe.

„Jung gewohnt, alt getan“. Eltern, in eurer Hand liegt die Möglichkeit, eure Kinder im Polentum zu erhalten! Wer dies vernachlässigt, liefert seine eigenen Kinder freiwillig der Entnationalisierung aus.

(Die Weisungen für die körperliche Erziehung, die das Blatt in der folgenden Nr. veröffentlicht, enthalten nichts in politischer Hinsicht Bemerkenswertes).

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 100 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 30. April 1916.

Der Kern des Übels.

(Auszugsweise.)

Die polnischen Blätter berichten oft über unerwartete Bankrotts verschiedener Firmen und Privatpersonen. Sie haben auch über den seit längerer Zeit vorausgesehenen Zusammenbruch der „Bank Ludowy“ in Thorn geschrieben. Aber sie gehen nicht auf den Kern des Übels ein. Die Quelle aller dieser Zusammenbrüche ist unsere alte Krankheit — das Leben über die Verhältnisse.

Man kann es als ein nationales Unglück bezeichnen, daß uns ein leistungsfähiger Mittelstand in den Städten und zum großen Teil auch auf dem Lande fehlt. Die Folge davon ist, daß die Unterschiede in bezug auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit derjenigen Leute, die in sozialer Hinsicht zusammenleben und -arbeiten müssen, übermäßig groß sind. Die Wohlhabenden sind mithin also entweder gezwungen, jeden privaten Verkehr

mit den Nachbarn zu meiden, oder sie führen ihre Nachbarn, wenn sie sich mit ihnen vereinigen, oft dem Ruin entgegen dadurch, daß sie ihre Empfänge nicht der Leistungsfähigkeit der letzteren anpassen, sondern im Gegenteil, um dem „Gesinde“ zu imponieren, geräuschvoll auftreten und dadurch dieses „Gesinde“ veranlassen, über seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hinaus Festlichkeiten usw. zu veranstalten. Sehen wir uns das alltägliche Leben in der Heimat und in der Fremde näher an und wir werden uns überzeugen, daß überall Luxus herrscht, der nicht soviel aus dem durch die Erziehung geschaffenen Bedürfnis, als aus dem Willen, sich den Wohlhabenden gegenüberzustellen, oder dem „Gesinde“ zu imponieren, entspringt, jenem Gesinde, zu dem der Magnat den Edelmann, der nur ein Gut hat und der Arbeiter, der zu Hause ein Sofa hat, denjenigen der feins hat, zählt.

Es hat z. B. ein Edelmann oder ein Bürgerlicher gegen eine angemessene Anzahlung ein Gut gekauft. Er hätte es zu einem Vermögen bringen können. Aber er hat im „Landwirtschaftlichen Verein“ oder im „Wahlsomitee“ einen begüterten eingeseßenen Großgrundbesitzer, dem zahlreiche Güter gehören, kennen gelernt. Er wurde angeregt, ihm einen Besuch zu machen. Es folgte Gegenbesuch und darauf Empfang auf der einen und anderen Seite. Der erste Besucher, der glänzend aufgenommen worden ist, will nicht zurückstehen und macht Ausgaben, die mit seinem Einkommen nicht im Einklang stehen. Diese Ausgaben wachsen, je mehr sich die gesellschaftlichen Beziehungen entwickeln. Um sich zur rechten Zeit zurückziehen, finden viele nicht den Mut. Ebenso wie viele von den Wohlhabenden nicht den Mut besitzen, sich im gesellschaftlichen Verkehr mit den Minderbemittelten zu „erniedrigen“, und bescheidene Empfänge zu veranstalten.

In der Stadt hat sich ein junger Arzt oder ein Rechtsanwalt niedergelassen. Oder es hat ein Geistlicher eine etwas magere Propstei erhalten. Um nicht in der Einöde versauern, tritt letzterer einem „Verein“ bei. Er ist also gezwungen, bei Ärzten und Anwälten mit ausgedehnter und beständiger Praxis und bei gutsituierten oder große private Mittel besitzenden Geistlichen zu verweilen, und sie bei sich zu empfangen. Und man kann schlecht Bier oder billigen Wein denjenigen kredenzen, die oft Champagner trinken.

Leider fließt der Champagner nicht nur auf den Gütern und Propsteien, bei Ärzten, Anwälten, Kaufleuten und Gutspächtern, sondern auch in der Fremde, bei denjenigen, deren Vätern ein Glas Bier ein Luxus erschien. Einer von denjenigen, die die „Bank Ludowy“ in Thorn mit über 100 000 M. übervorteilt haben, hat i. Zt. die Aufmerksamkeit eines durchreisenden Warschauer Literaten auf sich dadurch gelenkt, daß er jeden Tag beim Kartenspiel in der Weinstube Champagner trank. Er hatte sich durch emsige Arbeit ein Vermögen erworben, ist aber später unter die „Herren“ gelangt, und hatte sich angewöhnt, „standesgemäß“ zu leben. Und jetzt...

Auch die „Herren“ in Thorn haben früher nicht immer Champagner getrunken. Es begnügten sich mit einem Glas Bier oder mit einer Tasse Kaffee dort sogar sehr wohlhabende Leute, bis es einem von den „Herren“, der lange mit Sorgen zu kämpfen hatte, gelang, durch Zufall viel zu verdienen und — viel auszugeben. Sein Beispiel erneuerte den Brauch aus der Zeit, in welcher im Kopernikusgarten die goldene und adelige Jugend tonangebend war, jene jungen Leute, die sich in der einst berühmten Kommanditbank zu tüchtigen Bankleuten heranbilden sollten, in Wirklichkeit aber ihr Vermögen vergeudeten. Wieviel angesehene Firmen sind dadurch nicht zu Grunde

gegangen und wieviel Leute — nicht nur in Thorn — zu Bettlern geworden?

Dem Beispiel der höheren Kreise folgen auch die unteren Schichten; das Beispiel älterer Leute stößt das junge Geschlecht auf Abwege. Der Einfluß der Umgebung ist manchmal stärker als die Einflüsse in der Familie. Oft bemühen sich die Väter, Brüder und Schwestern umsonst, den Sohn oder Bruder davon abzuhalten, mit dem Gelde umherzuwerfen. Nach seiner Ansicht ehrt die „Volksgesamtheit“ diejenigen, „die das Leben genießen“, während sie diejenigen, die sparen, scheel ansieht. Wenn dann diejenigen, die das Leben genießen, straucheln, wenn sie nicht mehr zahlen können, dann bewerfen die „Leuchten“ der Volksgesamtheit nicht nur sie, sondern auch ihre näheren und entfernteren Verwandten — mit Kot. Geschädigt ist dadurch vor allem die Familie, die für die Volksgesamtheit ein nützliches Glied erzogen hat, das solange rechtchaffen war, bis es von der „Gesellschaft“ dazu verleitet wurde, über die Verhältnisse zu leben.

Mit Ausnahme einiger Magnaten, die im Verhältnis zu den reichen Leuten in Rußland, Deutschland, Amerika und England arm sind und mit Ausnahme eines Teils der Bauern und Arbeiter leben heute fast alle Polen über ihre Verhältnisse. Infolgedessen sind wir, wenn man unser Vermögen auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, das ärmste Volk in Europa. Der Himmel wird uns nicht reich machen, sondern man muß, wenn man wohlhabend sein will, nicht nur fleißig, sondern auch sparsam sein. Daher muß die Sitte, über die Verhältnisse zu leben und die Verschwendungssucht reicher Leute, die durch ihr Beispiel die anderen zu unnötigen Ausgaben anregen, bekämpft werden. Alle Bergeuder müssen wir als nationale Schädlinge brandmarken. Die Banileute aber, die berufen sind, fremde Gelder zu verwalten, sollen nicht nur lernen, Wechsel einzuziehen, sondern sie müssen auch zur Sparsamkeit und zum bescheidenen Lebenswandel nach jeder Richtung hin angehalten werden. Leute, die gewohnt sind, auf großem Fuße zu leben, die Karten spielen, sich der Trunkenheit oder einem anderen Laster hingeben, dürfen weder in den Vorständen und in den Aufsichtsräten, noch in dem Patronat der polnischen Genossenschaften geduldet werden. Denn dieses Leben über die Verhältnisse war das Geschwür, das 30 Jahre lang in der „Bank Ludowy“ in Thorn eiterte, bis es schließlich aufging, was wahrscheinlich den anderen polnischen Banken und der ganzen Volksgesamtheit zum Segen gereichen wird.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 97 des Dziennik Śląski (Königshütte)
vom 29. April 1916.

Die Kanzlerrede und die Polenfraktion im Reichstage.

Wir haben in unseren Zeitungen die Rede des Reichskanzlers vom 5. April und einige Tage später den Artikel des Duma-Abgeordneten Lempicki über diese Rede, die in der Wiener „Neuen Freien Presse“ veröffentlicht worden war, wiedergegeben.

Herr Lempicki fühlte und sah ein, daß die Kanzlerrede auf polnischer Seite Widerhall finden mußte, weil doch etwas ganz Außerordentliches geschehen war. Der Leiter der deutschen Reichsregierung äußerte im Reichstage vor seiner Nation und vor der ganzen Welt Worte, die Herr Lempicki als „eine Ankündigung der Befreiung Polens“ vom russischen Joch bezeichnete, außerdem kündigte er die Lösung der polnischen Frage im Sinne der Freiheit für die nationale Entwicklung

Polens an. Diese Ankündigung hob die polnische Frage aus den engen Grenzen, in denen sie vor dem Kriege gehalten wurde und stellte sie auf den Schauplatz der Welt. Dadurch, daß man Polen künftighin die Rolle eines Kiegels gegen Rußland zuteilte, stellte man es in die Reihe der großen mitwirkenden politischen Faktoren in Europa.

Wenn wir daran erinnern, was die polnische Frage vor dem Kriege für das Reich gewesen und wie in dem gleichen Reichstage über sie gesprochen worden ist, so fällt doch angesichts der letzten Kanzlerrede jedem einzelnen die Umwandlung ins Auge, die die Ereignisse des Krieges zeitigt haben. Jeder einzelne Pole wird sich über die Wendung der Sache mit Recht freuen, wie dies der Abgeordnete Lempicki getan hat, und jeder Pole wird auch ebenso wie er das Bedürfnis haben, diesem Gefühl Ausdruck zu geben.

Im deutschen Reichstage sitzen 18 polnische Abgeordnete, die sich zu der Polenfraktion des Reichstages zusammengeschlossen haben. Sie waren bei der Kanzlerrede zugegen, sie haben mit eigenen Ohren gehört, was er gesagt, sie haben diese geschichtliche Stunde unmittelbar erlebt als andere Polen, und sie konnten ihre Tragweite auch lebhafter empfinden.

Und sie hüllten sich in Schweigen...

Auf die Rede des Reichskanzlers haben alle Reichstagsparteien, selbst die kleinsten, geantwortet. Auch die deutschen Redner haben die polnische Frage berührt. Nur die Polenfraktion sagte nichts, sie tat, als wenn sie die Sache nichts anginge.

Ein Mitglied der Petersburger Polenfraktion, die kaum zehn Jahre besteht, also eine verhältnismäßig kurze Vergangenheit hat, konnte nicht umhin, auf die Kanzlerrede in einer deutschen Wiener Zeitung zu antworten. Die Polenfraktion des Reichstages, die seit 46 Jahren an das parlamentarische Leben gewöhnt ist, also eine parlamentarische Tradition von einem halben Jahrhundert hat, fand kein Wort für eine Antwort, obgleich der Kanzler unmittelbar zu ihr gesprochen hat...

Diese Haltung der Fraktion vom 5. April war die logische Folge des Verhaltens der Fraktion während des ganzen Krieges. Die Polenfraktion in Berlin hat es trotz deutlicher Momente nicht erkannt, wie sehr sie der polnischen Sache dienen und ein Hüter des Wohles der ganzen Nation werden kann. Sie hat sich nicht orientiert, daß durch den Lauf der Ereignisse gerade sie mehr als jede andere Fraktion die Aufgabe und Pflicht hat, den Weg für eine glückliche Zukunft nicht nur den in Deutschland wohnenden Polen, sondern der ganzen polnischen Nation zu ebnet. Mit Verwunderung und Erbitterung kann man auch in Warschau und im Königreich die Frage hören, was die Polenfraktion in Berlin für die Zukunft Polens tut. Und diese Frage wird die Geschichte der gegenwärtigen Polenfraktion in Berlin immer vorlegen.

Die Haltung der Polenfraktion während des Krieges bedeutet die Verwerfung ihres einzigen festen politischen Grundsatzes. Wie auch die Zusammensetzung der Fraktionen in dem halben Jahrhundert gewesen ist und an welcher parlamentarischen Taktik auch jede von ihnen festgehalten hat, sie alle bekannten sich zu dem einen unerschütterlichen Grundsatz, daß die Fraktion wenn sie auch an der allgemeinen parlamentarischen Tätigkeit geringen oder gar keinen Anteil nimmt, die polnische Frage auf das sorgfältigste hüten muß. Der Krieg hat nun die polnische Frage so wichtig gemacht — namentlich für die Polen — wie nie bisher, er hat sie im Reichstage zu einer erstklassigen Aufgabe erhoben, — und die Polenfraktion hat entgegen ihrer Tradition, ja sogar entgegen dem Willen der Nation, sich nicht verpflichtet gefühlt, diese wichtige Frage fleißig und eifrig zu hüten, wie dies das Interesse Polens und die Würde der Nation gebietet...

Es ist daher nicht nur angebracht, sondern sogar eine dringende Notwendigkeit, die Frage zu stellen, weshalb dies so ist und weshalb die Fraktion ihre Rolle, zu der sie die geschichtlichen Ereignisse berufen haben, nicht erfüllt hat? Das ist notwendig sowohl im Interesse der Sache selbst, als auch deswegen, um festzustellen, daß wir, die wir unseren Abgeordneten das Mandat gegeben haben, mit dem Verhalten der Abgeordneten durchaus nicht einverstanden sind.

Der Genauigkeit wegen bemerken wir, daß unsere Vorwürfe sich gegen die Mehrheit der Fraktion richten, die infolge der Statuten-Solidarität der Fraktion in Wirklichkeit klein ist, obgleich sie die unbedingte Mehrheit hat.

Diese Fraktionsmehrheit gehört zur national-demokratischen Partei oder sie sympathisiert mit ihr. Die erste Ursache für die Haltung der Fraktion ist der Umstand, daß sie sich der politischen Formel dieser Partei unterwirft und daß sie selbst angesichts solch' großer geschichtlicher Ereignisse nicht genügend Kraft gefunden hat, sich davon zu befreien.

Die wichtigste Ursache aber steckt tiefer. Die Mehrheit der Fraktionsabgeordneten setzt sich aus Männern zusammen, die ihr politisches Leben in der Opposition verbracht haben, in ihr das Alpha und Omega politischer Klugheit sahen und in dieser beispiellosen Negation derart versteifert sind, daß sie sich nicht zu orientieren vermögen, daß nur aus einer unter höchster Anspannung und mit größter Zielbewußtheit positiv geleistete Tätigkeit der Nation neues Leben erstehen kann. Sie wissen nicht, daß man dies trotz großer Schwierigkeiten und Hindernisse tun muß, — selbst dann, wenn man nicht das Vertrauen haben sollte, daß alles in Erfüllung gehen wird, was man verlangt.

Wieviele unserer Vorfahren stürzten sich in einen Kampf auf Leben und Tod, den sie von vornherein als hoffnungslos betrachteten, nur deswegen, weil ein Funken Hoffnung schimmerte. Sie glaubten es nicht, aber sie gingen in den Kampf, weil doch bei Gott kein Ding unmöglich ist und weil das Vaterland ohne Unterstützung seiner Söhne machtlos ist.

Nicht auf dem Schlachtfelde, sondern auf der parlamentarischen Arena diese Pflicht Polen gegenüber zu erfüllen, war Aufgabe der Polensfraktion in Berlin. Die Fraktion hat sie unseres Dafürhaltens aus den beiden angegebenen Ursachen nicht erfüllt. Wenn jemand bestreiten sollte, daß dies die Hauptursachen für das Verhalten der Fraktion gewesen sind, dann müßte mit Bedauern festgestellt werden, daß dann als Ursache nur noch politische Unfähigkeit der Fraktionsmehrheit in Frage kommen könnte, was wir aber nicht annehmen dürfen.

Das Wohl der polnischen Sache erheischte es, daß wir diese Sache anschnitten. Wir können nicht zulassen, daß aus dem Verhalten der Fraktion geschlossen werden sollte, wir hätten, wo es sich um die Zukunft der Nation und um die Dankesbezeugung denjenigen Mächten gegenüber handelt, die für Polen eine bessere Zukunft vorbereiten, das Empfinden für die Pflichterfüllung verloren. Wenn es sich um die Zukunft handelt, dann sind Parteiformeln, eingewurzelte Meinungen, angewöhnte oppositionelle Manieren und ein Sekten-Terror nichtig. Wer die Fesseln des alten Lebens nicht abstreift, der wird das Leben nicht erneuern.

Nur Nr. 98 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 2. Mai 1916.

Die Beuthener Blätter gegen die polnische Fraktion.

Die Beuthener Blätter sind über die polnische Reichstagsfraktion sehr unzufrieden, weil sie auf die Rede des Reichskanzlers vom 5. April nichts gesagt hat. In einem längeren Artikel geben sie ihrer Unzufriedenheit Ausdruck. In dem ihnen eigenen Ungeist, das es nicht versteht, die Ansicht des Nächsten zu achten, werfen sie ihr Verständnislosigkeit für das Wohl des Volkes, Verwerfung des politischen Grundsatzes, Vernachlässigung der Interessen Polens und der Würde des Volkes, sowie politische Ungeschicklichkeit vor. Daß die polnische Fraktion zur Rede des Kanzlers nicht das Wort ergriffen hat, ist richtig, sie wird sicherlich dafür ihre Gründe gehabt haben, welche sie, wenn die Zeit kommt, sicherlich bekanntgeben wird. Eine Erklärung den Beuthenern Blättern gegenüber dafür zu geben, weshalb gegenwärtig die polnische Fraktion einen solchen Standpunkt einnimmt, wäre völlig überflüssig, denn es ist diesen Zeitungen nicht um die Sache zu tun, sondern darum, die polnische Fraktion, oder vielmehr die nationaldemokratischen Abgeordneten, die, wie die Beuthener Blätter behaupten, in der polnischen Fraktion das Ruder führen und den Rest der Abgeordneten tyrannisieren, anzugreifen.

Steht denn nun aber die Behauptung der Beuthener Blätter mit der Wahrheit im Einklange? Wir haben die Liste der Abgeordneten durchgesehen, ihre politische Überzeugung geprüft und kaum den dritten Teil der Abgeordneten festgestellt, die sich entweder offen zum nationaldemokratischen Programm bekennen, oder von denen man annehmen kann, daß sie die Grundsätze der Nationaldemokratie teilen. Die Zusammensetzung der polnischen Fraktion sollte auch den Beuthener Blättern bekannt sein. Und wenn sie trotzdem für die Politik der polnischen Fraktion die nationaldemokratischen Abgeordneten verantwortlich machen, so gestehen sie ihnen, wenn auch wider Willen und aus Bosheit, Anerkennung dafür zu, daß sie mit ihrem Ansehen und mit der Richtigkeit ihrer Ansichten es verstehen, andere Abgeordnete zu überzeugen, und sie auf ihre Seite zu ziehen. Für manche Abgeordnete wären somit maßgebend nicht die eigenen Grundsätze und politischen Überzeugungen, sondern die Entschlüsse der nationaldemokratischen Abgeordneten. Doch dem ist nicht so. Es kann im täglichen Leben vorkommen, daß es dieser oder jeder „Große Mann“ liebt, sich mit Leuten zu umgeben, die, ohne eine eigene Meinung zu haben, nur so denken wie er denkt und zu jedem seiner Worte nicken. In der polnischen Fraktion aber sitzen Leute, die sich nach ihrem eigenen Verstande und ihrem eigenen Gewissen richten, die, sich ihrer Verantwortung dem Volke gegenüber bewußt, so verfahren, wie es ihnen das Gewissen und der Verstand gebieten. In der polnischen Fraktion sitzen Leute, die ihr Leben nicht hinter dem grünen Tisch und nicht auf verhüllten Schleiwegen verbracht haben, wo darüber nachgedacht wird, wie der Entwicklung und dem Fortschritte der nationalen Bewegung zu begegnen ist, sondern Leute, die ihre Kräfte und ihre Arbeit der Sache des polnischen Volkes gewidmet und unermüdlich in Genossenschaften, in Vereinen — sei es in aufklärenden, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen — gearbeitet und in öffentlichen Versammlungen gesprochen haben. Gerade durch diese Arbeit haben sie sich das Vertrauen des Volkes erworben, des Volkes, daß sie mit der größten Würde bedachte, mit der man nur jemanden bedenken kann, d. h. mit der Würde eines Abgeordneten, des Volkes, das die polnischen Abgeordneten gewählt hat, nicht gezwungen durch die Verhältnisse, sondern aus

eigenem Antriebe und aus der inneren Überzeugung heraus, daß es die Verteidigung seiner Rechte nur polnischen Abgeordneten anvertrauen könne.

Wir verraten hier keinerlei Geheimnis, wenn wir behaupten, daß die nationaldemokratischen Abgeordneten garnicht einmal für ein rücksichtsloses Schweigen sind und daß einer der rührigsten und fleißigsten Abgeordneten, der mit der Nationaldemokratie gar keine Verührung hatte, der schon einmal den Beweis erbracht hatte, daß er im gegebenen Augenblicke es verstehe, die polnische Sache zu verteidigen, dafür spricht, daß die polnische Fraktion gegenwärtig in der polnischen Frage nicht sprechen sollte. Und das Ansehen und die Erfahrung dieses Abgeordneten bedeuten für uns mehr, als das Schimpfen irgend eines Schreibers in den Zeitungen über die polnische Fraktion. Der Zeitpunkt aber, in dem die polnische Fraktion das Wort nehmen wird, wird kommen, und er wird vielleicht eher kommen, als dies die Beuthener Blätter erwarten.

Der Artikel der Beuthener Blätter ist zu dem Zwecke geschrieben, um der Bosheit und dem Haß gegen die polnische Fraktion oder vielmehr gegen die vermeintliche nationaldemokratische Mehrheit freien Lauf zu lassen; denn was für ein gewisses Tier das rote Tuch bedeutet, das gilt für manche Leute die Nationaldemokratie. Wenn aber das Tier in seiner Unbesonnenheit und in seiner Wut dem roten Tuche zueilt, das seine Augen und seine tierische Gesinnung verlezt, so achtet es nicht auf die wahre Gefahr, die ihm droht. Es achtet nicht auf die ihm gestellten Fallen und findet seinen Untergang. Nebenbei bemerken wir, daß die Beuthener Blätter von ihrem Standpunkte aus die polnische Fraktion dafür, daß sie schweigt, loben sollten, denn es wird ihnen doch bekannt sein, daß sich die Regierung garnicht wünscht, daß die polnische Frage im Reichstage berührt wird. Zum Schlusse erinnern wir unsere Leser daran, daß ein gewisser ehemaliger Abgeordneter, der mit den Beuthener Blättern in engster Beziehung stand, während seines sechsjährigen Mandats im Reichstage nicht ein einziges Mal das Wort ergriffen, und daß er nicht in einer einzigen Versammlung in seinem Wahlkreise sich hatte sehen lassen.

Aus den besetzten Teilen Russisch-Polens.

Aus Nr. 113 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 22. April 1916.

Ein Hauptziele.

Schwere Geschicke machte der polnische politische Gedanke im Kriegsjahre durch. Wie ein in einer weiten, von einer Feuersbrunst erfaßten Wüste verirrer Pilger mußte er sich Wege und Pfade bahnen, um sich dem Dickicht zu entwinden. Rings herum schlug die Flamme hoch, zog der erstickende Rauch, raubte die Blut den Atem.

Kein Wunder, daß unter solchen Verhältnissen der polnische Gedanke ein Gesamtbild der Anstrengungen aller Pläne nicht erfassen konnte.

Heute jedoch können wir schon den Blick rückwärts werfen und aus dem abgeschlossenen Zeitabschnitt einige Schlüsse ziehen, sowie zur Erinnerung die Hauptwege notieren, auf denen sich unsere Gedanken unter Widerwärtigkeiten hindurchrang.

In dem gegenwärtigen Augenblick ist das einzige große Verlangen, der Hauptwunsch der politischen Kreise das Streben nach einer gegenseitigen Verständigung, nach einer gegenseitigen Konsolidierung.

Es ist dies nicht ein Wunsch und kritikloser Wille der parteilosen Allgemeinheit, die eine Einigkeit wünscht und die sich nicht nur über die Unterschiede der Programme, sondern sogar darüber nicht klar ist, was ein Programm der Partei oder Nation ist. Der heutige Drang nach einer Konsolidation geht gerade von der Mitte der politischen Kreise aus, nimmt als solcher die Bedeutung einer breiten politischen Aktion an. Darin besteht der große grundsätzliche Unterschied, denn dies ist kein Streben, welches aus dem Sentiment der Lösung „Lieben wir uns und vereinigen wir uns“ entspringt, sondern sich als eine Notwendigkeit in den Vordergrund stellt, über die sich die bewußten politischen Faktoren vorzüglich Rechenschaft ablegen. Diese Art Konsolidation ist kein Wunsch, keine Theorie, sie ist eine politische Tat.

Wenn dies bei den einen noch nicht genügend kristallisiert, beinahe nur halbbewußt ist, so ist es bei den anderen Gruppen eine zielbewußte Aktion.

Wer weiß, ob die Abwesenheit gewisser Faktoren im Lande eine etwaige Verständigung nicht im hohen Maße erleichtert.

Das Wichtigste aber ist, auf welchem Boden, unter welchen Auspizien sich die Konsolidation vollzieht.

Der Krieg hat bis zu einem gewissen Grade die Schärfe der Klassengegenstände abgestumpft.

Die sozialen Programme sind einer augenblicklichen Kriegsrequisition unterworfen und unterliegen völlig der Herrschaft der politischen Lösungen.

Höchst bezeichnend in den gegenwärtigen Konsolidationen ist die Tatsache, daß sie sich alle im Sinne der Lösung der Wiederherstellung der politischen Selbstständigkeit vollziehen. Ohne Rücksicht darauf, ob sich die Linke konsolidiert, ob sich das Zentrum oder die Rechte organisiert, alle diese Vereinigungen unterzeichnen die Forderung eines eignen Staatswesens. Welch ungeheure Veränderung ist in der politischen öffentlichen Meinung im Laufe von einigen Monaten eingetreten: Die Idee, welche vor einem Jahre von den Anhängern des Herrn Dmowski mit einer höchst wunderlichen Erbitterung bekämpft wurde, triumphiert auf der ganzen Linie. Wie viele Schmähungen, wie viele Verleumdungen fielen auf uns geknebelte Befürworter dieser Lösung im verflossenen Jahre. Mit welcher schweren Auflagen wurden wir überschüttet, mit welcher leidenschaftlichen Verbissenheit wurde gegen uns losgeschlagen, gegen uns, die wir uns gegen die offiziell betriebene Politik, die sich auf eine polnisch-russische Verständigung stützte, auflehnten. Aber nicht nur über uns fiel man her; man bemühte sich, die Bedeutung der Idee, welcher wir dienten, zu untergraben. Es wurde uns mit Hunger und Ruin gedroht. Es wurde hingewiesen auf die angebliche Unausführbarkeit der Idee der Selbstständigkeit, man trieb eine Politik mit kurzem Ziel, und wenn man von der Zukunft sprach, antwortete der Mund der Führer: „Wir glauben, daß unsere Zukunft und Entwicklung einzig und allein dort liegt, wo die östlichen Absatzgebiete, wo die Verwandtschaft der Rasse liegen. Wir spielten und spielen uns nicht als Märtyrer auf. Wir haben verstanden, daß die Erbitterung unserer Gegner am deutlichsten von der Kraft unserer Idee zeugt.“

Heute haben allmählich alle unsere Idee als die nationale Hauptlösung erkannt. Dies ist ein großer Triumph unserer Lösung. Es handelt sich um das Verdienst dieser oder jener Politiker, es handelt sich um die Rehabilitation dessen, was zu den nationalen Heiligtümern gehört. Es handelt sich um darum, unsere Idee emporzurichten, wie eine politische sonnige Monstranz, und sie vor der Allgemeinheit als dasjenige auszurufen, was nicht nur nicht zugrunde gegangen ist, sondern gesiegt hat!

So ist es. Das muß sich die Nation und die Volksgesamtheit sagen: Das Programm des früheren, vorjährigen Warschauer Nationalkomitees ist gefallen.
L. Chrzanowski.

Aus Nr. 114 der Gazeta Poranna (Warschau)
vom 25. April 1916.

Warschau, den 24. April 1916.

In der „Neuen Freien Presse“, einem der volkstümlichsten österreichischen Blätter, ist unlängst ein Leitartikel erschienen, welcher seine Betrachtungen der letzten Rede des deutschen Reichskanzlers widmete.

Die einleitenden Worte dieses Artikels lauteten: „Eine himmlische Kunde ist den Polen gekommen. Die österreich-ungarische Monarchie und Deutschland werden die polnische Frage lösen . . .“, und weiter lange Ausführungen über das Thema des Verhältnisses Polens zu den Mittelmächten und Rußland.

Diese Kunde hat der Schriftleitung der „Neuen Freien Presse“ angeblich der Abgeordnete Lempicki mitgeteilt, welcher die österreich-ungarische Monarchie bereiste.

Aber was die Inspirationen und den Inspirator des Wiener Blattes betrifft, ist weniger wichtig.

Die bloße Tatsache, daß das einflußreiche Organ der österreichischen Finanzleute und Bankiers, welches den Polen gegenüber ständig einen nicht allzu freundlichen Standpunkt einnahm, — heute die polnische Frage als ein politisches Problem ersten Ranges in den Vordergrund stellt, verdient, stark betont zu werden.

In der Tat tritt die „polnische Frage“ auf der Woge der Ereignisse immer mehr in die Erscheinung.

Der bisherige Verlauf des Krieges hat solche Verhältnisse geschaffen, daß die polnische Frage unwillkürlich in den Bereich der vitalsten Interessen und politischen Probleme der Mittelmächte eingetreten ist, wovon unter anderem die Aufmerksamkeit zeugt, die uns der deutsche Reichskanzler in jeder seiner Reden schenkt. Und was immer man von seinen Äußerungen in der polnischen Frage denken könnte, muß doch das eine zugegeben werden, daß v. Bethmann Hollweg die vergessene polnische Frage in der ganzen Welt popularisiert hat. Andererseits werden wir unter den anderen Staaten immer aktueller dank der Dynamik des Krieges selbst sowie dank den tatkräftigen Bestrebungen der polnischen Politiker, welche sich nach dieser Richtung hin betätigen.

Von der Aufrollung der polnischen Frage durch die Mittelmächte schreiben wir mit Rücksicht auf das Verbot, wonach Kriegsziele nicht besprochen werden dürfen, nicht, wir müssen uns also darauf beschränken, die Evolution festzustellen, welche die polnische Frage in der politischen öffentlichen Meinung der europäischen Großmächte durchgemacht hat und durchmacht. Langsam kommt sie der belgischen, serbischen und montenegrinischen Frage gleich. . . .

Unsere Politiker im Königreich Polen sahen vom Anfang des Krieges an diese Evolution und den Augenblick, wo die unverjährten Rechte und die uralten Ideale der Nation sich in konkrete und praktische Lösungen der laufenden Politik verkörpern werden. Das erwartete Wachstum der Gegensätze der Teilungsstaaten erleichterte dieses Voraussehen.

Der praktische Sinn, mit den bestehenden Verhältnissen zu rechnen, bewog uns dazu, unsere Forderungen taktisch und kompromißartig einzuschränken. Ihre Erweiterung war jedoch nur eine Frage der Zeit. Das verstanden alle, die nicht böser Wille oder Parteilust verblendete.

In dieser Beziehung war und ist die polnische Politik im Königreich Polen glücklicher, als die Politik in Galizien.

Dort steht sowohl das Oberste Nationalkomitee als auch ein Teil der Politiker vom Polenklub noch immer auf ihrem ursprünglichen Standpunkt, der von Bestrebungen mehr lokaler Natur abhängig ist.

Bei uns vollzog sich die erwähnte Erweiterung der nationalen Forderungen gemäß der Entwicklung der Ereignisse auf dem ganzen europäischen Kriegsschauplatz.

Der freie Blick und die breite Erfassung der zwischenstaatlichen und internationalen Politik gestattet uns ohne Rücksicht auf den endgültigen Ausgang des Krieges, in das natürliche Stadium der Evolution unseres Programms einzutreten. Die Verhältnisse gestalten sich so, daß die Aufrollung der polnischen Frage im größten absoluten Umfange durch die Polen die politische Notwendigkeit einer lebendigen und zu weiterer Entwicklung befähigten Nation geworden ist.

Wir würden uns freuen, wenn sich in Galizien und — wenn möglich — auch anderswo unsere maßgebenden politischen Kreise zu der Fähigkeit aufraffen würden, sich von gewissen Suggestionen zu befreien, rings herum freier zu blicken und ihre wesentlichsten geschichtlichen Aspirationen offen auszudrücken.

Aus Nr. 114 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 25. April 1916.

Politische Mystifikationen.

Die anormalen Verhältnisse unseres Kollektivlebens haben u. a. dazu geführt, daß sich einzelne politische Gruppen mit ungeheurer Leichtigkeit dazu entschließen, in der Rolle einer allgemein nationalen Behörde oder Vertretung aufzutreten. Sowohl konservative Elemente als auch konspiratorische Organisationen erlaubten sich sehr oft Erklärungen angeblich im Namen der ganzen Volksgesamtheit, hielten sich selbst, ohne das Land um die Zustimmung zu fragen, als etwas von der Art einer vorläufigen Regierung.

Man muß zugeben, daß einen besonderen Drang in dieser Richtung immer diejenigen Leute an den Tag gelegt haben, welche längere oder kürzere Zeit unter dem Einfluß der Nationalliga und später der nationaldemokratischen Partei standen. Am Ende des verfloßenen Jahrhunderts kämpfte die Mehrheit der polnischen konservativen und radikalen Presse gegen die Annahme des Zentralkomitees der Zentralliga, die Funktionen einer versteckten Regierung auszuüben, und später bis zum letzten Augenblick finden ähnliche Annahmen Ausdruck bald in den Erklärungen der Dmowski-Partei, bald auf den entgegengesetzten Polen, in den Aufrufen der Konföderation und verwandter Gruppen. Eine Mystifikation dieser Art pflegt bisweilen eine Notwendigkeit zu sein, aber nur dann, wenn sich eine entsprechende Tätigkeit in der Unterwelt der Konspirationen vollziehen soll. Dann wächst eine gewisse Legende von der Macht der versteckten Behörde, eine Legende, die im Kampf ein wichtiger Faktor ist, es sei nur die Geschichte des „Nationalen Zentralkomitees“ am Vorabend des letzten Aufstands erwähnt. Aber unter Verhältnissen einer halboffenen oder einer solchen Arbeit, die in nicht langer Zeit ganz offen werden soll, bringen alle Mythen nur Schaden, sie setzen den Ernst des Unternehmens ungeheuer herab, und sie setzen ihre Urheber der Gefahr aus, daß sie sich lächerlich machen und ihre Tatkraft in hoffnungslosen Anstrengungen zugrunde richten.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß im Königreich Polen eine allgemeine nationale Zentralisation notwendig ist; jedoch wird, wie ich meine, weder die rechtskonservative Richtung noch die linksradikale imstande sein, so etwas auf eigene Faust zu schaffen. Und darum gerade fällt dem Lager des sogenannten Zentrums eine große Rolle zu.

In Nr. 180 nimmt die „Nowa Gazeta“ an, daß ein Zusammenschluß der demokratischen Gruppen in ein gemeinsames vertretendes Institut schon eine nationale Konsolidation sei. Im möchte anders denken. Diese Institution setzt sich tatsächlich aus Elementen zusammen, welche in sozialer Beziehung dem linken Flügel des Zentrums nahestehen; neben den Sozialisten und Volksparteilern — gehört dazu auch die in sozialer Beziehung farblose Konsöderation. Aber der überwiegende Teil der gemäßigten demokratischen Intelligenz steht abseits und hat sich gegenwärtig daran gemacht, sich in ein einziges Ganze ihrer Gruppen zusammenzuschließen. Man kann also nicht behaupten, daß es sich hier um irgend einen „Rest nichtkonsolidierter Faktoren“ handelt. Die Institution, deren ich Erwähnung tat, umfaßt heute eine ziemlich mannigfache Reihe von Organisationen und Parteien, u. a. auch entschieden linksstehende, sozialistische und völkische Strömungen. Vom Standpunkt dieser letzten nun wäre die Entstehung eines starken Zentrums eine absolut erwünschte Erscheinung, denn sie würde den Vollzug einer Klassifizierung der Volksgesamtheit nach nicht nur politischen, sondern auch sozialen Linien erleichtern, und dies wiederum würde sicherlich auf die Klärung der Lage und auf eine Beschleunigung der Verständigung zwischen den verschiedenen Flügeln der Nation günstig einwirken.

Soweit ich es beurteilen kann, haben insbesondere die Sozialisten nicht die Absicht, eine mystifizierende Taktik in dem Verhältnis der Versuche, die öffentliche Meinung des Königreichs Polen zusammen zu schließen, anzuwenden. Wenn es sich um die Anhänger der P. P. S. handelt, so sind die Anschauungen breiterer Kreise der Partei in dieser Beziehung genügend festgelegt.

Den usurpatorischen Tendenzen aber, die wohl auch auf der Rechten und unter den augenblicklich mit der Linken mitwirkenden Gruppen bestehen, mußte man von vornherein bestimmt entgegentreten.

X.

Aus Nr. 119 des *Naprzód* (Krakau)
vom 28. April 1916.

Aus dem politischen Leben im Königreich Polen. (Zuschrift des „*Naprzód*“).

Bekanntlich haben beim Ausbruch des Krieges im Gebiete des Königreichs Polen drei völkische Organisationen bestanden: Die „Volkspartei“ (die sogenannten ludowcy-Volksparteiler), der „Bauernverband“ und der „Nationale Bauernverband“, der später Ende 1915 in den „Verband des polnischen Volks“ umgestaltet wurde.

Die ersten beiden Organisationen, die eine möglichst weitgehende Selbstständigmachung des ländlichen Volkes anstrebten, unterschieden sich hinsichtlich ihrer sozialen Tendenzen von einander eigentlich nicht. Das Sprachrohr dieser Richtung war die Wochenschrift „*Zaranie*“ (Morgenfrühe), die in gewisser Beziehung als Fortsetzung des in den Jahren 1906/7 herausgegebenen „*Zagon*“ (Scholle) anzusehen war. Dagegen war die Wochenschrift „*Lud Polski*“ (Das polnische Volk) eigentlich das Organ des „Nationalen Bauernverbandes“, der in sozialer Hinsicht einen weniger radikalen Standpunkt einnahm, als die beiden anderen Gruppen. In politischer Beziehung grupperten sich alle drei um die Lösung der Unabhängigkeit Polens.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1915 gehörte jede dieser Vereinigungen anderen Gruppierungen an: Die „Volksparteiler“ der „Liga des polnischen Staatswesens“, der „Bauernverband“ der „Unabhängigkeitsunion“ und der „Nationale Bauernverband“ der

polnischen „Konsöderation“. Erst in den ersten Tagen des Dezember 1915 vereinigten sich alle drei Organisationen zu dem Zwecke, die Organisationsarbeit auf dem Lande zu vereinheitlichen und die eine Aufklärung des polnischen Volks hinsichtlich der politischen Organisation unserer Nation bezweckenden Bestrebungen zu sammeln, in eine einzige Volkspartei unter dem Namen „Polnische Volkspartei“ und schieden gleichzeitig aus den einschlägigen Gruppierungen aus.

In der Folge trat die „Polnische Volkspartei“, bei dem Bestreben der Schaffung einer allgemeinen politischen Landesvertretung mitwirkend, durch ihre Delegierten dem „Nationalen Zentralkomitee“ bei, auf dessen Boden sie an der Schaffung nationaler Provinzialräte teilnimmt.

An die Spitze ihres Programms setzte die „Polnische Volkspartei“ das Streben nach Erlangung eines freien Polens mit einer demokratischen, dem Volke volle politische Rechte sichernden Verfassung, und zur Verwirklichung dieses Ziels rückte sie den Kampf mit dem russischen Eroberer in den Vordergrund, indem sie Rußland als den Feind betrachtete, der sich mit unserer staatlichen Selbständigkeit unter keinen Umständen freiwillig abfinden wird. (Folgen 3 von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen).

Auf dem örtlichen Boden strebt die „Polnische Volkspartei“ danach, die Teilnahme ihrer Mitglieder am öffentlichen nationalen Leben möglichst wachzuerufen, und regt sie dazu an, an allen Einrichtungen sozialen Charakters tätigen Anteil zu nehmen, das Schulwesen, Büchereien, Berufsvereinigungen usw. zu organisieren.

Die Tatsache des Zusammenschlusses der einzelnen völkischen Gruppen in eine Partei hat auf die Entwicklung der ganzen völkischen Organisation, vor allem hinsichtlich der inneren Konsolidierung sehr günstig eingewirkt. Alle aufgeklärten Einzelpersonen und Gruppen unter dem Landvolk, die bisher isoliert gingen und oft einander mißtrauten, schlossen sich der gemeinsamen Organisation und Arbeit gern an und bilden seitdem eine einzige politische Vereinigung der Bauern. — Dies belebte gleichzeitig auch die politische Tätigkeit auf dem Lande. Es begannen neue Parteizirkel zu entstehen, welche dann die meistens die bisherigen Gouvernements umfassenden Bezirksorganisationen vorzüglich stärkten. Zahlreiche örtliche Versammlungen und Zusammenkünfte riefen ein größeres Interesse der örtlichen Elemente für die öffentlichen Angelegenheiten wach und bewirkten als Folge hiervon einen zahlreichen Zuzug neuer Mitglieder zu den örtlichen Organisationen, wozu übrigens der gesteigerte Vertrieb der über polnische Angelegenheiten aufklärenden Literatur beitrug. Als Beispiel kann die Wochenschrift „*Polska Ludowa*“ (Völkisches Polen) dienen, die, in Lublin herausgegeben, gegenwärtig nach bedeutender Erweiterung des Umfangs und Inhalts in 10000 Stücken gedruckt wird und den rasch steigenden Bedarf noch nicht deckt.

Dies ist eine äußerst erfreuliche Erscheinung für unser Land, das, bisher systematisch vom öffentlichen Leben ferngehalten, hinsichtlich der Bildung und der nationalen Aufklärung fast dauernd vernachlässigt und gleichzeitig von den russischen Behörden traurigen Angebens betört, rasch zum nationalen Leben erwacht und den Reihen seiner eigenen Organisation zufließt, um an dem Wiederaufbau des Vaterlandes teilzunehmen.

Aus Nr. 118 des *Dziennik Polski* (Gzenstochau)
vom 1. Mai 1916.

Eine neue Tat des dreiköpfigen Kollegiums.

An einer anderen Stelle unseres Blattes finden die Leser eine Nachricht, deren Inhalt heute jeden Polen empören muß. Das dreiköpfige Petersburger Kol-

legium, das sich den Namen „Polnischer Klub“ anmaßt, hat sich erdreistet, den Abgeordneten Lempicki zu relegieren.

Gegenüber den Abtrünnlern, die die Kosakenkute verherrlichen, halten wir uns schon lange an die durch den lateinischen Grundsatz „nihil admirari“ vorgeschriebene Taktik. Aber der Zynismus dieser Herren übersteigt alle Grenzen und die Straflosigkeit läßt sie immer frecher werden. Die Zugehörigkeit zum Petersburger Polnischen Klub ist gegenwärtig weniger ehrenvoll und wir sind der Meinung, daß sich der Abgeordnete Lempicki „se fische pas mal“, ob ihn Herr Harusiewicz und andere ähnliche Verehrer der russischen Kute gnädigst zu ihrem Kreise zählen wollen oder nicht. Wir sind sogar überzeugt, daß sich der Vertreter des Petrikauer Gouvernements verletzt fühlen würde, wenn wir ihn irgendwelcher Gemeinschaft mit dem schätzbaren Konsortium an der Nema beschuldigen würden. Aber der Zynismus der Leute, die durch einen unglücklichen Lauf der Dinge zu Abgeordneten gewählt worden sind und ihr Servilismus, der bei jeder Gelegenheit gegenüber der russischen Regierung in die Erscheinung tritt, muß bei uns einen Protest hervorrufen gegen die Befudlung des polnischen Namens durch eine Schar von politischen Spekulanten, die ihre, mit Hilfe der Kosakenpeitsche erlangten Mandate, mißbrauchen.

Als ein Röhrenfabrikant und zugleich Vorsitzender des Vorstandes einer Aktiengesellschaft, die mit Seidenwaren handelt, aus Sparsamkeitsrücksichten nicht mehr gestattete, aus seine Arbeiter heißes Wasser zur Herstellung von Tee zu verabfolgen, begegnete seine „soziale Tätigkeit“ einer Kritik. Damals hielten es verschiedene Personen und Institute für angezeigt, sich zu verzärteln und jenen Fabrikanten als einen „dornengekrönten Helden“ hinzustellen. Und niemand nahm daran Anstoß. Mit der gegenseitigen Anbetung haben wir uns schon hinreichend vertraut gemacht. Wenn aber eine Gruppe Politiker gegen die schädliche Arbeit gewisser Individuen, die sich unrechtmäßig das Mandat anmaßen, Polen nach außen hin zu vertreten, protestiert, dann findet sich immer irgend ein Herr B. K., der sich die Mühe gibt, der dunklen Masse einzureden, daß diese Schädlinge der höchsten Anerkennung wert sind.

Es gibt gewisse Momente, in welchen es unerläßlich ist, seinen Standpunkt zu dokumentieren. Ein solches Moment ist gerade der gegenwärtige Augenblick. Die Volksgesamtheit muß endlich einmal deutlich betonen, daß seine Vertreter auf keinen Fall „szuty gorochowye“ — Strohuppen —, Organisatoren von brudermordenden Banden und Lakaien der russischen Gendarmen sein können. Auf den zynischen Beschluß der Harusiewicz-Leute müssen wir damit antworten, daß wir diejenigen, die den Mut besaßen, sich dem bestürzten Pöbel, der unter der Leitung der Herren aus der Zgodastraße die Rückkehr der „Unrigen“ erwartete, unsere Ehrerbietung darbringen. Es muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß nicht diejenigen, die sie ausschließen, sondern die, die im Petersburger Polnischen Klub verbleiben, außerhalb der Gesamtheit gestellt worden sind.

Diesen unseren Gedanken unterbreiten wir der Volksgesamtheit und unterwerfen ihn hinsichtlich des Inhalts und der Form, in welche er gekleidet werden muß, einer Erörterung. Wir hoffen, daß er in den breiten Kreisen der Volksgesamtheit ein lebhaftes Echo finden wird.

Aus Nr. 118 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 28. April 1916.

Betrifft den Dumaabgeordneten Lempicki.

Die Nachricht von dem Ausschluß des Dumaabgeordneten Lempicki aus der polnischen Dumafraktion kommentiert der Warschauer „Kurjer Polski“ wie folgt:

Diese Nachricht trifft in Warschau in einem Augenblick ein, wo der Abgeordnete Lempicki gerade zur Leitung des Komitees zu Feier des Jahrestages vom 3. Mai berufen worden ist.

Bedarf diese Gegenüberstellung noch weiterer Kommentare?

Aus Nr. 200 des Kurjer Lwowski (Lemberg)
vom 19. April 1916.

Erweisen wir uns Litauen dankbar!

Mit Freuden und Dankbarkeit hat die Volksgesamtheit die Anregung des Krakauer bischöflichen Komitees in Sachen der Sammlung von Spenden für die polnischen Kriegsoffer in Litauen aufgenommen.

Es schien, daß wir die Brüder vom Njemen und von der Wilia vergessen haben, weil wir in Galizien selbst genügend Kriegselend haben. Aber gerade diese eigene Not hat das Mitleid für das Königreich Polen und Litauen umsomehr wachgerufen. Selbst zu Grunde gerichtet, opferten wir, was wir konnten, „zu Gunsten Warschaus“, gegenwärtig ist die Aufopferung für Litauen an der Reihe.

Mit Litauen fühlten wir vom Anfang des Krieges mit, wir fühlten mit ihm in dem Maße der Kriegsergebnisse mit. Jede, selbst die geringfügigste Nachricht über Litauen lesen wir gegenwärtig in den Zeitungen mit Unruhe; diese Unruhe wächst aber, wenn aus Litauen keine Nachrichten eintreffen. Unsere sorgvollen Gedanken schweifen nach Wilna, Kowno, Grodno, nach dem heiligen Samogitien, sie eilen in die dortigen nationalen Zentren, in die polnischen Gutshöfe; wir möchten erfahren, wie es den Unrigen geht, wie sie sich zu helfen wissen, wir wollen ihnen Mut einflößen und Hilfe bringen.

Diese herzliche Erinnerung steigern wir dadurch, daß wir uns durch die Lektüre von Ereignissen die vaterländische Geschichte Litauens und die damit verbundenen literarischen Schöpfungen auffrischen. Wir erinnern uns sehr wohl, wen uns Litauen gegeben hat, nämlich den Sieger von Grunwald, Jagiello, seine berühmte Dynastie, welche aus Polen eine europäische Großmacht gemacht hat, den größten Nationalhelden Kosciuszko und den größten Dichter Mickiewicz. Aus Litauen stammte der Held und Märtyrer des Jahres 1863 Sierakowski, dorthin Traugutt, dorthin stammt Piljucki. Es ist das Vaterland der Heldin Plater, der Dichterin Orzeszko und der bekannten verdienten Magnatengeschlechter: Sapieha, Chodkiewicz, Czartoryski, Radziwill, Sanguszko; es ist das Vaterland Syrokomlas, Moniuszko, Witkiewicz, Karlowicz und so vieler anderer.

Das Land, welches solche Menschen hervorgebracht hat, muß von heißer Vaterlandsliebe und vom nationalen Pflichtgefühl durchdrungen sein. Und wir wissen, daß es anders nicht ist. Litauen nahm stets an allen nationalen Angelegenheiten lebhaften Anteil, und es gab Zeiten, als Wilna das polnische Athen genannt wurde! Litauen interessierte sich lebhaft für die nationalen Ereignisse in jedem Teilgebiet, es fühlte mit dem Königreich Polen, mit dem Bosenen, mit Schlesien oder mit Galizien herzlich mit und brachte materielle Hilfe, wenn es nottat. Man wußte das, obgleich man aus verständlichen Gründen darüber nicht schrieb — „dort ist es nicht Brauch, Namen zu nennen“ — wie Zeromski sagte. Litauen vergaß uns auch nicht in der Zeit der russischen Invasion. Da es die „Befreier“ aus eigener Erfahrung kannte, fühlte es politisch mit uns mit und gewährte uns Hilfe an Geld und Lebensmitteln. Über 40 000 Rubel, also über 100 000 Kronen, betrugen die litauischen Spenden. Allein der Ausschuß des Wilnaer Vereins für die Hilfe der polnischen Kriegsoffer

über sandte über 20 000 Rubel, der landwirtschaftliche Verein in Minsk über 7000 Rubel, die Wilnaer Zeitungen haben über 3000 Rubel gesammelt, und die größeren Privatspenden betrugen über 10 000 Rubel.

Litauen gedachte unser, gedenken wir auch gegenwärtig seiner, da es sich in Not befindet. Nationales Mitleid drückte ihm zuerst das Posenische aus, es dachte an eine Hilfe, und es hat sie bereits gewährt. Auch Warschau hat Litauen nicht vergessen trotz seiner ungeheueren Bedürfnisse, jetzt soll Galizien durch die Tat beweisen, daß ihm Litauen nicht gleichgültig ist.

Jeder von uns wird, wenn er es wirklich will, einen Groschen für Litauen finden. Es stehen die Osterfeiertage bevor, versagen wir uns den Luxus, insbesondere alkoholische Getränke, und geben wir den ersparten Groschen für diejenigen hin, die während der Feiertage kein Brot haben werden.

Während des Weihnachtsfestes sammelten wir „zugunsten Warschaws“, — gegenwärtig wollen wir Litauens gedenken und uns ihm für seine Hilfe vor einem Jahre dankbar erweisen. — J. P.

Der Erzbischof Karl Hryniewicz, ehemaliger Bischof von Wilna, hat „für das leidende Litauen“ 2000 Kronen gespendet.

Litauen, welches beim bloßen Klang des Namens seines Oberhirten gerührt ist, wird auch seine Spende mit inniger Rührung annehmen. Nicht deshalb, weil die Spende reichlich ist, sondern weil diese Spende ein Zeichen ist, daß das Symbol des leidenden und gestählten Litauen über dem geliebten Lande wacht und es segnet.

Aus Nr. 114 der Godzina Polski (Lodz)
vom 22. April 1916.

Die Auferstehung.

Es läuten die Auferstehungsglocken . . .

über das polnische Land strömt ihr Klang nicht so freudig dahin wie früher, vielmehr scheinen die Glocken den mit Grabhügeln bedeckten und mit Blut durchtränkten polnischen Ländern ein Trauerlied zu senden.

Und doch fühlte der in diese Klänge vertiefte Gedanke aus ihnen eine Art wunderbarer nicht alltäglicher Töne, eine Ankündigung von irgend etwas heraus, was in den Herzen nur als kleiner, fast ungreifbarer Funken glimmte und als ein heiliges Herdfeuer, fast ein Jahrhundert lang verborgen, die belebende Kraft der Nation bildete.

Nach Jahren der Qualen läuten die Auferstehungsglocken nicht nur dessen, der für die Erlösung der Welt in schrecklichen Qualen den Tod am Kreuze erlitt, sondern auch die Glocken der unglücklichen Mutter, „des Polenlandes“, der man vor einem Jahrhundert eine Dornenkrone aufs Haupt drückte und die man ins Grab einmauern wollte.

Durch Fesseln der Knechtschaft gebunden lebte das polnische Volk in Erwartung des Augenblicks, in welchem die Fesseln springen und neues Leben aufgehen werde, ein freies Leben, das eine seinen Eigenheiten entsprechende ungebundene Entwicklung ermöglicht. Vergebens erwarteten wir diesen Augenblick. Der eiserne Ring der Übermacht schloß sich immer enger um uns, immer raffiniertere Mittel wurden angewandt, um das nationale Empfinden zu töten und die Fähigkeit des Widerstandes zu brechen.

Der Erbfeind des polnischen Volkes, Rußland, rief schon triumphierend die Hände in der Überzeugung, daß er schon genug Gift in unseren Organismus habe hineinfließen lassen, und daß seine Methoden das Volk in einen solchen Zustand gebracht hätten, aus dem es keine Rettung mehr gäbe.

Da kam die furchtbarste Katastrophe, welche die Geschichte kennt. Das Ringen der Riesen, das Zusammenprallen der Mächte brachte Faktoren an das Tageslicht,

die man bis jetzt für nicht so wichtig hielt, als daß mit ihnen ernst zu rechnen gewesen wäre. Kleine Staatsorganisationen und Nationalitätengruppen gewannen eine größere Bedeutung, als mit Rücksicht auf ihre Zahl und Kraft von ihnen zu erwarten war. In ihrer Reihe rückt Polen an die Spitze dieser Probleme, weniger als Faktor der Kraft, sondern vielmehr als Problem, welches in den Wandlungen, die eine natürliche Folge des Weltkriegs sind, eine wichtige und bedeutungsvolle Rolle spielen wird.

Die Ziele, welche die Mittelmächte, (das ist die Gruppe, die aus dem gegenwärtigen Ringen siegreich hervorgehen wird), im gegenwärtigen Kriege verfolgen, stellen sich jedem, der die Entwicklung der Geschichte sachlich beobachtet, klar dar. Es zeichnet sie auch nachdrücklich und bezüglich des uns speziell interessierenden Ostens der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg in seiner am 5. April d. J. gehaltenen Rede: „Wir wollen keine Nachbarn haben, die sich aufs neue gegen uns verbinden werden, um uns zu erdrücken, sondern wir wollen solche Nachbarn haben, welche mit uns und wir mit ihnen zu unserem beiderseitigen Nutzen arbeiten werden.“

Also nicht Rußland soll in der im Laufe nicht mehr aufzuhaltenden Zukunft der Nachbar der Mittelmächte sein, sondern ein solcher staatlicher Organismus, der seine individualistische Entwicklung in der Anlehnung an die Mittelmächte suchen, und der in diesem Bündnis die Möglichkeit der Arbeit zu beiderseitigem Nutzen sehen wird.

Die polnische Sache ist aus der bisherigen Verborgenheit herausgetreten und kraft der Kriegseignisse aufgerollt worden, und ihre Lösung wurde zur geschichtlichen Notwendigkeit. Mit dem Klange der Glocke der Auferstehung Christi schlägt die Stunde Polens. Aus dem Dunkel der Vergangenheit enthüllen sich die Bedingungen, welche die Verwirklichung unseres Strebens ermöglichen, und von uns hängt es jetzt ab, ob die Zukunft unseres Volkes sich auf gesunden Grundsätzen gestalten wird. Diese Bedingung ist für die Zentralmächte die Notwendigkeit, einen solchen Nachbarn zu suchen, dessen grundsätzliche Ziele mit den ihrigen nicht auseinander laufen werden. Und diese parallelen Ziele sind die ständige Sicherung des Westens gegen die Expansion Rußlands. Wenn wir dieses Ziel verstehen und wenn wir uns überzeugen werden, daß unsere Entwicklung uns den Weg nach Osten und ein so starkes Festsetzen daselbst weist, daß Rußland seine Expansion wird gegen Asien richten und ein für alle mal auf alle Aspirationen in Europa wird verzichten müssen, dann werden wir den Beweis erbringen, daß wir in den grundsätzlichen Zielen mit den Mittelmächten parallel gehen und für sie solche Nachbarn sind, von denen der deutsche Reichskanzler gesprochen hat.

Lange Jahre hindurch hat uns die Vorsehung schwer heimgesucht. Auch jetzt noch machen wir schwere Proben durch; denn Millionenarmeen wälzen sich durch unsere Lande, und Tod und Verwüstung rissen ernste Lücken in unserem Volke. Aber jetzt leuchtete uns die Hoffnung der Auferstehung auf, und es naht das Ende des Ungemachs.

Mit starker Hand müssen wir das Ruder des Boots ergreifen, welches uns zur Freiheit führen wird. Unser Feind ist noch nicht ganz gebrochen, noch strengt er seine Kräfte an, um in das Land zurückzukehren, in dem er sich wohler fühlte, als bei sich selbst, wo er seiner unbezähmbaren und verderbten Natur freien Lauf lassen konnte. Aber er wird nicht mehr auf die mit dem Blut unserer Märtyrer getränkten Fluren zurückkehren und nicht mehr unsere Seelen verderben. Von dem Chaos, in welches die hundertjährige Knechtschaft unsere Geister versenkt hat, wird sich unser Geist abschütteln und klar dort hinsehen, wo unsere Zukunft ist. Es werden sich die auseinanderlaufenden und ein-

ander feindlichen Gedanken zu einem Ziele verbinden, die Hände werden sich vereinigen, und stark durch die Einigkeit werden wir den geraden Weg bauen, welcher uns zu Auferstehung führen wird.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 215 des Czas (Kraukau)
vom 28. April 1916.

Zusammenkunft der Abgeordneten in Kraukau.

Kraukau, den 28. April 1916.

Gestern nachmittag fand im Beratungsaaale des Magistrats unter dem Vorsitz Seiner Erzellenz Bilinski eine Sitzung der Delegierten aller polnischen Parteien statt. An der Sitzung nahmen teil:

Landesmarschall Riezabitoski, der Vorsitzende des Obersten Nationalkomitees Jaworski, von der Partei der Autonomisten: Michael Garapich; vom Zentrum Alexander Dambski, Andreas Fürst Lubomirski; von der Kraukauer Fraktion: Johann Baron Konopka, Stanislaus Graf Tarnowski, Anton Graf Wodziecki; von der polnischen Demokratie: German Leo, Loewenstein; von der polnischen sozialdemokratischen Partei: Daszynski, Diamand, Marek; von der polnischen fortschrittlichen Partei: Downarowicz, Laszkownicki; von der Volkspartei: Dlugosz, Redzior, Sredniawski, Witos; von der Stapinski-Gruppe: Kubik, Stapinski; von der sozial-nationalen Partei: Broduski, Wereszczynski; von der Partei der polnischen nationalen Organisation: Sokolnicki.

Aus Nr. 215 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 29. April 1916.

Zusammenkunft der Abgeordneten in Kraukau.

Kraukau, den 29. April 1916.

Heute nahmen im Saale des Gemeinderats die seit langem angekündigten Beratungen der Abgeordneten ihren Anfang. An den Beratungen beteiligen sich die Mitglieder des Obersten Nationalkomitees, die Abgeordneten zum Reichsrat und zum galizischen Landtag.

Um 11 $\frac{3}{4}$ Uhr eröffnete der Obmann des polnischen Klubs, Dr. Bilinski die Beratungen mit einer längeren Ansprache, indem er eingangs bemerkte, daß die heutige Lage besondere Vorsicht erheische und er darum gegen seinen Brauch die Rede ablesen werde.

Die Rede des Obmanns Bilinski.

Herr Bilinski erklärte weiter:

Die Vereinigung aller polnischen Parteien, welche unter dem Eindruck des Kriegausbruchs am 16. August 1914 erfolgte, zerfiel leider nach wenigen Wochen. Einen traurigen Anblick der Spaltung gewährte die polnische Volksgesamtheit der politischen Welt, in welcher man sich gern und mit einem gewissen Gefühl der Befriedigung auf die sprichwörtliche Zwietracht der Polen berief. Heute sollen wir feierlich die Wiederkehr der Einigkeit feststellen, gegenseitige Beleidigungen vergessen, und für eine einzige große Sache, für die polnische Sache in Reih und Glied treten.

Unsere Zwistigkeiten hatten auch die Schattenseite, daß sie uns in dem wichtigsten Augenblick für unsere nationale Zukunft der Gefahr aussetzten, in der Politik nicht übereinstimmend zu handeln. Zwei besondere Körperchaften hielten sich in nationalen Angelegenheiten für das kompetente Forum, und wenn die Polen aus Galizien im Laufe der kriegerischen

und politischen Ereignisse dazu berufen würden, mit den Brüdern aus den anderen polnischen Landen Unterhandlungen anzuknüpfen, würden hinsichtlich der Leitung dieser Unterhandlungen Zweifel bestehen, die für unsere Sache geradezu vernichtend wären.

Dank der beiderseitigen Einsicht und dank dem Gefühl des gegenseitigen Vertrauens wurde diese Gefahr entschieden beseitigt. Das Oberste Nationalkomitee wird sich in Zukunft ausschließlich mit der militärischen, finanziellen und politischen Organisation der bewaffneten polnischen Kräfte und mit der Propaganda der Legionenidee, welche den Weg zur Lösung der polnischen Frage bahnt, befassen, dagegen werden alle anderen Angelegenheiten der nationalen Politik ausschließlich zum polnischen Klub gehören. Der polnische Klub hat für die große nationale Arbeit bereits alle polnischen Parteien zusammengeschlossen, und die beiden konservativen Parteien kehren heute zum Obersten Nationalkomitee zurück, um die patriotische Arbeit der Legionen, aus denen inzwischen Scharen von Helden hervorgegangen sind, zu unterstützen. Es war die höchste Zeit, sich unter der Fahne der Eintracht und Einigkeit zusammenzuschließen, denn niemand kann voraussehen, wann wir vor die Aufgabe der Mitarbeit an der nationalen politischen Wiedergeburt Polens treten werden. 150 Jahre warteten wir auf den heutigen Augenblick, in welchem aus dem Meere von Blut und Tränen die Hoffnung ersteht, unser Vaterland wiederzuerlangen. Uns war es nicht vergönnt, unmittelbar als kämpfende Seite um das Vaterland zu kämpfen, die Mittelmächte aber kämpfen im glänzenden Siegeszuge nicht für unser Vaterland und nicht für uns. Aber die geschichtliche Gerechtigkeit überwindet alle Hindernisse, und der deutsche Reichskanzler erklärt im Parlament, daß die Mittelmächte die polnische Frage gemeinsam lösen werden.

Die polnische Nation wird nach den Erfahrungen eines mehr als 100 Jahre währenden Martyriums das vom Reichskanzler angeschnittene Problem zweifellos nüchtern beurteilen. Unser Vaterland werden die Mächte vor allem für sich wiederherstellen, aber dieses Vaterland wird seine europäische Sendung nur dann erfüllen, wenn unsere Nation zufrieden und glücklich sein wird.

Schon die Versammlung vom 16. August hat sich, als sie die Legionen im Verbands mit dem österreich-ungarischen Heere schuf, den Weg gesteckt, den wir betreten müssen, um zu diesem Ziele zu gelangen. Über die Zukunft Europas werden nach dem Kriege ungeheure Staatsgruppen entscheiden, in denen alle Nationen Platz finden müssen. Für uns wird sich ein Platz dort finden, wo wir uns nach dem Willen des weisen Monarchen 50 Jahre lang auf den heutigen Augenblick vorbereiten konnten, wo die geschichtliche Sendung der Dynastie den gleichberechtigten freien Völkern Schutz gewährt, wo die Interessen der Monarchie mit den Interessen Polens im Einklang stehen, wo wir also Verständnis für unsere Gefühle, Wünsche und nationalen Interessen am leichtesten finden werden. Von uns allein aber wird es abhängen, das nationale Glück zu befestigen, wenn wir imstande sein werden, die Einigkeit zu erhalten, welche in der heutigen Versammlung feierlichen Ausdruck finden soll. Aber wie alles, so ruht auch dieses unser Glück in Gottes Hand. Durch Gottes Ratschluß haben sich unsere Geschicke mit der Herrschaft des edelsten Monarchen verschmolzen, welcher uns seit einem halben Jahrhundert seine Fürsorge angedeihen läßt und heute durch die Majestät

seiner Person unser Vertrauen und unseren Glauben an die Erfüllung unserer ersehnten Forderungen befestigt.

Unter diesem Eindruck ist es unsere Pflicht, die Pflicht der Dankbarkeit mit der Staatsraison zu verbinden, indem wir in der heutigen schweren Zeit vor der ganzen Welt dem Kaiser und unserem König unsere Huldigung darbringen.

Ich bitte die geehrte Versammlung um die Ermächtigung, ein Huldigungstelegramm an den Thron zu übersenden.

Aus Nr. 216 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 30. April 1916.

Die Erklärungen der Parteien auf der Zusammenkunft der Abgeordneten.

Kraukau, den 30. April 1916.

Aus den Reden und Erklärungen, welche gestern in der Versammlung der Abgeordneten im Beratungssaale des Kraukauer Stadtrats gefallen sind, geht klar hervor, welche Hoffnungen alle polnischen Parteien an das große politische Werk knüpfen, welches durch die Erneuerung und durch die erneute Befestigung der nationalen Verschmelzung vollzogen worden ist, welche an der selben Stelle an dem denkwürdigen 16. August 1914 ihren Anfang genommen hat.

Durch die Abgrenzung der Kompetenzen der beiden wichtigsten und verantwortlichsten politischen und nationalen Organisationen, die zu schaffen uns möglich war, durch die Heranziehung derjenigen zur gemeinsamen Arbeit, welche sich ihr vorläufig entzogen hatten, — wurde eine genau umschriebene Plattform für die weitere nationale Arbeit geschaffen. Dies ist das Werk zielbewußter, ernster und verantwortlicher politischer Faktoren, ein Werk, dessen Vollziehung Polen mit Freuden und voll Anerkennung für seine Urheber begrüßen wird.

Wie wir schon in der vorhergehenden Nummer mitgeteilt haben, erfolgte nach der Rede des Obmanns Bilinski die Wahl des Obersten Nationalkomitees und seines Präsidiums. Darauf hielt der Vorsitzende, gegenwärtig stellvertretender Vorsitzender dieses Obersten Nationalkomitees, der Abgeordnete Wladislaus Leopold Jaworski, folgende Ansprache:

In dem Augenblick der Wahl des gegenwärtigen Obmanns des polnischen Klubs und in der Sitzung, in welcher diese Wahl vollzogen worden ist, hatte ich erklärt, daß meines Erachtens Vorsitzender des Obersten Nationalkomitees der Obmann des polnischen Klubs sein müsse. Dies ist damals nicht geschehen. Ich erneuerte später den Antrag und erklärte zugleich, daß ich mich der Arbeit nicht entziehen werde, sondern daß ich sie in der Stellung erfüllen werde, welche den Wünschen des Vorsitzenden entsprechen wird. Meine Auffassung über den Zusammenschluß der beiden Voritze hat den Sieg davongetragen: der Obmann hat den Wunsch ausgesprochen, daß ich die Stelle eines stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Nationalkomitees übernehmen solle, die hochgeehrte gegenwärtige Versammlung aber erhob diese Änderungen zu der Bedeutung eines Beschlusses.

In Anbetracht dessen erkläre ich, daß ich die Pflichten eines stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Nationalkomitees übernehme und sie so und so lange erfüllen werde, wie und so lange meine Kräfte und meine Überzeugungen dies gestatten werden.

Ein anderes Mal werde ich und das Oberste Nationalkomitee, welches unter meiner Leitung tätig ist, über unsere Arbeit Bericht erstatten. Ich hoffe, daß sich hierzu bald Gelegenheit bieten wird. Dann wird man die Schwierigkeiten beurteilen können, die wir zu überwinden hatten, und man wird ein

gerechtes, ruhiges Urteil über unsere Fehler und Verdienste abgeben können. Soweit es sich aber um meine Überzeugung und um die der Mitglieder des Obersten Nationalkomitees handelt, so sind wir in unserem nationalen und bürgerlichen Gewissen beruhigt. Wir haben alle Leiden und Schmerzen überstanden, die Fahne der Idee führend, welche die polnischen Legionen ins Leben gerufen hat. Wir waren auch der nationale Ausdruck dieser Idee, ohne welche von einem polnischen Soldaten keine Rede sein konnte. Unsere Arbeit bildet die Grundlage, auf welcher sich das schöne heutige Werk der Konsolidation vollziehen konnte und vollzieht. Mit dem selben Eifer und mit dem selben Glauben an die Zukunft werden wir weiter arbeiten.

Rede des Grafen Stanislaus Tarnowski.

Im Namen der nationalen Rechten hielt Stanislaus Graf Tarnowski folgende Ansprache:

Im Namen der früheren, bekanntlich aus mehreren Gruppen bestehenden Rechten des galizischen Landtages habe ich die Ehre zu erklären, daß wir die vollzogene Verständigung und Einigung einhellig mit Freuden begrüßen. Der Beitritt derjenigen Abgeordneten, zum polnischen Klub in Wien, welche bisher außerhalb desselben standen, die Wiederkehr derjenigen zum Obersten Nationalkomitee, die aus ihm ausgetreten waren, die genaue Begrenzung der Kompetenzen des polnischen Klubs und des Obersten Nationalkomitees sind Dinge von weittragender Bedeutung und werden, wie ich hoffe, reich an guten Erfolgen sein.

In dieser entscheidenden Zeit, wo sich unsere Geschichte wägen, wo aus der Krisis eine von der Vergangenheit und Gegenwart unbedingt verschiedene Zukunft entstehen muß, ist für uns nichts Gefährlicher als Zersplitterung, nichts Notwendiger, als Einigkeit. Was uns diese Zukunft bringen wird, wie sie die beiden Großmächte, welche heut mit einer dritten kämpfen, auffassen und wie sie sie bereiten wollen, das wissen wir nicht. Aber das wissen wir, müssen wir wissen, daß die polnische Stimme um so mehr gehört werden wird, daß der polnische Einfluß auf diesen Abschluß der Sache umso stärker sein wird, je mehr geeinigt sich die polnische Nation in der Auffassung ihrer Sache erweisen wird, je mehr sie auf ein und dem selben Wege einer besseren Zukunft zustreben wird.

Parteien, Gruppen müssen und sollen immer sein: Aus ihren verschiedenen Ansichten und Bestrebungen folgt schließlich das Endergebnis eines besseren Stands des Fortschritts: Aber in entscheidenden Augenblicken, wo es sich allein um die Sache des Vaterlandes handelt, wo diese Sache in irgend eine neue und unbekannte Epoche eintreten muß, ist keine Zeit zu Unterschieden und Zwißigkeiten der Parteien, ist im Herzen ein einziges Gefühl, im Gewissen eine einzige Pflicht, wir alle müssen zusammen und aus allen Kräften dienen, damit sich die Waagschale der Geschichte auf die gute Seite neige. „Wenn der letzte Augenblick den Tod in Leben verwandelt, ist der grauamste Schmerz“ — sagte der Dichter. Der Schmerz ganz Polens ist heute furchtbar grauam, aber es handelt sich darum, daß die Krisis des Todes ins Leben übergehe, nicht aber — Gott bewahre — die Krisis des Rests des Lebens in einen schlimmeren Tod. Diese gute Krisis ist aber nur dann möglich, wenn wir durch Einigkeit stark sein werden. In unserer unglücklichen Lage ist auch der Schmerz furchtbar, daß wir auf unser Geschick so wenig einwirken können, über dasselbe werden Stärkere als wir entscheiden. Aber zersplittert, in Parteien mit verschiedenen Meinungen und Bestrebungen geschieden, könnten wir schon gar keinen Einfluß mehr haben. Wir sollten

vor anderen als eine Nation dastehen, welche gleich fühlt, welche ein und das selbe will.

Daher ist jegliche Annäherung, jede Vereinigung unter uns eine gute Tat, ein dem Vaterlande geleisteter redlicher Dienst. Das haben wir erreicht, nicht ohne Opfer, welche jede Gruppe von Leuten nicht aus ihren Überzeugungen, sondern aus ihren Ansichten und ihrer Art des Sehens machen mußte — nicht ohne die Verdienste aller. Hier erlaube ich mir umso dreister zu erwähnen, als meine persönliche Arbeit und mein persönliches Verdienst darin nicht war, — zu erwähnen, daß die Partei, welcher ich angehöre, daß sogar meine nächsten politischen und nicht nur politischen Freunde an dieser Arbeit eifrig, nicht ohne Erfolg gearbeitet haben.

Was geschehen ist, ist gut, hüten wir uns, diesen guten Weg zu verlassen, harren wir vielmehr auf ihm alle treu, ausdauernd aus. Dieser gute Weg ist die politische Richtung der Sache in der Hand des polnischen Klubs, die Pflicht der Fürsorge des Obersten Nationalkomitees für die Existenz und Entwicklung der heldenhaften Legionen, die Sicherung Polens gegen die Übermacht, welche nicht nur bedrückt und tötet, sondern auch noch verdirbt, das traditionelle Gebot, welches uns von unserer Geschichte, von unserer ganzen Vergangenheit gegeben worden ist, welches von Szujski in die Worte zusammengefaßt wurde: „Mit dem Westen gegen den Osten.“ So war es zur Zeit der Türken, so ist es auch heute. Und wir verteidigen nicht nur uns selbst, wir verteidigen die westliche Welt, ihre Zivilisation, den Glauben und die Kirche und wir sind ihre Vormauer jetzt, wie wir es vor einem Jahrhundert waren. Wiewohl wir schwach sind, werden wir — Gott gebe es — immer stärker werden und bleiben.

Nachdem der Beifall verstummt war, mit dem die Rede des Veteranen der Krakauer Konservativen unterbrochen und belohnt wurde, hielt der **Abgeordnete Ignaz Daszyński** folgende Rede:

Im Namen der Linken des Obersten Nationalkomitees habe ich die Ehre, folgende Erklärung abzugeben:

Die Wahl des neuen Obersten Nationalkomitees ist der letzte Akt der Vereinigung aller polnischen Parteien Galiziens. Der aus tausend Wunden blutenden polnischen Volksgesamtheit sollen von jetzt ab die von Bruderhand geschlagenen Wunden erspart bleiben. Die durch die Wahl des Komitees in diesem Saale bewiesene Einigkeit ist der politische Ausdruck der Pflicht, welche uns glücklichere Geschicke auferlegt haben, als in den anderen Teilgebieten Polens. Die Freiheit des Glaubens und der Muttersprache, die Selbstverwaltung des Landes und der Gemeinde, die Teilnahme an der Staatsregierung, die durch ein halbes Jahrhundert hindurch in den Grenzen Österreichs errungen und erweitert wurde, haben unserem Lande die Pflicht gegen die übrige Nation auferlegt, welche furchtbare Verfolgungen für jede Regung, für fast jeden Gedanken der Freiheit erlitten hat. Aus dieser Pflicht gegen uns und gegen das zweite Teilgebiet Polens ist am 16. August 1914 das Oberste Nationalkomitee entstanden. Entstanden sind die polnischen Legionen, die sich heute auf zahlreichen Schlachtfeldern mit Heldentum bedeckt haben. Die polnische Staatsraison, welche eine selbstständige staatliche Existenz anstrebt, hat damals die politische Vertreterschaft der polnischen Waffenmacht übernommen. Die auf diese Weise erfüllte nationale Pflicht Galiziens mußte auf die ganze Nation einwirken und wirkte ein, und sie erfüllte sie in der Hoffnung, daß sie aus dem Blutbade des Weltkrieges niemals mehr unter das frühere russische Joch zurückkehren werde, daß sie in der großen europäischen Völkerverfamilie frei sein werde.

Unsere Einigkeit stärkte diese Hoffnung, indem sie die Kraft der polnischen Tat vergrößerte, ihre Bedeutung bei den Fremden hervorhob. Sie zwang die Unbotmäßigkeit zu Hause zum moralischen Gehorsam, erweckte Achtung in der ganzen Welt. Sie allein kann die Seele der durch Übermacht in Teilgebiete zerschlagenen, durch Grenzen voneinander geschiedenen, sogar auf denjenigen Gebieten bei sich, wo eine Zersplitterung einem Tode der Nation gleichkommt, geteilten Nation umwandeln.

Die große von uns in letzter Zeit vollzogene Tat der Vereinigung muß vor allem in Kongresspolen ein Echo finden und den Brüdern zum Vorbild werden, daß eine Einigkeit in Polen möglich sei. Nur auf diesem Wege ist auch die von uns allen ersehnte Verständigung mit den Vertretern des Königreichs Polens möglich.

Möge unsere durch den Krieg in Schrecken versetzte, drangalierte und der Zukunft ungewisse Volksgesamtheit aus der Einigkeit ihrer Führer die Beruhigung schöpfen, daß diese Führer an kein Nebeninteresse denken, sondern das Ganze der Nation im Auge haben. Möge sich die Volksgesamtheit in der Geschlossenheit der Politiker gegenüber den äußeren Einflüssen, welche uns entzweien und dadurch schwächen wollen, stärker fühlen. (Beifall.)

Wer aber glauben und darauf rechnen sollte, daß die heute vollzogene Einigkeit nur scheinbar und dazu gebraucht werden würde, daß wir unser heiliges nationales Ziel vergessen, wird in der ganzen Nation auf den stärksten Widerstand und auf Verurteilung stoßen. Über die Ziele der Nation uns zu äußern, behalten wir uns in der Sitzung des polnischen Klubs vor, (folgen 1½ von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen). (Beifall.)

Sodann hielt der **Abgeordnete Ludomir German** folgende Ansprache:

Der heutige Tage schließt einen schweren traurigen Zeitabschnitt im Leben unserer Volksgesamtheit ab. Auf dem Boden grausamer, schrecklicher Ringkämpfe des in der Geschichte unerhörten Krieges tobte auch in den Gemütern und Herzen der Bürger dieses Landes ein wehmütiger Kampf zwischen der Egeisterung und der Niedergeschlagenheit, zwischen Hoffnung und Verzweiflung. Aus dem Kampfe der Gemüter und dem Zwiespalt der Taten mußte ein Ausgang gesucht werden, mußte ein Weg aus der Mitte der sehr zahlreichen Meinungen, Bestrebungen und Glaubensbekenntnisse gewählt werden, ein Weg, übereinstimmend mit den Pflichten, die uns von der Vergangenheit auferlegt worden sind, der Weg, welcher einer besseren Zukunft entgegenführt. Wir beurteilen ruhig und nachsichtig alle Zweifel, alle Zögerungen und Ängste, welche an den Herzen der Landsleute rüttelten, und obgleich wir selbst keinen Schritt, keinen Augenblick von dem Wege abwichen, der uns durch die herzliche Regung der Seele der Nation, durch den mächtigen Ruf, welcher in diesem Saale am 16. August 1914 erhoben wurde, das Echo Jahrhunderte dauernder Unbilden und Leiden war und in Millionen Herzen Widerhall fand, gewiesen wurde, warteten wir doch ruhig ab, bis dieser Ruf alle Schwierigkeiten überwinden, alle Hemmnisse zerschmettern und uns in eine starke Reihe zum Kampfe mit dem ewigen Feinde und Bedrücker unserer Nation vereinigen wird.

Der heutige Tag erfüllt unsere Hoffnungen, Erwartungen und Wünsche, die Parteien vereinigen sich unter einer gemeinsamen Leitung, indem sie sich zwei Instituten unterwerfen, auf deren Schultern die Verantwortung für die Nation und ihre Geschichte ruht, in herzlicher Umarmung umschlingen sich die schwer geprüften Hände nach links und nach rechts, verschmilzt sich die Kette der aufrichtigsten und heißesten Liebe zur gemeinsamen Arbeit. (Beifall.) Wahre

Dankbarkeit fühlen wir für diejenigen Männer, die an das Werk dieser Eintracht Hand angelegt haben, Dankbarkeit für alle diejenigen, welche es verstanden haben, Vorurteile und Abneigungen beiseite zu legen, und wir glauben fest, daß von diesem Augenblick an alle Versuche einer Zersplitterung, alle Anstrengungen, die Seele der Nation zu trüben, vergebliche und unschädliche Einfälle politischer Träumer bleiben werden.

Aber dieser Tag legt uns, indem er eins der Hindernisse auf dem großen Wege beseitigt, eine noch größere und schwerere Verantwortung auf, als diejenige war, deren Last unsere Schultern drückte. Der Krieg und seine Notwendigkeiten, seine wandelbaren Wege erschwerten uns eine Verbindung mit denjenigen, auf deren Vertrauen gestützt wir die schweren Pflichten erfüllen, haben sie zersplittert ins Unglück gestoßen, uns der erfolgreichsten Mittel zur Verteidigung ihrer Rechte beraubt und unseren Mund und unsere Hände geknebelt. Trotz allem auf diesem Wege auszuharren, den uns und ihnen Verstand und Herz wiesen, war unter diesen Verhältnissen unsre klare, zweifellose Pflicht. Aber heute, da man in dem Kriegsgewirr und in den tausendfachen Rätseln die Bausteine zum Bau der Zukunft sammeln soll und da über das Geschick unserer Nation Monarchen entscheiden sollen, welche das Schwert in der Hand halten, da die polnische Frage aus dem Dunkel der Vergangenheit hervortritt und die ganze Welt dazu zwingt, Mittel zu ihrer Lösung zu suchen, da der Weg zur Erfüllung unserer Wünsche immer kürzer, aber mit ungeheuren Schwierigkeiten gespickt ist, da in unserer Nation alle Nerven gespannt sind, die Gemüter gespannt lauschen, und die Herzen vor Unruhe zittern — unter solchen Verhältnissen unsere Bürger zur schweigenden Ausdauer, zur Ruhe und zu weiteren Opfern anzuspornen, die Pflicht der weiteren Führung auf uns zu nehmen, weiteres Vertrauen zu fordern, das vergrößert hundertfach unsere Verantwortung gegenüber dem eigenen Gewissen, gegenüber den Kindern und Enkeln, gegenüber der Geschichte und der Nation. Wir alle fühlen dies, daß wir alle unsere Kräfte unserer Seele anbieten, alle Opfer bringen müssen, um dieser Verantwortung gewachsen zu sein. Wir müssen dieser unserer heldenmütigen Legionen würdig werden, die wir zum Kampfe gedrängt haben, wir müssen alles tun, daß ihr Opferblut nicht vergeblich fließe, neben ihre Waffentat müssen wir die politische Tat stellen. Wir dürfen nicht Fehler begehen und im entscheidenden Augenblick wankelmütig sein, wir dürfen auch nicht der Begeisterung und den Stimmungen freie Lauf lassen, — wir müssen mit kaltblütiger Überlegung auf der Wacht der zukünftigen Geschichte der Nation stehen. (Beifall.)

Im Gefühl der Dankbarkeit, daß uns Gott diesen Freudentag erleben ließ, richten wir die warme Aufforderung an die Genossen der Arbeit rechts und links, daß wir weiter einträchtig und mit gegenseitigem Vertrauen auf dem Dornenweg gehen sollen, an dessen Ende der Nation eine glücklichere Zukunft und ihre Erlösung, die Sonne, entgegenleuchtet. (Beifall.)

Im Namen der Volksparteien sprach schließlich der Abgeordnete Witos folgendermaßen:

Geehrte Herren! Nach mehr als einem halben Jahrhundert von Bedrückungen und Leiden, die unsere unglückliche polnische Nation durchmachte, nach Jahren des Kampfes, der Hoffnung und der Verzweiflung ist der Augenblick gekommen, welcher der Hoffnung — wir glauben es — die Gewißheit gibt, daß die ein Jahrhundert währende Knechtschaft ihrem Ende entgegengeht, daß die Freiheit dämmert und nicht weit ist. Unser Teilgebiet, das sich einer verhältnismäßig großen Freiheit und der Möglichkeit einer nationalen Entwicklung erfreute, verstand und erfüllte seine Pflicht gegen den Monarchen und den Staat und entsandte seine Söhne freiwillig auf das Schlachtfeld, in die Reihen

der Legionen und des Heeres in der Hoffnung und Überzeugung, daß aus diesem beispiellosen Kampfe, aus dieser Flut von Blut und ungeheurer Vernichtung ein freies selbständiges Polen entstehen wird. Man hat es verstanden, daß dies mit allen Opfern geschehen muß, zu denen jeder Pole einzeln und alle zusammen fähig sind. Man hat verstanden, daß eine Vereinheitlichung der polnischen Gedanken und Bestrebungen eintreten muß.

Die polnischen politischen Parteien, welche das nationale Interesse über das Parteiinteresse und über den Ehrgeiz stellen, indem sie aus ihren Überzeugungen und Programmen ein schweres Opfer machen, haben durch die Tat bewiesen, daß sie zu allen auf dem Altar des Vaterlandes dargebrachten Opfern fähig sind. Der Ausdruck hiervon ist die Vereinigung aller politischen polnischen Parteien in ein Lager — in das polnische Lager.

Indem ich im Namen der Volkspartei diese große und freudige, wiewohl ganz natürliche Kundgebung begrüße, hegen wir die Hoffnung, daß sie das Fundament sein wird, auf welchem die Freiheit des Vaterlandes aufgebaut werden wird. (Folgen 6 von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen).

(Stürmischer Beifall.)

Damit schloß die gestrige Versammlung, welche zweifellos einen ersten Einfluß auf die Konsolidation aller Kreise der Gesellschaft ausüben und den polnischen Angelegenheiten gesunde politische Richtungen weisen wird.

Wahl der Mitglieder des Obersten Nationalkomitees.

Der Schriftführer des polnischen Klubs Abg. Dr. Jablonski verlas die Liste der neuen Mitglieder des D. N. K., welchem angehören:

Angermann Klaudius, Balcer Oswald, Bardel Franz, Bilinski Leo, Bobrowski Emil, Burzynski Mieczyslaw, Chlontacz Marcell, Czajkowski Wladyslaw, Daszynski Ignac, Dembski Alexander, Diamond Hermann, Dlugosz Wladyslaw, Downarowicz Stanislaw, Dydyński Stanislaw, Dzieduszycki Wladyslaw, Federowicz Joh. Ranty, Garapich Michael, German Ludomir Dr., Godlewski Wladimir, Habicht Ernst, Hausner Artur, Hupka Johann, Jaworski Wladyslaw Leopold, Konopka Johann, Kosjobudzki Peter, Krasicki August, Krogulski Roman, Kupczynski Tadeusz, Laszkownicki Bronislaw, Laszkowski Rafimир, Leo Julius, Lisiewicz Alexander, Lubomirski Andreas, Marek Sigismund, Moraczewski Andreas, Mycielski Eduard, Ohly Ferdinand, Pawlewski Bronislaw, Potocki Johann Graf, Ronczkowski Josef, Sare Josef, Sernatowski Wladyslaw, Sikorski Wladyslaw, Sliwinski Hipolit, Sluszkiewicz Jozislaw, Sokolnicki Michael, Sredniawski Andreas, Srokowski Konstantin, Starzewski Rudolf, Starzewski Tadeusz, Steinhaus Ignaz, Steglowicz Wladyslaw, Tarnowski Graf Jozislaw, Urbanski Mieczyslaw, Wereszczynski Anton, Witos Vincent, Zaranski Johann und Zieleniewski Edmund.

Wahl des Präsidiums des Obersten Nationalkomitees.

Stadtpräsident Leo stellte den Antrag, den Obmann des polnischen Klubs Dr. Leo Bilinski zum Vorsitzenden des D. N. K. durch Zuvuf zu wählen. Der Antrag wurde unter stürmischem Beifall angenommen.

Abgeordneter Dr. German stellte den Antrag, den bisherigen Vorsitzenden des D. N. K. Dr. Wl. L. Jaworski zum stellv. Vorsitzenden zu wählen, was die Versammelten durch Zuvuf zur Kenntnis nahmen.

Aus Nr. 217 des Czas (Kraſau)
vom 30. April 1916.

Das Präſidium des Oberſten Nationalkomitees

erhielt folgendes Telegramm aus Waſchau:

Den auf der Zuſammenkunft verſammelten Vertretern der polniſchen Politik entbieten wir die auſ-richtigſten Wünſche, daß eure weitere Arbeit an unſerer gemeinſamen Sache alle von der ruſſiſchen Invaſion befreiten Lande umfaſſe und ſie mit euch in ein einziges Ganze durch Bande einer ſo unzerreißbaren Soli-darität und ſo tiefer geiſtiger Verſchmelzung verknüpft, wie das, was biſher die Unterzeichneten mit dem Ober-ſten Nationalkomitee und ſeinem Präſidium, mit allen Zentren ſeiner Tätigkeit, mit dem militäriſchen Departement, ſeiner Leitung und ſeiner Arbeit ins-beſondere in unſerem Teilgebiet verband.

Waſchau, den 28. April 1916.

Abgeordneter Michael Lempicki, Rechtsanwalt Stefan Dziwulski, Ing. Sigismund Chmielewski, Red. Guſtav Simon, Prof. Stanislaus Garlicki, Prof. Marian Grotowski, Dr. Rafał Radziwiłłowicz, Ing. Anton Ponikowski, Geiſtl. Stanislaus Wesołowski, Prof. Marzell Handelsmann, Red. Ludwig Abramowicz, Dr. Ludwig Zielinski, Rechtsanwalt Johann Rzymowski, Red. Jngaz Paźke, Rechtsanwalt Marian Krzeſimowski.

Aus Nr. 97 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 28. April 1916.

Die Kraſauer Zuſammenkunft.

Das mühselige Werk der Vereinigung aller pol-niſchen Parteien in Galizien ſoll am Sonnabend die endgültige Sanktion erhalten. In der an dieſem Tage in Kraſau ſtattfindenden Zuſammenkunft der polniſchen Mitglieder des Reichsrats, des Herrenhauſes und des Landtages ſoll die Reorganisation des biſherigen Oberſten Nationalkomitees erfolgen und die Wahl eines neuen Vorſitzenden für dieſe Einrichtung vorgenommen werden. Es wird dies die Erfüllung der letzten Haupt-bedingung der Verſtändigung ſein, die nach langen Beratungen in Wien erzielt wurde und die den Zweck hat, die polniſch-politiſche Aktion im öſterreichiſchen Teilgebiet zu vereinheitlichen. Schon vorher fand im Sinne dieſer Verſtändigung die Aufnahme der polniſch-ſozialiſtiſchen Abgeordneten in den Wiener polniſchen Klub und die Abgrenzung der Zuſtändigkeit zwiſchen dem Klub und dem Oberſten Nationalkomitee auf dem bekannten Grundſatz ſtatt, daß dem letzteren lediglich das Recht der militäriſchen Leitung der Legionen zuſteht, während alle übrigen politiſchen Angelegenheiten der gegenwärtig durch den Beitritt der Sozialiſten er-weiterten parlamentariſchen Vertreterschaft übertragen worden ſind. Die Reorganisation des Oberſten National-komitees, die jetzt erfolgen ſoll, wird einen grund-jährlichen Charakter haben, da dem Komitee die Vertreter derjenigen politiſchen Gruppen wieder beitreten, die ſ. Zt. im September aus dem Komitee ausſchieden, weil ſie ſich mit dem Charakter, den damals die politiſche Aktion des Oberſten Nationalkomitees an-genommen hatte, nicht einverſtanden erklären konnten. Überdies ſoll Vorſitzender des Oberſten Nationalkomitees auf Grund allgemeiner Verſtändigung Erzellenz Bilinski werden, der gleichzeitig auch den Vorſitz im Polenklub beibehält, während der biſherige Vorſitzende des Oberſten Nationalkomitees, Herr Wladislaus Leopold von Jaworski, jetzt ſein Stellvertreter wird.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Kraſauer Zuſammenkunft die letzten Punkte der Ver-ſtändigung annehmen, ſie ohne Schwierigkeiten erledigen und dadurch in formeller Hinſicht den Frieden be-

ſiegeln wird. Man kann bezl. des biſherigen Kurses der galiziſchen Politik einer entgegengeſetzten Anſchauung ſein, man kann und muß insbeſondere ganz entſchieden die von gewiſſen dortigen Kreiſen gewählte Methode des Handelns verurteilen, — niemand kann aber be-ſtreiten, daß das Werk, das in den letzten Monaten voll-bracht wurde und das jetzt gekrönt werden ſoll, in den galiziſchen politiſchen Verhältniſſen einen rieſigen Schritt vorwärts bedeutet. Zahlreiche Stimmen, die von ver-ſchiedener Seite laut geworden ſind, behaupteten aller-dings, daß die Vereinigung ſo verſchiedener Richtungen unter eine Loſung und im Sinne eines Programms nur einen ſcheinbaren und vollkommen äußeren Frieden bedeute, während im Innern wie biſher ſo auch weiter-hin von einer wirklichen Verſtändigung auf einem Boden allgemeiner nationaler Solidarität nicht die Rede ſein könne. Dieſe Befürchtungen ſind leider nicht un-begründet, wenn man die zahlreichen traurigen Er-ſparungen berückſichtigt, die wir bis vor kurzem noch mit der galiziſchen Politik machen mußten. Deſhalb ſind gewiſſe Vorbehalte nach dieſer Richtung auch heute noch zweifellos am Plaze. Um die praktiſche Bedeutung dieſer Konſolidation auf galiziſchem Boden einzuschätzen, muß man abwarten, wie ſich jetzt nach erfolgter Verſtändigung die Verhältniſſe dort geſtalten werden, d. h. ob nicht nur der „Burgfriede“ gewahrt wird, ſondern ob es vor allem den ſich vorher ſo leidenschaftlich bekämpfenden Richtungen möglich ſein wird, friedlich zuzusammenarbeiten.

Wiewohl mithin in dieſer Hinſicht jeder über-mäßige Optimismus, der die Vergangenheit ganz vergißt, und die Veränderungen, die inſolge des Krieges eintreten konnten, überſchätzt, vollkommen falſch ſein würde, ſo wäre es gleichfalls ein Fehler, die „moralische“ Bedeutung der Verſtändigung, die gegenwärtig erzielt worden iſt, zu überſehen oder zu unterſchätzen. Um ſie zuſtande zu bringen, war bei allen in gleichem Maße eine gute Doſis guten Willens erforderlich, der an ſich schon Anerkennung verdient und den man von vorn-herin — wie man das hier und dort zu tun beſtrebt war — nicht in Frage ſtellen darf, bevor man nicht ausreichende Beweiſe hierfür hat. Sofern nämlich die Verſtändigung ſchon einmal zuſtande gekommen iſt, kann eine ſo ſpäte Trübung des Friedens — die, ſei es von tiefer Überzeugung und aufrichtiger Sorge oder auch von einſeitiger parteilicher Verblendung diktiert ſein mag, der Sache ſelbſt nicht mehr helfen, ſondern im Gegenteil vielleicht noch weitere unnötige Streitigkeiten und Erbitterung hervorrufen.

In der galiziſchen Volksgeſamtheit erſcheint uns die Anſchauung hiñſichtlich deſſen feſtgelegt. Nicht überall blickt man mit gleicher Begeiſterung und mit gleichem Optimismus auf das zuſtande gekommene Werk. Dennoch ſtehen jetzt alle Parteien auf dem Boden des neu feſtgeſetzten Programms und blicken von dieſem Geſichtspunkte aus auf die Zuſammenkunft am Sonnabend, die die formelle Feſtſtätigung dieſes Programms iſt. Man verglich hier und dort die Zuſammenkunft vom 29. April mit der Verſammlung vom 16. September 1914, gelegentlich welcher alle galiziſchen Parteien ſich übereinkommend dem politiſchen Programm, das für die Tätigkeit der Legionen eintrat, angeſchloſſen hatten. Dieſer Vergleich erſcheint etwas über-trieben, da die gegenwärtige Kraſauer Zuſammenkunft nur eine formelle Bedeutung hat und nicht eine grund-jährliche der Änderung des Standpunktes der Polen unter öſterreichiſcher Herrſchaft bedeutet. Manche Legionen-blätter, wie der Petrikauer „Dziennik Narodowy“, der Kraſauer „Naprzód“ u. ſ. w. haben allerdings mitgeteilt, daß wahrſcheinlich im Zuſammenhang mit den wichtigen politiſchen Beratungen in der polniſchen Frage, die nach den Informationen der galiziſchen Blätter im Laufe der vergangenen Woche in Wien ſtattgefunden haben, binnen kurzem von neuem eine

große Versammlung der galizischen Polen einberufen werden wird, gelegentlich deren „große politische Manifestationen“ zugunsten der polnischen Frage stattfinden sollen. Es ist uns natürlich unmöglich, zu sagen, inwieweit diese Nachrichten auf Wahrheit beruhen.

Aus Nr. 100 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 2. Mai 1916.

Die Krakauer Zusammenkunft.

Die für den vergangenen Sonnabend, d. i. für den 29. April, zum Zwecke der Wahl des neuen Leiters des Obersten Nationalkomitees und der erneuerten Zusammensetzung des ganzen bisherigen Obersten Nationalkomitees angekündigte Zusammenkunft fand in der vorgeschriebenen Weise statt. Wie bekannt, hatte diese Zusammenkunft außer diesen formellen Aufgaben diesmal keinen anderen Zweck. Allerdings war ein Teil der Mitglieder des Obersten Nationalkomitees und ihr Krakauer Organ, die „Nowa Reforma“, bestrebt, die Zusammenkunft zu einer politischen Demonstration, namentlich in der Richtung einer Einwirkung auf das Königreich auszubenten. Ihren Gedanken konnten sie aber nicht zur Durchführung bringen. Der überwiegende Teil der Mitglieder betrat diesen Weg nicht. Sie taten dies umgeweniger, als ihnen die kritischen Empfindungen des Königreichs Polen gegenüber dem Obersten Nationalkomitee nicht fremd sind. Überdies konnte die Zusammenkunft des Obersten Nationalkomitees auch aus dem Grunde den Weg politischer Erklärungen nicht betreten, weil nach dem Vergleich, auf Grund dessen es zu der gegenwärtigen Verständigung des Wiener polnischen Klubs, als des Vertreters der galizischen politischen Parteien, mit dem Obersten Nationalkomitee gekommen ist, das Oberste Nationalkomitee nicht befugt ist, weiterhin politische Schritte zu unternehmen. Die politische Tätigkeit hat sich der polnische Klub vorbehalten. Dadurch ist auch die Bedeutung und die Tätigkeit des Obersten Nationalkomitees erheblich eingeschränkt. Lediglich der Umstand, daß das Oberste Nationalkomitee augenblicklich mit dem polnischen Klub vereinigt und der Vorsitzende des Klubs zugleich Vorsitzender des Obersten Nationalkomitees ist, hält dessen Bedeutung aufrecht.

Schon die nächste Zukunft wird zeigen, wie sich die gegenwärtig geschaffene Einigung entwickeln wird. Es ist dies, wie aus der weiter unten angeführten Zusammensetzung des Obersten Nationalkomitees hervorgeht, keine ganz genau umschriebene Einigung, denn es fehlt in ihr eine so hervorragende politische Persönlichkeit Ostgaliziens, wie Fürst Witold Czartoryski. Es fehlen in ihr ferner die Vertreter der galizischen Nationaldemokratie. Dem Obersten Nationalkomitee fällt heute mehr die innere organisatorische Arbeit im Lande, insbesondere in der Richtung nach den Legionen hin, zu. Ob diese Legionenarbeit reichere Früchte tragen wird, bleibt abzuwarten. Wenn aber der Krakauer „Czas“ schreibt, daß hinter den Legionen die ganze Volksgesamtheit Galiziens steht, so muß hinter diesen Satz ein Fragezeichen gesetzt werden. Verschiedene Erscheinungen deuten doch darauf hin, daß die Meinung des „Czas“ nicht zutrifft und daß es in Galizien beträchtliche Gruppen gibt, die gegenüber der heutigen Legionenidee einen ausgesprochen kritischen Standpunkt einnehmen. Deshalb stellt auch Galizien entgegen den Behauptungen des bisherigen Obersten Nationalkomitees nicht das ideale einheitliche Sammelbecken dar, in welchem sich die galizische Volksgesamtheit vereinigt. Diese Tatsache vermag gegenüber den anderen Teilgebieten auch die schönste Rede des Vorsitzenden des Obersten Nationalkomitees nicht zu verdunkeln. — Tatsachen sprechen für sich. Aus ihnen geht hervor, daß z. B. das Königreich Polen nicht nur das Oberste National-

komitee als den Vertreter des allgemeinen polnischen politischen Gedankens nicht anerkennen wollte, sondern daß es sich bis auf den heutigen Tag dagegen verhält, sich irgendwelche politische Pläne des Obersten Nationalkomitees aufdrängen zu lassen. Auf diesem Standpunkt steht das Königreich Polen auch heute. Von nun an wird nach vollzogener Verschmelzung des Obersten Nationalkomitees mit dem Wiener polnischen Klub — den politischen Gedanken Galiziens gegenüber dem Königreich offiziell nur der polnische Klub vertreten. Es muß aber abgewartet werden, ob nicht auch jetzt gewisse Elemente des gegenwärtigen Obersten Nationalkomitees im Königreich Polen auf eigene Faust werden Politik machen wollen. Es muß also abgewartet werden, ob das Oberste Nationalkomitee nicht versuchen wird, auf den von den österreichischen Truppen besetzten Teil des Königreichs Polen nach der Richtung der Legionen hin einen Druck auszuüben.

Ebenso, wie sich das Königreich Polen gegen den politischen Druck gewendet hat, so hat auch der Druck von seiten der Legionen dort bisher keine breitere Unterstützung gefunden. Das Königreich Polen, das die Haltung einer abwartenden Bereitschaft einnimmt, hat bisher seine Würde, die durch keine sogenannte Orientierung getrübt worden ist, zu wahren gewußt. Diese Haltung verhalf dem Königreich Polen zu dem Ansehen, das in der politischen Entwicklung der Zukunft für die polnische Frage nicht ohne Nutzen sein wird.

Aus Nr. 208 des Czas (Krakau)
vom 25. April 1916.

Der deutsch-amerikanische Konflikt.

Unter dieser Überschrift schreibt das Krakauer konservative Blatt u. a. folgendes:

Trotz allem darf man sehr wichtige Gründe, welche gegen einen Krieg sprechen, nicht übergehen. Zunächst haben die Vereinigten Staaten an einem Kriege nicht das geringste politische oder wirtschaftliche Interesse, sobald sich 20 Millionen irische und deutsche Bürger Amerikas entschiedene Gegner eines Krieges; die Haltung der Polen ist mindestens zweifelhaft. Bei den Ersatzwahlen zum Senat im Staate Michigan stießen polnische Stimmen die von Wilson unterstützte Kandidatur um; schließlich befindet sich die militärische Organisation Amerikas kaum im Anfangsstadium, und die Flotte muß den stillen Ozean bewachen, wo Japan jeden Augenblick mit Ansprüchen auf die Philippinen- und Sandwich-Inseln hervortreten kann.

Wenn man diese Beweggründe erwägt, und wenn man sich auf die von Wilson an den Kongreß schon nach der Entsendung der letzten Note gerichtete Botschaft stützt, kommt man zu der Überzeugung, daß der Krieg nicht unvermeidlich ist und daß sich ein Weg zu einem ehrenvollen Kompromiß ohne jegliche Schwierigkeiten finden wird, sofern beide Seiten willens sein werden, sich nicht so sehr grundsätzliche, als formelle Zugeständnisse zu machen. Wenn man aber die Möglichkeit eines Krieges in Betracht zieht, muß man von vornherein bemerken, daß seine strategische Bedeutung minimal ist und daß die wirtschaftlichen Folgen doch nicht soweit reichen, daß man ihnen nicht vorbeugen könnte.

Aus Nr. 207 des Głos Narodu (Krakau)
vom 25. April 1916.

Der Weg zum Krieg.

Drei kriegsführende Großmächte, Deutschland, England und Italien, drückten unlängst durch den Mund ihrer Chiefs der Politik ihre Meinung über die Kriegs-

ziele aus. Diese Meinungsäußerungen sind zum Teil nebelhaft, zum Teil negativ, nur in ganz kleinen Teilen konkret. Offenbar muß aber in der Luft irgend ein flüchtiges Gas von Friedenshoffnungen schweben, wenn die Presse durch eine Gegenüberstellung dieser Erklärungen die Leser zu überzeugen sucht, daß sich gegebenenfalls unter den Antagonisten schon heut Berührungspunkte finden könnten...

Tatsache ist jedoch, daß bei der heutigen Lage, da die Waffen mit Ausnahme an den beiden äußersten Flügeln der durch zwei Weltteile sich hinziehenden Front, mit Ausnahme bei Verdun und Trapezunt — fast ruhen, daß man in einer solchen Lage eher den Mitteilungen der Generalstäbe, als diplomatischen Erklärungen lauschen muß. Ein halbes Jahr hindurch hat sich in den Heeren eine neue Spannung angesammelt, und es ist kaum anzunehmen, daß diplomatische Entscheidungen fallen sollten, bevor sich diese potenzielle Tatkraft in eine lebendige Tatkraft verwandelt, wenigstens mittelst eines Versuchs. Aber dieser Versuch kann länger und kürzer sein, kann mit einem sogar unerwartet raschen Tempo enden, und dann wird man beginnen, die zum Tische der Unterhandlungen zwischen den Kriegsführenden führenden Wege zu suchen.

Im Anschluß an diese einleitenden Worte bespricht das Krakauer Blatt die wesentlichen Punkte der Reden des deutschen Reichskanzlers, Asquith's und Sonninos und schließt wie folgt:

Herr v. Bethmann Hollweg hält also hinsichtlich Belgiens den status quo ante für ausgeschlossen, den status quo ante, welchen die Herren Asquith und Sonnino als erste Bedingung zum Eintritt in irgendwelche Verhandlungen ansehen. Wie die Presse gerade diesen Punkt der Reden als Rundgebung einer Annäherung ansehen kann, wird ihr Redaktionsgeheimnis bleiben. Feilschen und Unterhandlungen hinsichtlich Belgiens haben ein offenes Feld, so wie alle Unterhandlungen betreffend die Gestaltung der Verhältnisse; vorläufig stehen jedoch beide Mächtegruppen unerbittlich auf entgegengesetzten Standpunkten.

So viel kann man feststellen hinsichtlich des ersten vom deutschen Reichskanzler berührten Punktes, hinsichtlich der Sicherung der Westgrenze Deutschlands. Es bleibt die Ostgrenze, also die polnische Frage übrig.

Diese hat Asquith überhaupt nicht berührt. Warum? Man könnte zwei Vermutungen aufstellen. Dies eine, daß der englische Ministerpräsident die polnische Frage als innere Frage Rußlands betrachte und als Bundesgenosse des Zartums sich in sie nicht einmischen wolle. Ein solcher Gedanke muß aber von vornherein abgelehnt werden. Die englische Politik legt sich, wie wir schon wiederholt gehört, Rechenenschaft ab über den Einfluß, welchen die Lösung der polnischen Frage auf die Dauer des zukünftigen Friedens haben wird. An der Gestaltung der Verhältnisse auf dem Festland ist England jetzt unmittelbar interessiert, wenn es ihrerwegen Krieg führt, es kann sich also zur polnischen Frage nicht vom Standpunkt des Desinteresses stellen, das wäre augenscheinlicher Unsinn. Würde England — nach der zweiten Vermutung — einer solchen Lösung der polnischen Frage schweigend zustimmen, wie sie Herr v. Bethmann Hollweg — übrigens mit nebelhaften Linien — gezeichnet hat? In einem solchen Falle hätte Herr Asquith vielleicht versucht, seinen Gesichtspunkt im Gegensatz zu dem Standpunkt Deutschlands, oder im Einklang mit ihm, aber unter einer positiven Stellung der Frage zu präzisieren. Dies hat er nicht getan. Er hat die polnische Frage mit Schweigen übergangen. Es bleibt also als einzige Vermutung übrig, daß er sich sein Urteil über sie auf spätere günstigere Zeiten aufbewahrt. Dies wäre die logische Schlussfolgerung aus der belgischen Frage, denn das belgische Problem, d. i. den status quo betrachten die Mächte der Entente, wie wir gesehen

haben, als Ausgangspunkt in den Friedensverhandlungen. Das Problem Polens ist dagegen für sie eine der Friedensbedingungen, nicht eine Bedingung von Unterhandlungen über das Problem. Polen ist daher ihre cura posterior und teilt dieses Los mit allen anderen Fragen der zukünftigen Gestaltung der Verhältnisse.

So suchten wir die Berührungspunkte zusammenzufassen, welche die Presse zwischen den Reden Herrn v. Bethmann Hollwegs, Herrn Asquiths, und Herrn Sonninos sieht. Nach einem genauen Vergleich untereinander müssen wir jedoch sehen, daß sie zwar gleichsam Stücke des selben Stoffs — vor allem der belgischen Frage — aber der Gestalt nach so verschieden sind, daß es unmöglich ist, sie zusammenzunähen. Man müßte sie beschneiden und zuschneiden, nichts aber weist gegenwärtig darauf hin, daß sich als zu dieser Arbeit geeignetes Werkzeug heut schon die Schere der Diplomatie und nicht — das Schwert erweisen sollten.

Aus Nr. 115 des Przegląd Poranny (Warschau)
vom 26. April 1916.

Der neue Statthalter von Galizien. (Silhouette des Barons Diller.)

Statthalter von Galizien wurde der bisherige General-Gouverneur des österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiets mit dem Sitz in Lublin, General Baron Diller.

Es ist dies eine ungewöhnliche Laufbahn, aber gerade weil sie ungewöhnlich ist, ist sie für Galizien unter den heutigen Kriegsverhältnissen sehr glücklich.

Baron Diller ist Jurist und gleichzeitig Soldat, war in der Jugend politischer oder Verwaltungsbeamter, ist ein Deutscher, kennt aber die Polen und die polnischen Länder gut, da er eine Reihe von Jahren in Galizien diente; er besitzt viel gesellschaftliche Kultur und Zauber, sowie Leichtigkeit im Umgang, was ihm im Verein mit der Kenntnis der polnischen Sprache das Unterhalten von unmittelbaren und nahen Beziehungen zu der polnischen Gesellschaft erleichterte.

Aber trotz seiner aristokratischen Abstammung ist Baron Diller ein Mann mit aufrichtig demokratischen Ansichten; er leidet nichts, was an Übertreibung und Pose streift, mit einem Worte, er hat den Mut, das zu sein, was er ist, und er schätzt auch diejenigen, welche diesen Mut gleichfalls besitzen.

Wenn er nachmittags Kaffee trinken und die Zeitung lesen will, zaudert er nicht einen Augenblick, in die gegenüber dem Gouvernementsgebäude belegene Konditorei von Rutkowski zu gehen und an einem Tisch unter den anderen Gästen seine Besper zu genießen und sich der Lektüre hinzugeben.

Man kann sich leicht vorstellen, welchen günstigen Eindruck dieser höchste Repräsentant der österreichisch-ungarischen Behörden auf die Bewohner von Lublin machte, auf dieselben Bewohner, welche an den Typus russischer Beamten gewöhnt waren, wie ihn die Mehrheit der russischen Gouverneure in Lublin darstellte. Aber Baron Diller gewann nicht nur durch sein äußeres Auftreten die Bevölkerung des ihm anvertrauten Gebiets. Jeder, der Gelegenheit hatte, seine Regierungspraxis, seine Handlungen und seine Instruktionen mitanzusehen, aus denen sich seine Regierungsweise zusammensetzte, der sah, daß dies ein Mensch ist, der sich der Tragweite der ihm anvertrauten Stellung bewußt ist.

So zeigen denn auch alle Abteilungen der Verwaltung schon heute nach einigen Monaten der Regierung des Barons Diller ein positives und ersprießliches Ergebnis. Das polnische Schul- und Gerichtswesen, die Verwaltung im engeren Sinne des Wortes,

die Forst- und Landwirtschaft, und ein so schwieriger, Teil, vielleicht in dem gegenwärtigen Moment der schwierigste, die Versorgung des Landes, funktionieren.

Besonders das polnische Schulwesen hat Baron Diller unter dem Beistande des aus dem österreichischen Kultusministerium berufenen, jetzt dem Gouvernment von Lublin zugeteilten Herrn Rats Womeli trotz der auf diesem Gebiet herrschenden großen Schwierigkeiten sehr hoch gebracht.

Über zweitausend polnische Volksschulen, welche auf Kosten des Fiskus unterhalten werden, arbeiten jetzt mit aller Anstrengung, um polnische Kultur zu verbreiten.

Baron Diller hat zwar schon graues Haar, aber sein scharfes Auge, seine frische Gesichtsfarbe, seine schnellen Bewegungen zeugen davon, daß in seiner mehr wie mittelgroßen, untersehten, muskulösen Gestalt viel Kraft steckt.

So widmet denn Baron Diller nach seinem täglichen Frühspazierritt durch die Vorstädte Lublins den ganzen Tag bis in die Nacht hinein der Amtarbeit.

Die amtliche Tätigkeit bildet für ihn das tägliche Programm, während die höhere russische Bureauplatz die Amtspflichten als eine unangenehme Unterbrechung zwischen der ersten und der folgenden Partie Bridge ansah.

Da die Kriegsverhältnisse bewirkten, daß Galizien auf dem Statthalterposten einen General sehen sollte, welcher polnisch spricht und das Land kennt, konnte die Wahl auf keinen Besseren fallen.

Aber der Nutzen Galiziens sollte nicht für Lublin einen Verlust drohen.

Die Abberufung von Erzellenz Diller rief in Lublin herzliches Bedauern hervor. Seine Menschenfreundlichkeit, sein Tatkraftgefühl, sein Verständnis für die Bedürfnisse des Volkes waren etwas mehr, als persönliche Eigenschaften eines verständigen und guten Menschen. Sie erwachsen geradezu zu politischen Elementen. Und das ist in den heutigen Zeiten der großen Stürme und Umwälzungen so hervorragend wichtig.

Aus Nr. 205 des Głos Narodu (Krakau)
vom 22. April 1916.

In einem

„Die Rechte des Polentums“

betitelten Artikel schreibt das Blatt:

... Die Rechte des Polentums entspringen natürlichen Tatsachen von elementarer Beredsamkeit. Worin liegen unsere Anrechte ans Leben? Es ist das der Lebenswille der Nation, der in ihrer numerischen Kraft zutage tritt. Wir haben im Laufe unseres historischen Lebens Zeiten der Auflösung und der Ohnmacht, der Schwächung des Organismus der Nation durchgemacht. Wir standen in dieser Hinsicht jedoch nicht isoliert da. Ein ebensolcher Prozeß der Dekadenz und des Verfalles, wie er die ganze intellektuelle, literarische und soziale Kultur in Polen im 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts kennzeichnete, galt auch bezüglich der deutschen Kultur dieser Zeiten. Wenn die Deutschen sich aus dieser Stockung eher aufzurichten und schneller zu einer glänzenden Entwicklung zu gelangen vermochten, so verdanken sie das ihrer größeren materiellen Kraft, die der größeren numerischen Kraft entspringt. Im Jahre 1804 befanden sich in den ethnographisch polnischen Landen 7 995 000 Einwohner, während Deutschland zu gleicher Zeit 24,5 Mill., Frankreich 27 Mill., das europäische Rußland mit Polen und Finnland 39 Mill. Einwohner hatte. Während jedoch in der Periode von 1804—1857 die Bevölkerung von ganz Europa

um 44 % wuchs, betrug der Zuwachs in den ethnographisch polnischen Landen Europas 48 %; während sodann bis zum Jahre 1910 der Zuwachs in ganz Europa 64 % betrug, machte er in den ethnographisch polnischen Landen 105 % aus. In dieser Zeitperiode wuchs die Bevölkerung Frankreichs um kaum 11%, Deutschlands um 75%, des europäischen Rußlands um 94 %; die polnischen Lande hingegen weisen die größte Frische, den Schwung ungehemmter jugendlicher Kräfte, die Uppigkeit einer sich zum Leben aufschwingenden, noch nicht überlebten, durch die Kultur noch nicht verbrauchten Nation auf.

Unser Lebenswille, unsere Rassenfrische, das ist es, was uns das Anrecht ans Leben gibt. Es haben sich im Laufe dieses Krieges polnische Publizisten gefunden, die ganz ernst das Thema der Dekadenz der Nation, der Zersetzung des staatlichen Instinkts in der Volksgemeinschaft, die in der Knechtschaft entartet sei, erörterten. Und es waren das nicht die ersten besten Publizisten: glänzende Federn und beherrschende Geister. Demgegenüber muß die Frische und die Lebensfähigkeit einer Nation hervorgehoben werden, die unausgesetzt von unten her wie ein Phönix aus der Asche wiedergeboren wird. Nicht eine Zersetzung des staatlichen Instinkts in Polen war es, die den Staat zu Falle gebracht hat. Es war das vielmehr das vorzeitige Ergreifen des Staatsruders von seiten der Schichten der Nation, die sich erst aus den Niederungen auf den geschichtlichen Schauplatz emporgeschwungen hatten. Die Adelsgemeinschaft, der nach dem Aussterben der alten Magnatengeschlechter in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts die Leitung der staatlichen Politik zufiel, war kulturell zu wenig reif, zu wenig aufgeklärt, um in Angelegenheiten der Politik sich genau zurechtzufinden. Und dann begannen im Laufe der Zeit der Reihe nach immer neuere, jüngere Volksschichten sich emporzuarbeiten, die am öffentlichen Leben teilnehmen wollten. Unsere Nation frisst sich beständig auf, sie erneuert sich unausgesetzt durch den Zuwachs neuer Kräfte. Wir sind nicht in die Dekadenz versunken, sondern im Gegenteil in einer Periode des Reisens, des Emporwachsens begriffen. Vor kurzem rechnete uns der politische Referent des „Berliner Tageblatts“ Paul Michaelis bei Erstattung des Berichts über seine einst in polnischen Landen gesammelten Betrachtungen zu den Nationen, denen es noch an Selbstbestimmung fehle. Paul Michaelis ist ein scharfsinniger Politiker. Das, was heute in unserer Nation politisches Selbstbewußtsein besitzt, bildet kaum eine ganz dünne Schicht im Verhältnis zur Allgemeinheit der Nation. Das Analphabetentum muß zuerst in der Nation ausgerottet werden; später nach Jahrzehnten wird auch die Zeit für eine Erweiterung des politischen Selbstbewußtseins unter der Allgemeinheit der Nation kommen. —

Völker mit alter, ausgereifter, über die Allgemeinheit der Volksgemeinschaft sich erstreckender Kultur erreichen in ihrer Entwicklung ein Moment, in welchem sie beginnen, sich vor dem Lebensrisiko zu fürchten. Das Streben nach Frieden, nach Bequemlichkeit, nach Wahrung der Güter, die man schon durch die bisherige Arbeit erworben hat, beginnt bei ihnen die Oberhand zu gewinnen. Es tritt die Zeit des Nationalismus des ganzen physischen Lebens der Nation ein. Der Rationalisierung unterliegt auch der elementare Fortpflanzungstrieb des Menschen. Das natürliche Wachstum an nationalem Vermögen — an Bevölkerung — beginnt sich zu verringern. In dieser Hinsicht liefert die polnische Nation einen Beweis mehr für ihre Rassenfrische. Im Großherzogtum Posen betrug das natürliche Wachstum im Jahre 1910 19,4 ‰, davon auf die Polen 20,8 ‰, auf die Deutschen nur 11,8 ‰, im Regierungsbezirk Oppeln 19,7 ‰ ent-

fielen. Dieser Zuwachs war der größte in den ganzen polnischen Landen. In Westpreußen betrug er in derselben Zeit 18,2 ‰, im Regierungsbezirk Allenstein 15,7 ‰, im Königreich Polen im Jahre 1908 16,2 ‰, wovon auf das Gouvernement Petrikau gar 25,7 ‰, in Österreich-Schlesien im Jahre 1910 14,9 ‰, in Galizien 14,6 ‰ entfielen. Es geschieht das ungeachtet dessen, daß die sanitären Verhältnisse in den polnischen Landen sich noch in einem sehr kläglichen Zustande befinden und die Sterblichkeit daselbst eine verhältnismäßig hohe Ziffer erreicht. Diesen Abgang gleicht die noch durch keine rationalistischen Rücksichten eingedämmte Zeugungskraft der Bevölkerung aus.

Daher geschieht es, daß nur Argentinien mit 21,5 ‰ einen höheren Zuwachs aufweist, als das Großherzogtum Posen und der Regierungsbezirk Oppeln. Auf sie folgen erst Länder mit noch so elementarer Wirtschaftsweise, wie Uruguay mit 17 ‰, das europäische Rußland mit 17 ‰, Serbien mit 16,6 ‰, sowie Australien mit 16,4 ‰. In den übrigen europäischen Ländern betrug der natürliche Zuwachs im Jahre 1910: In Deutschland 13,6 ‰, in Österreich 11,3 ‰, in Ungarn 12,1 ‰, in England 14 ‰, in Italien 13,3 ‰, in Frankreich kaum 1,8 ‰. Diese Lebensfrische unserer Rasse bildet das, was vor uns die Zukunft eröffnet. Sie baut unsere Kraft. —

Aus Nr. 212 der Nowa Reforma (Kraakau)
vom 28. April 1916.

Polnische Anschauungen und Stimmungen in Rußland. (Zuschrift der Nowa Reforma.)

Warschau, den 24. April.

Trotz der völligen Abschneidung von Rußland, welche den Einwohnern Warschaus schon seit 9 Monaten eine Verständigung mit ihren zwangsweise oder freiwillig ausgesiedelten Familien unmöglich macht, gelang es in den letzten Zeiten, in Warschau gewisse Nachrichten von Personen zu erlangen, die aus Petersburg auf dem Umwege über Schweden eingetroffen sind.

Die eingetroffenen Personen stellen vor allem eine allgemeine Zunahme der Unzufriedenheit fest, wozu außer den kriegerischen Mißersfolgen, die sich nicht verheimlichen lassen, Hunger und Teuerung beitragen. Die Teuerung in Petersburg nimmt eine nie dagewesene Ausdehnung an, und die zu ihrer Beseitigung getroffenen Maßnahmen nach Art z. B. der Verdrängung der sogenannten „Ausiedler“ aus der Hauptstadt helfen nicht viel. Die Unpopularität des Krieges wächst in Anbetracht der augenscheinlichen Unmöglichkeit, Ostgalizien und Konstantinopel zu erobern, beständig. Es befestigt sich auch die Überzeugung, daß die polnische Frage das Hindernis eines frühen Friedensschlusses werden kann. Daher macht sich auch die öffentliche Meinung in Rußland mit dem Gedanken eines Verlusts Polens immer mehr vertraut.

Dies macht sich vor allem im Schoße der Rechten bemerkbar, welche die Schließung eines Sonderfriedens mit Deutschland anstrebt und den „Fortfortschrittsblock“ mit Milukow an der Spitze, der England-Freundlichkeit bezichtigt, die fast an einen Verrat des eigenen Landes grenzt. Der Fortfortschrittsblock gibt sich den Schein eines politischen Lagers, welches an die Möglichkeit eines Kampfes bis zum endgültigen Siege glaubt, jedoch hat auch er von seinem früheren Selbstbewußtsein viel eingebüßt. Die Politiker dieses Lagers sprechen ungern von der polnischen Frage und geben, von den Polen in dieser Frage belästigt, ausweichende Antworten oder machen die Verleihung einer Autonomie an Polen geradezu

von der Kardinalbedingung einer „Vereinigung der polnischen Lande“ abhängig. Milukow bezichtigt die Polen geradezu des Staatsverrats, indem er behauptet, er habe aus Warschau Nachrichten erhalten, daß dort die Polen, anstatt die Rückkehr der Russen mit Sehnsucht zu erwarten, mit dem Chef der deutschen Verwaltung Kries betreffend die Bildung einer Regierung und die Stellung von 200 000 Mann Truppen Unterhandlungen eingeleitet hätten. Burzew nimmt gleichfalls, von irgend einem durchaus unerwarteten „furor bellicus“ befeelt, „men übelwollenden Standpunkt in der polnischen Frage ein, die seines Erachtens erst nach dem Kriege gelöst werden soll.

Die Abneigung gegen die Polen, welche im gegenwärtigen Augenblick sowohl die russische Regierung, als auch ausnahmslos alle sozialen Gruppen kennzeichnet, ruft in den aus dem eigenen Lande vertriebenen Polen ähnliche Gefühle wach. Die Zeit des slawischen Idylls ist zu Ende: Die Verbannten sind über Rußland entrüstet und sehnen sich nach der Rückkehr ins eigene Land. Die neue Woge der Verbannten, welche sich über ganz Rußland ergießt, hat ganze Massen der seit langem im Kaiserreich angesiedelten Polen, welche man für Polen als verloren betrachtete und welche jetzt in ihrer ungeheuren Mehrheit sofort nach beendeter Kriege die Rückkehr in die Heimat antreten wollen, zum nationalen Leben neu belebt und wachgerufen. Es ist also im Königreich Polen eine Rückwanderung der Ansiedler zu erwarten, was eine äußerst günstige Erscheinung sein wird, zumal wenn wir erwägen, daß diejenigen, welche heimkehren werden, in die vernichtete Heimat Kapitalien und Erfahrungen mitbringen werden, die sie in der Fremde gewonnen haben. Dies wird ein positives Ergebnis der unseligen Odyssee der polnischen Verbannten sein.

Wiewohl über das ganze Kaiserreich zerstreut, waren die Verbannten dennoch imstande, sich zu organisieren, und sie leisten sich gegenseitige Hilfe. Die Mitglieder der seit langem in Rußland bestehenden polnischen Kolonien widmen ihnen eine zärtliche Fürsorge. Überall entwickelt sich das geistige und politische Leben. Was das letzte anbetrifft, kann man feststellen, daß die von dem Rest der drei Abgeordneten (Harujewicz, Gosciecki, Jaronski) vertretene Richtung an Einflüssen immer mehr einbüßt. Die doppelte Buchführung des einst in Polen so einflußreichen russenfreundlichen Lagers, welche es für möglich hält, daß die oben drei genannten Abgeordneten an dem Standpunkt des russischen Staatswesens unbedingt weiter festhalten, während Dmowski in der Eigenschaft eines Kuriers des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten einen „Anhänger der Unabhängigkeit“ vorschützt und auf Grund einer Genehmigung der Behörden die Frage einer Sekundogenitur der Romanows sondiert, schreckt alle ab. Und obgleich Dmowski immer noch auf dem Standpunkt steht, daß das aus Warschau ausgesiedelte und in Petersburg weilende Nationalkomitee eine Vertretung Polens sei, während er dieses Recht dem Obersten Nationalkomitee, wie auch dem nationalen Zentralkomitee des Königreichs Polens, welches von dem auf russenfeindlichem Standpunkte stehenden Elementen gewählt worden ist, abspricht, rechnet mit dem Nationalkomitee niemand mehr. Mit dem Fall Warschaus hat es seine nicht ehrenvolle Existenz beendet.

Herrn Dmowski kann die öffentliche Meinung nicht vergessen, daß er sich kurz vor der Einnahme Warschaus an den ehemaligen Generalgouverneur Fürsten Engelnherz mit dem Vorschlag gewandt habe, daß er zur Vermeidung möglicher Unruhen alle Personen, die in politischer Beziehung nicht als loyal gelten, verhaften lassen und nach Rußland verschicken solle.

Engalyzew ging auf diesen Vorschlag nicht ein, zu dessen Ausführung es sogar an Zeit fehlte. Auch so war übrigens die Zahl der Personen, welche vor dem 5. August aus Warschau verschickt wurden, durchaus ansehnlich. Sehr viele von ihnen wurden in den letzten Zeiten freigelassen. Sie können jedoch in die Heimat nicht zurückkehren, wo ihre Anwesenheit in Anbetracht der allgemeinen Begriffsverwirrung so sehr zu stanno käme. Als Beweis dafür, daß die öffentliche Meinung sich zu Ungunsten Rußlands neigt, kann die Bildung einer „Unabhängigkeitsvereinigung“ dienen, welche sich auf ihrer Zusammenkunft gegen die Politik Dmowskis und der Nationaldemokratie erklärt und beschlossen hat, in erster Linie mit der öffentlichen Meinung des Königreichs Polens und den gegenwärtig aus Warschau kommenden Strömungen zu rechnen.

Alles zusammen scheint davon zu zeugen, daß die russischen Pläne, die darauf beruhten, die Polen in dem ganzen Gebiet des Kaiserreichs zu zerstreuen und die polnische Frage auf diese Weise totzuschlagen, vereitelt worden sind, nachdem das Königreich Polen für Rußland ein für alle Mal verloren gegangen ist. Die polnische Volksgemeinschaft in Rußland ist mannbarer geworden, ist zum nationalen Leben erwacht und wird für die zukünftige Arbeit in Polen nicht verloren sein.

J. Ryz.

Aus Nr. 481 des „Wiener Kurjer Polski“
vom 28. April 1916.

Die Aktion des Herrn Dmowski in London.

(B.P.P. — Polnisches Preßbüro.)

Im März d. Js. hielt Herr Roman Dmowski im Londoner Kings College einen Vortrag über Polen. Diese Versammlung leitete nach englischer Sitte ein hervorragender Gelehrter, Lord Bryce, welcher, bevor er dem Vortragenden Herrn Dmowski das Wort erteilte, eine kurze sachliche und äußerst umsichtige Ansprache hielt. Besonders bemerkt und diskret betont wurde in den einleitenden Worten des Lord Bryce, daß er sich in den grundsätzlichen Anschauungen mit Herrn Dmowski keineswegs solidarisch erkläre. Kraß sprach von der ruhigen und objektiven Einleitung der Ton der Rede des Herrn Dmowski ab, deren einziger Inhalt und Sinn nach übereinstimmenden Berichten, „a frontal attack on Austria“, ein gehässiger Angriff und eine giftige Kritik der österreichischen Konzeption in der polnischen Frage war. Dieser Ton, wie die

dilettantische Art, die Dinge darzustellen, die Art, welche die geschichtliche Grundlage und eine ehrliche politische Perspektive entbehrt, waren gerade der Grund der Vorbehalte und der absoluten Zurückhaltung der einleitenden Worte des Lord Bryce.

Schon in der Versammlung machte sich unter dem Publikum Unbehagen und eine Reaktion bemerkbar. Die Folge hiervon war die Veranstaltung eines zweiten Vortrages in dem selben Saale Kings College einige Tage später über das Thema: „Galizien und die Nationalitäten-Verhältnisse in Österreich“. Den Vorsitz führte der bekannte Jurist und das Mitglied des Obersten Gerichts Lord Werdale, der sich im Gegensatz zu Lord Bryce mit dem Vortragenden von vornherein solidarisch erklärte. Den Vortrag hielt Mr. L. B. Namier, der sich kategorisch gegen eine Autonomie Polens im Bereiche des russischen Staatswesens erklärte, dagegen für eine Unabhängigkeit Polens tatkräftig eintrat. Mr. Namier besprach in seinem Referat ausführlich die günstige Lage der Polen in Österreich, indem er auf dieser Basis besondere Bemerkungen über die „relations between different slave nations in Austria“ machte.

Aus Nr. 96 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 27. April 1916.

Die feierliche Eröffnung der polnischen Lokalitäten in der Balingatenstraße 28 in Stockholm fand am 24. März 1916 statt. Der Vorsitzende des polnischen Komitees, Herr Pomian Hajdukiewicz, hielt eine Ansprache, in welcher er auf die Ziele des Vereins hinwies (siehe Übers. aus Nr. 86 des „Dziennik Berl.“ vom 13. 4. 16 — Ges.-Übers. Nr. 16 S. 372). Auch das Reichstagsmitglied Herr Hildebrandt, der den Polen sehr wohlwollend gesinnt ist, hielt eine Ansprache.

Aus Nr. 99 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 30. April 1916.

Die Belgier opfern für die arme Bevölkerung im Königreich Polen.

Berlin (Wat).

In den italienischen Blättern finden wir eine aus der Schweiz stammende Notiz, daß Kardinal Mercier dem polnischen Komitee 50 000 Franken als Gabe seiner Diözesanen für die vom Kriegsunglück betroffenen Polen übersandt hat.